

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates

an den Kantonsrat von Solothurn

vom 31. März 2009, RRB Nr. 2009/554

Inhaltsverzeichnis

0 Botschaft und Entwurf des Regierungsrates

1 Einleitung	13
1.1 Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?	13
1.2 Zielhierarchie der Planungsinstrumente	13
1.3 Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten	13
1.4 Zeitliche Koordination	14
1.5 Neuerungen gegenüber dem IAFP 2009 – 2012	14
1.6 Planungsgrundlagen	14
2 Finanzielle Übersichten	16
2.1 Gesamtschau	16
2.2 Ergebnisse	17
2.3 Finanzkennzahlen	25
2.4 Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2009 – 2012	27
2.5 Eingeschränkte Handlungsautonomie	30
3 Verwaltungseinheiten	31
3.1 Behörden und Staatskanzlei	31
3.2 Bau - und Justizdepartement	33
3.3 Departement für Bildung und Kultur	39
3.4 Finanzdepartement	45
3.5 Departement des Innern	51
3.6 Volkswirtschaftsdepartement	58
3.7 Gerichte	64
4 Anhang 1: Zuteilung der Globalbudget und Finanzgrößen zur Organisationsstruktur	66
5 Anhang 2: Details zu den Finanzen Erfolgsrechnung	69
5.1 Behörden und Staatskanzlei	69
5.2 Bau- und Justizdepartement	70
5.3 Departement für Bildung und Kultur	74
5.4 Finanzdepartement	76
5.5 Departement des Innern	79
5.6 Volkswirtschaftsdepartement	80
5.7 Gerichte	82

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2010 – 2013

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 31. März 2009, RRB Nr. 2009/554

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Sach- und Aufsichtskommissionen

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	5
1. Ausgangslage	7
1.1 Finanzpolitisches Leitbild	7
1.2 Planungsbeschluss des Kantonsrates vom 11. März 2008	7
1.3 Gesetzliche Grundlagen	8
2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates	8
3. Rechtliches	8
4. Antrag	9
5. Beschlussesentwurf	11

Anhang/Beilagen

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2010 - 2013

Kurzfassung

Eckdaten der Planjahre 2010 - 2013

in Mio. Fr. bzw. %	RE 08	VA 09	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Cash Flow	195.4	142.2	61.4	29.2	-62.3	-90.1
Abschreibungen auf Investitionen	-73.0	-81.4	-91.8	-90.0	-78.1	-83.5
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	122.4	60.8	-30.4	-60.8	-140.4	-173.6
Zusätzliche Abschreibungen VV						
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	122.4	60.8	-30.4	-60.8	-140.4	-173.6
Nettoinvestitionen	103.3	127.3	131.8	135.9	138.5	143.8
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag	92.1	14.9	-70.4	-106.7	-200.8	-233.9
Selbstfinanzierungsgrad	189%	112%	47%	21%	-45%	-63%

Für das Jahr 2010 zeigt der Finanzplan ein operatives Defizit von 30.4 Mio. Fr. und einen Finanzierungsfehlbetrag von 70.4 Mio. Fr. mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 47 %. In den folgenden Planjahren 2011-2013 verschlechtert sich das operative Resultat und der Finanzierungsfehlbetrag. Problematisch ist das Planjahr 2012, welches ein operatives Defizit von 140.4 Mio. Fr. ausweist und die Investitionen nicht mehr selbst finanziert werden können. Dies insbesondere aufgrund der KVG-Revision, welche Mehrkosten von 65.0 Mio. Fr. für den Kanton mit sich bringen wird. Zudem, sofern das notwendige Eigenkapital vorhanden ist, tritt die zweite Etappe der Steuergesetzrevision in Kraft, was zu Mindereinnahmen von 15 Mio. Fr. führen wird. Es bedarf umfassender Massnahmen, um dieser Entwicklung entgegenwirken zu können.

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2010 – 2013 als mittelfristiges, flächendeckendes Planungsinstrument umfasst vier zukünftige Jahre. Der IAFP wird jährlich überarbeitet und dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er gewährleistet eine jährlich aktualisierte Gesamtschau der Aufgaben- und Finanzentwicklung in sämtlichen Verwaltungseinheiten für die vierjährige Planperiode. Es geht darum, möglichst frühzeitig im Vollzug die gesetzten Ziele und die Strategie zu hinterfragen und lenkend einzugreifen, Abweichungen zu erkennen, Ziele zu konkretisieren und allenfalls Verbesserungsmassnahmen zu planen und definieren. Die wesentlichen Ergebnisse des integrierten Aufgaben- und Finanzplanes sind im Anhang kommentiert.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2010 – 2013 und ersuchen um Kenntnisnahme.

1. Ausgangslage

1.1 Finanzpolitisches Leitbild

Im Legislaturplan 2005-2009 wurde als Ziel definiert, eine nachhaltige Sanierung des Finanzhaushaltes zu erreichen. Dies beinhaltet unter anderem eine restriktive Finanzpolitik, einen Schuldenabbau und eine Wirkungsorientierung bei der Erfüllung der staatlichen Aufgaben. Die Zielgrösse einer Nettoverschuldung pro Einwohner/in von unter Franken 2'000.- konnte deutlich übertroffen werden (Stand 31.12.2008: Fr. 681.-). Zusätzlich konnte Eigenkapital gebildet werden, was die beabsichtigte Massnahme einer Steuerentlastung vorgängig bedingte. Der Legislaturplan 2009 – 2013 wird zurzeit erarbeitet und im August 2009 verabschiedet. Der Regierungsrat hat am 24. Februar 2009 bei den Finanzplanvorentscheidungen II, RRB 2009/312 beschlossen, die Handlungsmöglichkeiten für die folgenden Jahre im neuen Legislaturplan aufzuzeigen.

1.2 Planungsbeschluss des Kantonsrates vom 11. März 2008

Die Finanzkommission des Kantonsrates beantragte folgenden Planungsbeschluss: „Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen einzuleiten, die dazu führen, dass die Voranschläge der Finanzplanjahre 2009 – 2011

- mindestens eine ausgeglichene Erfolgsrechnung
- einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100% und somit
- keine Neuverschuldung aufweisen“

In der Stellungnahme des Regierungsrates zu diesem Vorstoss wurde auf die Methodik zur Erstellung des IAFP aufmerksam gemacht. Der IAFP soll den notwendigen Handlungsbedarf über den Planungshorizont hinweg darlegen und die entsprechenden Korrekturmassnahmen werden im nachgelagerten Budgetprozess ausgewiesen. Der IAFP soll also eine möglichst gesicherte Zukunftsperspektive, unter Einbezug der veränderten Rahmenbedingungen, über die Aufgaben und finanziellen Ressourcen aufzeigen. Ziel ist es, möglichst frühzeitig unerwünschte Auswirkungen und Tendenzen zu erkennen und im Rahmen des Budgetprozesses lenkend einzugreifen, allenfalls Verbesserungsmassnahmen zu planen und zu definieren. Im Bewusstsein der zeitverzögerten Wirkung von Verbesserungsmassnahmen ist eine prospektive Sicht umso wichtiger. Die wesentlichen Ergebnisse des integrierten Aufgaben- und Finanzplans sind im Anhang kommentiert.

Erfahrungsgemäss zeigt sich, dass die Plangenaugigkeit abnimmt, je weiter der Planungshorizont in der Zukunft liegt. Aufgrund der Finanzkrise und den wirtschaftlichen Konsequenzen und drastisch veränderten Rahmenbedingungen, kann der Planungsbeschluss über alle Planjahre 2010-2013 nicht eingehalten werden. Der Regierungsrat hält grundsätzlich an seiner stabilen Haushaltspolitik fest. Das Ausmass der Verschlechterung der Zahlen würde bei Festhalten am Planungsbeschluss allerdings zu einschneidenden Massnahmen führen, die sich je nach den politischen Vorgaben bereits im Budgetjahr 2010 und vor allem in den Planjahren 2011 – 2013 manifestieren würden.

Der Regierungsrat ist sich seiner übergeordneten Verantwortung bewusst und will in der bestehenden schwierigen konjunkturellen Lage von Wirtschaft und Privathaushalten nicht noch zusätzlich über einschneidende Massnahmen zur Verschlechterung der Konjunkturdaten beitra

gen. Wir bevorzugen eine Politik der massvollen Fortschreibung der Investitionen und Konsumausgaben. Als konjunkturpolitischen Spielraum betrachten wir dabei das in den guten Jahren durch eine konsequente Haushaltspolitik erarbeitete Eigenkapital von 280,9 Mio Franken.

1.3 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan bildet § 16 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), der wie folgt lautet:

§ 16. Integrierter Aufgaben- und Finanzplan

¹ Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan ist eine rollende Planung; er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauffolgenden Jahre erstellt. Er gewährleistet eine Gesamtschau der Aufgaben- und Finanzentwicklung in sämtlichen Aufgabebereichen und enthält eine Steuer- und Verschuldungsplanung.

² Wesentliche Veränderungen gegenüber dem integrierten Aufgaben- und Finanzplan des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode werden ausgewiesen und begründet. Zur Korrektur unerwünschter Entwicklungen enthält er einen Massnahmenplan.

³ Zu Beginn der Legislatur ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan mit dem Legislaturplan inhaltlich abgestimmt.

⁴ Der Regierungsrat legt den integrierten Aufgaben- und Finanzplan jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates

Der Regierungsrat trägt die Verantwortung für die politische Planung insgesamt, der Kantonsrat nimmt davon Kenntnis und ist befugt, die Prioritäten zu verschieben oder andere Ziele zu setzen. Der Kantonsrat ist dazu berufen, die Planung des Regierungsrates zu beaufsichtigen und zu korrigieren. Mittels Planungsbeschlüssen kann er den Regierungsrat beauftragen, eine Staatsaufgabe in einer bestimmten Richtung zu entwickeln. Der Planungsbeschluss verpflichtet den Regierungsrat, den IAFP im Sinne der Vorgabe zu erstellen oder anzupassen. Der Planungsbeschluss geht der Planung des Regierungsrates vor. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat davon abweichen (§ 17 Absatz 1 und Absatz 3 WoV-G). Ein Planungsbeschluss zum IAFP kann nach § 88^{sexies} des Geschäftsreglementes des Kantonsrates vom 10. September 1991 (BGS 121.2) jederzeit von einer ständigen Kommission, einer Fraktion oder 17 Ratsmitgliedern beantragt werden. Für die Einreichung von Planungsbeschlüssen zum IAFP gibt es keine zeitlichen Restriktionen.

3. Rechtliches

Nach § 16 Absatz 3 WoV-G nimmt der Kantonsrat vom IAFP Kenntnis. Nach § 148 Abs. 1 Buchstabe a des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996 (BGS 113.111) sind Kantonsratsbeschlüsse, welche lediglich auf Kenntnisnahme lauten, vom fakultativen Referendum ausgeschlossen.

4. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Klaus Fischer
Landammann

Andreas Eng
Staatschreiber

5. **Beschlussesentwurf**

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2010-2013

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹ und § 16 Absatz 3 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003², nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 31. März 2009 (RRB Nr. 2009/554), beschliesst:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2010 – 2013 wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Finanzen (5)
Departemente (5)
Staatskanzlei
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentdienste
Aktuarin Finanzkommission (16)

¹ BGS 111.1.

² BGS 115.1.

1 Einleitung

1.1 Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert.

Die gesetzliche Grundlage für den IAFP wurde mit dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), welches per 1. Januar 2005 in Kraft trat, geschaffen.

Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauffolgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode. Im IAFP sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem IAFP des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode auszuweisen und zu begründen (WoV-G; §16 Absatz 2). Damit soll eine nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet sein. In jedem Aufgabenbereich wurden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele vorgesehen. Der Arbeitsstand der Massnahmen wird laufend aktualisiert und hier rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

1.2 Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

- a) die langfristigen sowie alle grundlegenden Ziele in der Gesetzgebung;
- b) die mittelfristigen Ziele im Legislaturplan und im integrierten Aufgaben- und Finanzplan;
- c) die kurzfristigen Ziele im Voranschlag / Globalbudget und Jahresplan.

Verfassung und Gesetz sind den aufgeführten Instrumenten übergeordnet. Der Regierungsrat kann aber in seinen Plänen (Legislaturplan / Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) eine Änderung des rechtlichen Rahmens vorsehen, wenn vorgesehene Massnahmen dies notwendig machen. Das letzte Wort hierzu hat aber in jedem Fall der Kantonsrat bzw. das Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf der Ebene Globalbudget gehen Verfassung und Gesetze in jedem Fall vor.

Die einzelnen WoV-Instrumente hängen nicht isoliert im Raum – sie sind im Gegenteil so konzipiert, dass sie aufeinander Bezug nehmen und erst im Zusammenspiel ihre Wirkung entfalten. Der IAFP hat eine koordinierende Schnittstellenfunktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplanes. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

1.3 Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten

Das breite Spektrum der staatlichen Tätigkeit kann nach den verschiedensten Kriterien unterteilt werden. Bis zum IAFP 2008-2011 wurde als Basis die sogenannte „Funktionale Gliederung“ des öffentlichen Rechnungswesens mit 10 Aufgabenbereichen genommen. Aufgrund der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten führte dies innerhalb der Verwaltung zu Überschneidungen und erhöhtem Koordinationsbedarf.

Der IAFP wird gemäss der bestehenden und gelebten Organisationsstruktur der Verwaltung abgebildet (Behörden und Staatskanzlei, 5 Departemente, Gerichte, RRB 2008/43). Der IAFP ist somit vergleichbar mit dem Voranschlag und dem Geschäftsbericht, welche die gleichen Strukturen aufweisen.

Die Aufgabensicht ist in der ausgewiesenen „Funktionalen Gliederung“ gemäss dem Harmonisierten Rechnungsmodell ersichtlich. Diese weicht nur unwesentlich von der alten Aufgabenstruktur des IAFP's ab.

Die staatliche Buchhaltung führt einzelne Profitcenter, welche sich in Globalbudgets und Finanzgrößen aufteilen. Für die Globalbudgets sind entsprechende Leistungsaufträge und Saldovorgaben mit den mehrjährigen Globalbudget-Vorlagen verabschiedet worden. Was nicht direkt durch die Leistung einzelner Dienststellen beeinflusst werden kann, wie zum Beispiel Steuererträge, Gebühren, Bussen,

usw. wurde den sogenannte Finanzgrössen zugewiesen. Die detaillierte Gliederung nach Departemen-ten, Globalbudgets und Finanzgrössen ist im Anhang 1, „Zuteilung der Globalbudgets und Finanzgrös-sen zur Organisationsstruktur“ ausgewiesen. Im Anhang 2 sind die finanziellen Zahlenwerte der einzel-nen Globalbudgets und Finanzgrössen aufgeführt.

1.4 Zeitliche Koordination

Der IAFP wurde letztes Jahr erstmals im Frühjahr vor dem Voranschlag erstellt. Der Ablauf konnte da-durch gestrafft und die Anzahl Budgetrunden im Sommer reduziert werden, und die Finanzkommissi-on hat aktuellere Grundlagen für die Bestimmung der Budgetvorgaben erhalten. Da der IAFP im Früh-jahr erstellt wird und der neue Legislaturplan 2009-2013 erst im August 2009 genehmigt wird, bezieht sich der vorliegende IAFP auf den letzten Legislaturplan 2005-2009. Der IAFP 2011-2014 im Frühjahr 2010 wird sich auf den neuen Legislaturplan 2009 -2013 beziehen. Die Arbeiten für den neuen Legisla-turplan und die Verzahnung mit dem nächsten IAFP werden zurzeit erarbeitet.

1.5 Neuerungen gegenüber dem IAFP 2009 – 2012

1.5.1 Keine inhaltlichen Änderungen

Im Gegensatz zum Vorjahr sind keine wesentlichen inhaltlichen oder strukturellen Änderungen im IAFP-Bericht vorgenommen worden. Zu erwähnen ist, dass neu das Globalbudget Energie gemäss Kan-tonsratsbeschluss vom 16. September 2008, SGB 150/2008 separat vom Amt für Wirtschaft und Arbeit geführt wird.

1.6 Planungsgrundlagen

Bei der Erstellung des vorliegenden Plans gingen wir von folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten aus:

Wirtschaftswachstum (BIP real)

Infolge des verstärkten und alle Weltregionen betreffenden Konjunkturerinbruchs haben sich die Wirt-schaftsaussichten auch für die Schweiz und den Kanton Solothurn seit Dezember 2008 weiter verdüs-tert. Die Rezession dürfte deutlich schärfer als bislang angenommen ausfallen. Für 2009 prognostiziert die Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um -2,2%. Unter der Voraussetzung einer allmählichen Beruhigung der internationalen Finanzkrise in den kommenden Monaten und einer langsam einsetzenden Erholung der Weltwirtschaft sollte auch die Schweizer Wirtschaft 2010 wieder ein schwach positives Wachstum erreichen können (+0,1%).

Infolge der starken Rezession ist eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage für 2009 und 2010 unausweichlich. Die Beschäftigung dürfte in den kommenden Quartalen beschleunigt abgebaut werden. Die Rezession wird sich auch in einem weiteren starken Anstieg der Arbeitslosigkeit nieder-schlagen. Für die Arbeitslosenquote prognostiziert die Expertengruppe 3,8% im Jahresdurchschnitt 2009 und 5,2% im Jahresdurchschnitt 2010. Erst im Verlauf von 2010 dürfte der Beschäftigungsrück-gang im Zuge der einsetzenden Konjunkturerholung langsam abklingen.

Teuerung

Infolge der seit Mitte 2008 wieder stark gesunkenen Rohstoffpreise ist die Konsumteuerung in den ver-gangenen Monaten in der Schweiz stark gesunken. Im Jahresdurchschnitt 2009 dürfte der Konsumentenpreisindex sogar sinken (-0,2%). Diese Entwicklung reflektiert allerdings in erster Linie lediglich die Rohstoffpreiseffekte und keine deflationären Tendenzen wegen der Rezession in der Schweiz. Für 2010 ist denn auch wieder mit geringen Preissteigerungen zu rechnen (+1,0%), wobei die Auswirkungen der expansiven Geldpolitik der Zentralbanken zur Zeit schwer abschätzbar sind.

In den Planjahren 2010 – 2013 ist keine zusätzliche Teuerung berücksichtigt. Die Lohnkosten sind damit auf dem Stand des Voranschlages 2009 in alle Planjahre fortgeschrieben. Die Lohnmassnahmen werden alljährlich von den Sozialpartnern ausgehandelt.

Bevölkerungswachstum

Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/in gehen wir davon aus, dass die Einwohnerzahl des Kantons Solothurn jährlich um rund 1'000 Einwohner/innen zunimmt. Als Basis dienen die aktuellen Bevölkerungszahlen 2008.

Steuerertrag

Die Auswirkungen der am 1.1.2008 in Kraft getretenen zwei Änderungen des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern sind in der Rechnung 2008, im Voranschlag 2009 und in den Finanzplanjahren 2010 - 2013 berücksichtigt. Die Erhöhung der Versicherungsprämienabzüge und die Einführung eines allgemeinen Abzuges für Kinderbetreuungskosten sind erstmals im Jahr 2009, wenn die erhöhten Abzüge im Veranlagungsverfahren berücksichtigt werden können, wirksam. Es ist mit einem Minderertrag von 15 Mio. Franken (Total Mindererträge aus der StG-Revision: 47 Mio. Fr.) zu rechnen. Teil 2 der Steuergesetzrevision (Steuerentlastungen bei der Vermögens- und Gewinnsteuern) wird frühestens 2012 in Kraft gesetzt, und zwar nur dann, wenn die Staatsrechnung in der Bilanz ein Eigenkapital ausweist, wovon wir zur Zeit noch ausgehen.

Steuerfuss

Im vorliegenden integrierten Aufgaben- und Finanzplan ist der Steuerfuss für die allgemeine Staatssteuer mit 105% eingesetzt.

Berücksichtigung bundespolitischer Vorhaben

Massgeblichen Einfluss auf die Planjahre 2009 - 2013 hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), welche am 1.1.2008 in Kraft getreten ist. Alle weiteren, noch nicht definitiv beschlossenen Vorhaben auf Bundesebene, welche den Finanzhaushalt des Kantons teilweise in einer beträchtlichen Masse beeinflussen können (allfällige weitere Konjunkturprogramme des Bundes, Aufgabenüberprüfung, Unternehmens- und Familienbesteuerungsreform, etc.), sind hingegen im vorliegenden IAFP noch nicht berücksichtigt.

Stichtage

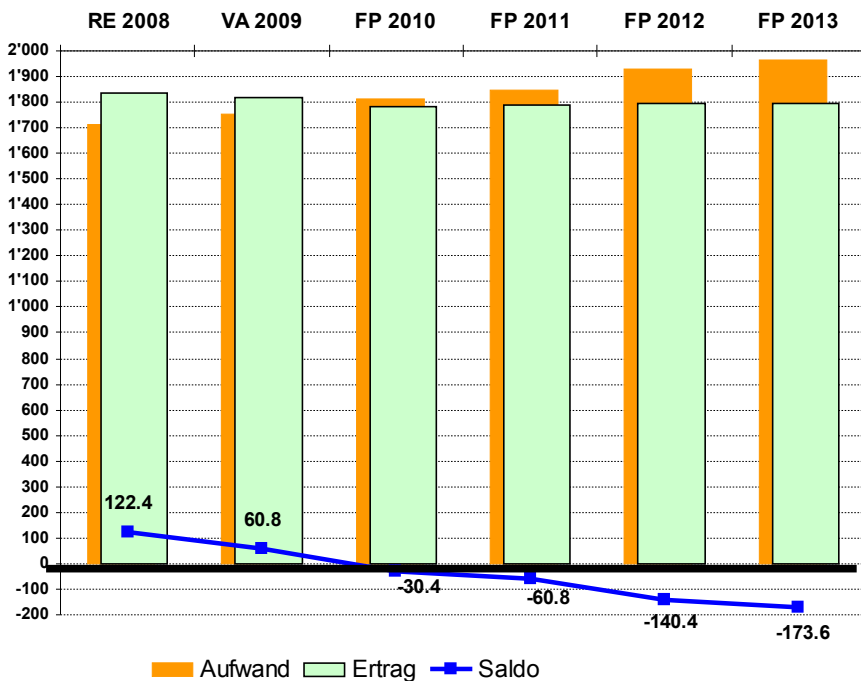
Für die Finanzdaten gilt als Stichtag der 31. März 2009. Berücksichtigt sind die Daten des verabschiedeten Geschäftsberichts 2008 (RRB Nr. 2009/466 vom 17. März 2009) und des Voranschlags 2009 (KRB Nr. 125/2008 vom 10. Dezember 2008).

Legislaturplan

Bei jedem Aufgabenbereich sind die Vorgaben aus dem Legislaturplan 2005 - 2009 explizit aufgeführt. Die Vorgaben basieren auf dem im August 2005 verabschiedeten Legislaturplan, ergänzt und / oder abgeändert um die vom Kantonsrat eingereichten Planungsbeschlüsse, denen der Regierungsrat in der Sitzung vom 31.10.2005 teilweise zugestimmt hat.

2 Finanzielle Übersichten

2.1 Gesamtschau

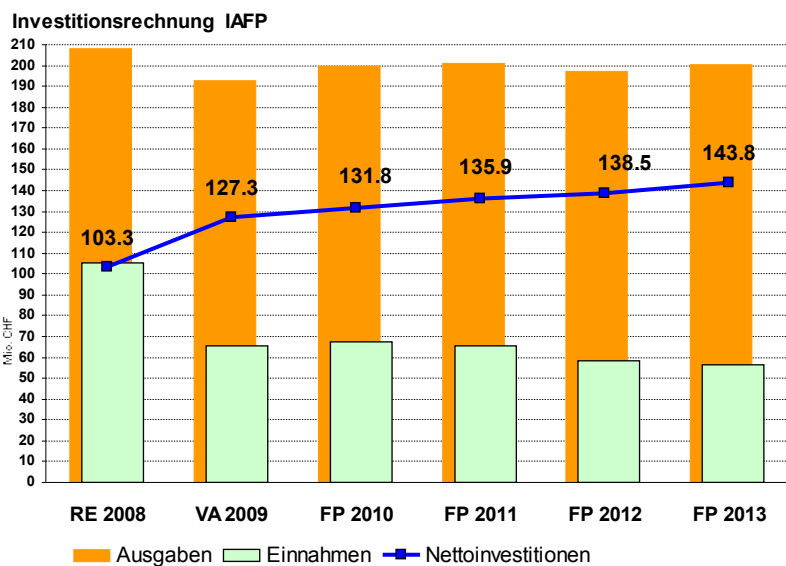


Die Leistungen mit den entsprechenden Massnahmen sind in den einzelnen Bereichen aufgelistet und werden hier nicht weiter erläutert. Das Planjahr 2010 schliesst in der Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von 30.4 Mio. Fr. ab. Die weiteren Planjahre weisen eine stetige Verschlechterung bis zu einem Defizit in der Höhe von 173.6 Mio. Fr. im Jahr 2013 aus. Die Finanzplanjahre sind geprägt einerseits durch **markante Ertragsausfälle aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise** bei den Steuereinnahmen (Staatssteuern – 55 Mio. Fr. / Anteil an der direkten Bundessteuern – 10 Mio.

Fr.) und andererseits **weiteren Kostensteigerungen** in den Bereichen **Bildung** (Bildungsprojekte HarmoS, Bildungsraum Nordwestschweiz, Sonderpädagogik und Schulgelder) und **Gesundheit** (Gesundheitskosten, Spitalteuerung).

Im Jahr **2012** verschlechtert sich die Situation zusätzlich durch die vom Bund beschlossene KVG-Revision (Mehrkosten 60 Mio. Fr.), die 2. Etappe der Steuergesetzrevision (13.3 Mio. Fr.) und durch die Neuberechnung des NFA-Ressourcenausgleichs (Erstmalige Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Berechnungsgrundlagen).

Die erfreulichen Rechnungsergebnisse der letzten Jahre, welche hauptsächlich auf die gute Wirtschaftslage zurückzuführen sind, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass ab 2010 aufgrund der Wirtschaftskrise, der Wirkung der Steuergesetzrevision, von verschiedenen Kostensteigerungen, der exogen bestimmten KVG-Revision und dem Schwankungsrisiko des Finanzausgleichs mit einer Korrektur der sehr guten finanziellen Entwicklung der letzten Jahre zu rechnen ist.



Im Mehrjahresvergleich plant der Kanton in den nächsten Jahren relativ hohe Investitionen. Die Investitionsrechnung ist geprägt von verschiedenen namhaften Grossprojekten im Strassenbau (Entlastung Region Olten ERO) und im Hochbau (Neubau FHNW Olten, Bürgerspital Solothurn, Straf- und Massnahmenvollzugsanstalt 'im Schache').

2.2 Ergebnisse

	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
in Mio. Fr						
1. Erfolgsrechnung						
Total Aufwand	1'713.8	1'756.4	1'812.4	1'848.1	1'932.3	1'966.8
Total Ertrag	-1'836.2	-1'817.2	-1'782.0	-1'787.3	-1'791.9	-1'793.2
Operativer Ertragsüberschuss (-) / Aufwandüberschuss (+)	-122.4	-60.8	30.4	60.8	140.4	173.6
ausserordentlicher Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
ausserordentlicher Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertragsüberschuss (-) Aufwandüberschuss (+)	-122.4	-60.8	30.4	60.8	140.4	173.6
2. Investitionsrechnung						
Total Ausgaben	208.3	193.0	199.5	201.3	196.9	200.6
Total Einnahmen	-105.0	-65.7	-67.7	-65.4	-58.4	-56.8
Nettoinvestitionen	103.3	127.3	131.8	135.9	138.5	143.8
3. Finanzierung						
Nettoinvestitionen	103.3	127.3	131.8	135.9	138.5	143.8
- Abschreibung Verwaltungsvermögen	-29.7	-36.5	-37.8	-38.8	-39.8	-40.8
- Abschreibung Spezialfinanzierungen	-43.3	-44.9	-54.0	-51.2	-38.3	-42.7
+/- Zuweisung ins Eigenkapital	-122.4	-60.8	30.4	60.8	140.4	173.6
Finanzierungsüberschuss (-) Finanzierungsfehlbetrag (+)	-92.1	-14.9	70.4	106.7	200.8	233.9
4. Eigenkapital						
Stand Eigenkapital/Verlustvortrag per 01.01.	158.5	280.9	341.7	311.3	250.5	110.1
Eigenkapital Zunahme (+), Abnahme (-)	122.4	60.8	-30.4	-60.8	-140.4	-173.6
Eigenkapital per 31.12.	280.9	341.7	311.3	250.5	110.1	-63.5
5. Nettoverschuldung						
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	173.3	158.4	228.8	335.5	536.3	770.2
	681	620	892	1'303	2'075	2'969
6. Selbstfinanzierungsgrad						
(= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	189%	112%	47%	21%	-45%	-63%
7. Eigenfinanzierungsgrad						
in % der Bilanzsumme	17.9%	21.0%	18.3%	14.4%	6.5%	-3.8%

* Die Zahlen im VA 09 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2008 aktualisiert.

2.2.1 Erfolgsrechnung nach Departemente in Mio. Franken

	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Total alle Departemente						
Aufwand	1'713.7	1'756.4	1'812.4	1'848.1	1'932.4	1'966.7
Ertrag	-1'836.2	-1'817.2	-1'782.0	-1'787.4	-1'791.9	-1'793.2
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-122.4	-60.8	30.4	60.8	140.4	173.6
1. Behörden und Staatskanzlei						
Aufwand	16.9	16.7	17.1	17.1	17.1	17.1
Ertrag	-4.0	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4
Verrechnungen	-7.6	-7.3	-7.5	-7.5	-7.6	-7.5
Saldo	5.3	6.0	6.1	6.2	6.2	6.2
2. Bau- und Justizdepartement						
Aufwand	201.7	219.7	232.4	233.2	223.4	227.1
Ertrag	-100.4	-107.7	-117.0	-117.0	-106.9	-113.1
Verrechnungen	-83.2	-81.6	-80.9	-80.9	-80.9	-80.9
Saldo	18.1	30.4	34.5	35.3	35.7	33.1
3. Departement für Bildung und Kultur						
Aufwand	447.6	437.0	454.4	467.9	480.5	492.7
Ertrag	-43.6	-41.1	-47.0	-47.2	-56.4	-56.2
Verrechnungen	26.1	24.5	26.6	26.6	26.6	26.6
Saldo	430.1	420.4	434.0	447.4	450.8	463.1
4. Finanzdepartement						
Aufwand	153.1	157.4	159.5	164.5	169.5	176.5
Ertrag	-1'260.4	-1'245.7	-1'177.6	-1'184.0	-1'185.7	-1'176.9
Verrechnungen	-3.0	0.4	-10.7	-10.3	-9.7	-9.6
Saldo	-1'110.3	-1'087.9	-1'028.7	-1'029.9	-1'025.8	-1'010.0
5. Departement des Innern						
Aufwand	705.0	730.9	753.5	769.8	844.3	859.4
Ertrag	-304.7	-299.4	-311.2	-314.2	-317.3	-321.3
Verrechnungen	70.0	69.1	70.9	70.9	70.9	70.9
Saldo	470.3	500.6	513.2	526.5	597.9	608.9
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Aufwand	167.2	172.3	173.8	169.9	171.8	171.7
Ertrag	-118.0	-115.0	-120.8	-116.4	-117.2	-117.1
Verrechnungen	-4.7	-7.4	-1.0	-1.4	-2.1	-2.2
Saldo	44.4	50.0	52.0	52.0	52.5	52.4
7. Gerichte						
Aufwand	22.2	22.3	21.7	25.7	25.7	22.3
Ertrag	-5.0	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Verrechnungen	2.4	2.4	2.6	2.6	2.6	2.6
Saldo	19.6	19.6	19.3	23.3	23.3	19.9

2.2.2 Investitionsrechnung nach Departementen in Mio. Franken

	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Total alle Departemente						
Ausgaben ¹	208.3	193.0	199.5	201.3	196.8	200.6
Einnahmen	-105.0	-65.7	-67.7	-65.4	-58.3	-56.8
Nettoinvestitionen	103.3	127.3	131.8	135.9	138.5	143.8
1. Behörden und Staatskanzlei						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
2. Bau- und Justizdepartement						
Ausgaben	181.2	167.7	178.0	180.5	176.2	179.8
Einnahmen	-91.5	-59.9	-61.9	-59.6	-52.6	-51.0
Nettoinvestitionen	89.7	107.8	116.1	120.9	123.6	128.8
3. Departement für Bildung und Kultur						
Ausgaben	2.3	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4
Einnahmen	-1.7	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Nettoinvestitionen	0.6	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9
4. Finanzdepartement						
Ausgaben	1.6	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6
Einnahmen	-1.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-0.3	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6
5. Departement des Innern						
Ausgaben	14.1	6.4	2.1	1.9	1.8	1.9
Einnahmen	-4.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	9.4	6.4	2.1	1.9	1.8	1.9
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Ausgaben	9.1	7.9	8.5	7.9	7.9	7.9
Einnahmen	-5.1	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3
Nettoinvestitionen	4.0	3.7	4.2	3.7	3.7	3.7
7. Gerichte						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

¹ Im Total der Ausgaben sind die Auflösungen der GB-Reserven in der RE08 von 10.4 Mio.Fr. eingerechnet.

2.2.3 Funktionale Gliederung Erfolgsrechnung in Mio. Franken

	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
0 Allgemeine Verwaltung						
Aufwand	87.1	92.8	94.9	95.1	95.0	95.0
Ertrag	-27.1	-25.7	-25.3	-25.3	-25.3	-25.3
Verrechnung	24.3	23.6	22.8	22.8	22.8	22.8
Saldo	84.3	90.7	92.4	92.5	92.5	92.5
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Aufwand	198.8	211.5	211.3	216.0	216.6	213.9
Ertrag	-118.2	-114.9	-116.7	-116.7	-116.7	-116.7
Verrechnung	-2.1	-1.8	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
Saldo	78.4	94.8	93.4	98.1	98.7	95.9
2 Bildung						
Aufwand	444.7	432.8	450.2	463.7	475.4	487.6
Ertrag	-43.7	-40.9	-46.8	-47.0	-56.2	-56.0
Verrechnung	3.4	3.0	3.1	3.1	3.1	3.1
Saldo	404.5	395.0	406.5	419.7	422.3	434.6
3 Kultur und Freizeit						
Aufwand	12.2	13.5	13.7	13.8	14.6	14.4
Ertrag	-3.9	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4	-3.4
Verrechnung	1.0	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
Saldo	9.4	10.9	11.2	11.3	12.1	11.8
4 Gesundheit						
Aufwand	258.4	271.3	277.1	283.0	350.8	356.8
Ertrag	-3.8	-1.8	-2.3	-2.3	-2.3	-2.3
Verrechnung	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Saldo	255.6	270.5	275.8	281.7	349.5	355.5
5 Soziale Wohlfahrt						
Aufwand	323.9	325.6	342.0	351.7	357.7	366.2
Ertrag	-177.0	-172.6	-181.9	-185.0	-188.0	-192.1
Verrechnung	1.7	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Saldo	148.6	152.7	159.8	166.4	169.4	173.8
6 Verkehr						
Aufwand	117.5	127.7	142.6	142.1	130.6	133.4
Ertrag	-20.6	-18.9	-20.3	-20.6	-20.9	-21.3
Verrechnung	-69.5	-69.0	-69.0	-69.0	-69.0	-69.0
Saldo	27.3	39.8	53.3	52.5	40.8	43.2
7 Umwelt, Raumordnung						
Aufwand	41.0	45.0	45.1	45.6	46.0	46.6
Ertrag	-38.3	-38.8	-34.6	-34.6	-34.6	-34.6
Verrechnung	3.3	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Saldo	5.9	6.8	11.1	11.6	12.1	12.7
8 Volkswirtschaft						
Aufwand	92.3	98.1	98.6	98.9	98.9	98.9
Ertrag	-79.8	-82.3	-82.3	-82.6	-82.6	-82.6
Verrechnung	1.6	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4
Saldo	14.1	18.3	18.7	18.8	18.8	18.8
9 Finanzen und Steuern						
Aufwand	137.9	138.1	136.8	138.4	146.6	154.0
Ertrag	-1'323.8	-1'318.0	-1'268.3	-1'269.9	-1'261.9	-1'258.9
Verrechnung	35.4	39.6	39.7	39.7	39.7	39.7
Saldo	-1'150.6	-1'140.3	-1'091.8	-1'091.9	-1'075.6	-1'065.2
Gesamttotal						
Aufwand	1'713.7	1'756.4	1'812.4	1'848.1	1'932.4	1'966.7
Ertrag	-1'836.2	-1'817.2	-1'782.0	-1'787.4	-1'791.9	-1'793.2
Verrechnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-122.4	-60.8	30.4	60.8	140.4	173.6

2.2.4 Funktionale Gliederung Investitionsrechnung in Mio. Franken

	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
0 Allgemeine Verwaltung						
Ausgaben	13.0	15.8	13.9	27.8	34.8	26.3
Einnahmen	-0.8	-0.1	-0.1	-2.1	-3.6	-4.5
Nettoinvestitionen	12.3	15.7	13.8	25.7	31.2	21.8
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Ausgaben	17.4	9.5	5.2	4.7	4.1	3.7
Einnahmen	-6.3	-1.5	-1.5	-1.1	-0.7	-0.5
Nettoinvestitionen	11.1	8.0	3.7	3.6	3.4	3.2
2 Bildung						
Ausgaben	11.5	17.1	26.1	33.5	46.7	50.1
Einnahmen	-2.4	-1.8	-6.1	-13.0	-12.4	-13.5
Nettoinvestitionen	9.1	15.3	20.0	20.5	34.3	36.6
3 Kultur und Freizeit						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Gesundheit						
Ausgaben	34.6	35.6	30.1	24.6	21.2	29.2
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	34.6	35.6	30.1	24.6	21.2	29.2
5 Soziale Wohlfahrt						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Verkehr						
Ausgaben	125.6	96.4	104.7	91.6	70.7	71.5
Einnahmen	-85.2	-50.5	-48.6	-37.8	-30.5	-27.2
Nettoinvestitionen	40.4	45.8	56.1	53.8	40.1	44.3
7 Umwelt, Raumordnung						
Ausgaben	2.8	10.7	11.2	11.2	11.5	11.9
Einnahmen	-3.6	-7.5	-7.2	-7.1	-6.9	-6.9
Nettoinvestitionen	-0.8	3.2	4.0	4.1	4.6	5.0
8 Volkswirtschaft						
Ausgaben	7.8	7.6	7.6	7.6	7.6	7.6
Einnahmen	-5.1	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3
Nettoinvestitionen	2.6	3.4	3.4	3.4	3.4	3.4
9 Finanzen und Steuern						
Ausgaben	-4.4	0.3	0.9	0.3	0.3	0.3
Einnahmen	-1.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-6.0	0.3	0.9	0.3	0.3	0.3
Gesamttotal						
Ausgaben	208.3	193.0	199.5	201.3	196.8	200.6
Einnahmen	-105.0	-65.7	-67.7	-65.4	-58.3	-56.8
Nettoinvestitionen	103.3	127.3	131.8	135.9	138.5	143.8

2.2.5 Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung in Mio. Franken

	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
3 Aufwand	1'713.7	1'756.4	1'812.4	1'848.1	1'932.4	1'966.7
30 Personalaufwand	375.7	404.2	413.6	406.1	406.6	404.9
300 Behörden, Kommissionen und Richter	7.0	7.4	7.4	8.7	8.7	7.4
301 Bes. Verwaltungs- und Betriebspersonal	232.0	246.7	251.9	251.5	251.6	251.1
302 Löhne der Lehrkräfte	68.6	74.3	73.7	66.7	67.0	67.4
303 Sozialversicherungsbeiträge	22.6	25.8	26.4	25.9	26.0	25.9
304 Personalversicherungsbeiträge	38.0	42.0	44.3	43.4	43.5	43.3
305 Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	0.8	0.9	1.2	1.2	1.2	1.2
306 Dienstkl., Wohnungs- und Verpflegungzul.	0.4	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
307 Rentenleistungen	5.0	3.6	5.0	5.0	5.0	5.0
308 Entschädigungen für temp. Arbeitskräfte	0.2	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2
309 Übriger Personalaufwand	1.4	3.1	3.2	3.2	3.2	3.2
31 Sachaufwand	142.9	151.0	152.0	155.4	157.6	155.1
310 Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	12.9	13.3	14.3	14.4	14.5	15.1
311 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	8.9	10.4	9.4	9.3	9.4	8.6
312 Wasser, Energie und Heizmaterialien	4.5	4.7	4.9	5.0	5.0	5.1
313 Verbrauchsmaterialien	7.2	6.8	6.9	6.9	6.9	6.9
314 Baulicher Unterhalt durch Dritte	23.7	25.0	24.7	25.8	26.6	25.0
315 Übriger Unterhalt durch Dritte	7.9	8.9	8.8	8.8	8.8	8.7
316 Mieten, Pachten und Benützungskosten	13.4	16.1	15.4	16.1	17.0	17.3
317 Spesenentschädigungen	4.1	4.7	4.6	4.5	4.6	4.6
318 Dienstleistungen und Honorare	53.0	53.0	54.9	56.2	56.2	55.1
319 Übriger Sachaufwand	7.3	8.0	8.1	8.3	8.5	8.7
32 Passivzinsen	34.6	30.1	24.8	28.8	32.8	38.8
321 Kurzfristige Schulden	0.0	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4
322 Mittel- und langfristige Schulden	26.7	21.7	17.3	21.2	25.3	31.3
323 Sonderrechnungen	4.1	4.0	3.6	3.6	3.6	3.6
329 Übrige Zinsen	3.7	3.9	3.5	3.5	3.5	3.5
33 Abschreibungen	91.0	94.6	107.7	105.9	94.1	99.4
330 Finanzvermögen	24.0	14.7	15.9	15.9	15.9	15.9
331 Abschreibung Verwaltungsvermögen	29.7	36.5	37.8	38.8	39.8	40.8
334 Abschreibung Spezialfinanzierungen	43.3	44.9	54.0	51.3	38.4	42.8
335 Rückstellungen	-6.0	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	17.4	12.7	16.6	12.4	13.3	13.3
341 Beiträge an Gemeinden	17.4	12.7	16.6	12.4	13.3	13.3
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	82.9	87.9	87.8	91.3	93.8	96.3
350 Bund	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
351 Kantone	70.6	70.5	74.8	77.8	79.8	81.8
352 Gemeinden	12.1	17.3	12.9	13.4	13.9	14.4
36 Eigene Beiträge	875.1	895.0	930.2	962.9	1'042.9	1'068.1
360 Beiträge an Bund	4.8	4.5	4.7	4.8	4.9	5.0
361 Beiträge an Kantone	4.3	9.6	11.7	12.0	13.5	17.0
362 Beiträge an Gemeinden	149.1	164.7	168.6	183.9	184.5	191.5
363 Beiträge an eigene Anstalten	292.3	252.7	259.7	263.6	269.4	272.4
364 Beiträge an gemischtwirtsch. Unternehm.	118.8	145.4	149.6	152.5	218.7	222.6
365 Beiträge an private Institutionen	42.9	43.3	46.1	46.4	46.8	47.4
366 Beiträge an private Haushalte	262.8	274.8	289.7	299.7	305.1	312.1
37 Durchlaufende Beiträge	71.2	72.3	77.8	83.3	88.8	88.8
370 Durchlaufende Beiträge an Bund	1.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
372 Durchlaufende Beiträge an Gemeinden	0.5	0.5	6.0	11.5	17.0	17.0
376 Durchl. Beiträge an priv. Haushalte	69.7	71.7	71.7	71.7	71.7	71.7
38 Einlagen in Spezialfin. und Stiftungen	22.9	8.7	2.0	2.0	2.5	2.0
380 Einlagen in Spezialfin. und Stiftungen	22.9	8.7	2.0	2.0	2.5	2.0

	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
4 Ertrag	-1'836.2	-1'817.2	-1'782.0	-1'787.4	-1'791.9	-1'793.2
40 Steuern	-877.1	-880.4	-821.0	-827.4	-836.1	-827.1
400 Einkommens- und Vermögenssteuern	-597.2	-556.2	-560.5	-562.5	-563.5	-553.5
401 Ertrags- und Kapitalsteuern	-147.1	-185.1	-120.5	-124.9	-132.6	-133.6
403 Vermögensgewinnsteuern	-18.5	-16.3	-17.3	-17.3	-17.3	-17.3
404 Vermögensverkehrssteuern	-33.8	-35.5	-35.5	-35.5	-35.5	-35.5
405 Erbschafts- und Schenkungssteuern	-16.8	-22.4	-22.3	-22.3	-22.3	-22.3
406 Besitz- und Aufwandsteuern	-63.8	-64.9	-64.9	-64.9	-64.9	-64.9
41 Regalien und Konzessionen	-8.9	-8.8	-8.8	-8.8	-8.8	-8.8
410 Regalien und Konzessionen	-8.9	-8.8	-8.8	-8.8	-8.8	-8.8
42 Vermögenserträge	-60.5	-69.6	-69.3	-70.0	-71.5	-75.3
420 Banken	-1.1	-1.0	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
421 Guthaben	-13.6	-7.7	-6.2	-6.2	-6.2	-6.2
422 Anlagen des Finanzvermögens	-4.4	-2.6	-2.6	-2.6	-2.6	-2.6
423 Liegenschaftserträge des Finanzvermögens	-2.9	-2.5	-2.4	-2.3	-2.2	-2.1
424 Buchgew. auf Anlagen des Finanzvermögen	-0.5	-1.0	-1.6	-0.8	-1.1	-1.1
426 Beteiligungen des Verwaltungsvermögens	-0.5	-17.0	-16.4	-16.4	-16.4	-16.4
427 Liegenschaftserträge des Verwaltungsver.	-37.1	-37.9	-39.9	-41.5	-42.8	-46.8
428 Buchgewinne auf dem Verwaltungsvermögen	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
429 übrige	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
43 Entgelte	-161.2	-152.8	-149.9	-149.6	-149.6	-149.7
431 Gebühren für Amtshandlungen	-69.4	-68.3	-70.0	-70.0	-70.0	-70.0
432 Spital- und Heimtaxen	-10.6	-11.3	-11.3	-11.3	-11.3	-11.3
433 Schulgelder	-3.6	-3.4	-3.5	-3.4	-3.3	-3.3
434 Andere Benützungsgebühren, Dienstl.	-20.8	-19.3	-15.0	-15.0	-15.0	-15.1
435 Verkäufe	-10.6	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0
436 Rückerstattungen	-8.2	-10.5	-9.6	-9.5	-9.5	-9.6
437 Bussen	-30.5	-27.8	-28.3	-28.3	-28.3	-28.3
438 Eigenleistungen für Investitionen	-2.1	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4
439 Übrige	-5.5	-2.7	-2.8	-2.8	-2.8	-2.8
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	-371.9	-349.0	-343.0	-343.1	-336.1	-336.2
440 Anteile an Bundeseinnahmen	-371.9	-349.0	-343.0	-343.1	-336.1	-336.2
45 Rückerstattungen von Gemeinwesen	-20.0	-18.2	-18.7	-18.2	-17.5	-17.3
450 Bund	-5.1	-4.2	-4.2	-4.2	-4.0	-4.0
451 Kantone	-12.7	-13.1	-13.4	-12.9	-12.4	-12.2
452 Gemeinden	-2.3	-0.9	-1.1	-1.1	-1.1	-1.1
46 Beiträge für eigene Rechnung	-255.3	-251.7	-264.3	-263.3	-271.6	-275.9
460 Beiträge von Bund	-144.0	-137.3	-147.7	-150.4	-152.8	-155.5
461 Beiträge von Kantonen	-0.5	-0.4	-0.5	-0.6	-0.6	-0.6
462 Beiträge von Gemeinden	-99.2	-109.6	-111.1	-107.3	-113.2	-114.8
463 Beiträge von eigenen Anstalten	-0.8	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
469 Beiträge von Übrigen	-10.8	-4.3	-4.8	-4.8	-4.8	-4.8
47 Durchlaufende Beiträge	-71.2	-72.3	-77.8	-83.3	-88.8	-88.8
470 Durchlaufende Beiträge von Bund	-70.7	-71.8	-71.8	-71.8	-71.8	-71.8
472 Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-0.5	-0.5	-6.0	-11.5	-17.0	-17.0
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-10.0	-14.5	-29.3	-23.7	-12.1	-14.0
480 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-10.0	-14.5	-29.3	-23.7	-12.1	-14.0
Gesamttotal						
3 Aufwand	1'713.7	1'756.4	1'812.4	1'848.1	1'932.4	1'966.7
4 Ertrag	-1'836.2	-1'817.2	-1'782.0	-1'787.4	-1'791.9	-1'793.2
Saldo	-122.4	-60.8	30.4	60.8	140.4	173.6

2.2.6 Volkswirtschaftliche Gliederung Investitionsrechnung in Mio. Franken

	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
5 Ausgaben	208.3	193.0	199.5	201.3	196.8	200.6
50 Sachgüter	197.5	173.3	179.0	181.3	176.9	180.8
501 Tiefbauten	125.7	100.3	108.2	95.1	74.2	75.0
503 Hochbauten	49.8	57.5	59.0	74.9	91.7	94.6
506 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	22.0	15.3	11.8	11.3	11.1	11.3
52 Darlehen und Beteiligungen	6.8	6.3	6.3	6.3	6.3	6.3
525 Private Institutionen	5.1	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
526 Private Haushalte	1.7	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8
56 Eigene Beiträge	7.8	7.7	8.5	8.0	7.9	7.8
560 Bund	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
562 Gemeinden	2.1	1.3	1.9	1.4	1.6	1.7
564 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	3.6	4.0	4.0	3.7	3.2	2.7
565 Private Institutionen	1.3	1.6	1.9	2.1	2.4	2.6
566 Private Haushalte	0.7	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
57 Durchlaufende Beiträge	6.6	5.8	5.8	5.8	5.8	5.8
572 Gemeinden	1.5	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6
574 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	2.6	2.7	2.7	2.7	2.7	2.7
576 Private Haushalte	2.5	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
58 Übrige zu aktivierende Ausgaben	-10.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
580 Materielle Enteignungen	-10.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Einnahmen	-105.0	-65.7	-67.7	-65.4	-58.3	-56.8
60 Abgang von Sachgütern	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
606 Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
62 Rückz. von Darlehen und Beteiligungen	-7.3	-4.0	-4.1	-4.1	-3.8	-3.8
624 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
625 Private Institutionen	-5.5	-2.4	-2.5	-2.5	-2.2	-2.2
626 Private Haushalte	-1.7	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
66 Beiträge für eigene Rechnung	-90.9	-55.9	-57.9	-55.6	-48.8	-47.2
660 Bund	-72.0	-34.4	-36.7	-33.4	-28.8	-27.7
661 Kantone	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
662 Gemeinden	-14.5	-20.9	-20.2	-19.3	-18.3	-17.8
669 Übrige	-1.1	-0.7	-0.9	-2.9	-1.7	-1.7
67 Durchlaufende Beiträge	-6.6	-5.8	-5.8	-5.8	-5.8	-5.8
670 Bund	-6.6	-5.8	-5.8	-5.8	-5.8	-5.8
Gesamttotal						
5 Ausgaben	208.3	193.0	199.5	201.3	196.8	200.6
6 Einnahmen	-105.0	-65.7	-67.7	-65.4	-58.3	-56.8
Nettoinvestitionen	103.3	127.3	131.8	135.9	138.5	143.8

2.3 Finanzkennzahlen

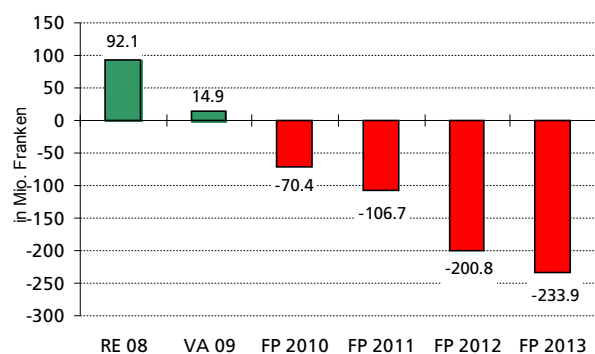
in Mio. Fr. bzw. %	RE 08	VA 09	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Cash Flow	195.4	142.2	61.4	29.2	-62.3	-90.1
Abschreibungen auf Investitionen	-73.0	-81.4	-91.8	-90.0	-78.1	-83.5
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	122.4	60.8	-30.4	-60.8	-140.4	-173.6
Zusätzliche Abschreibungen VV						
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	122.4	60.8	-30.4	-60.8	-140.4	-173.6
Nettoinvestitionen	103.3	127.3	131.8	135.9	138.5	143.8
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag	92.1	14.9	-70.4	-106.7	-200.8	-233.9
Selbstfinanzierungsgrad	189%	112%	47%	21%	-45%	-63%
Nettoverschuldung ¹	173.3	158.4	228.8	335.5	536.3	770.2
Dito, in Fr. pro Einwohner ¹	681	620	892	1'303	2'075	2'969
Bilanzfehlbetrag (+)* / Eigenkapital (-)	-280.9	-341.7	-311.3	-250.5	-110.1	63.5
Einwohner Ende Jahr in Tausend ²	254.4	255.4	256.4	257.4	258.4	259.4

¹ Zahlen im Voranschlag 2009 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2008 aktualisiert.

² Anpassungen aufgrund der Bevölkerungsprognose.

Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag

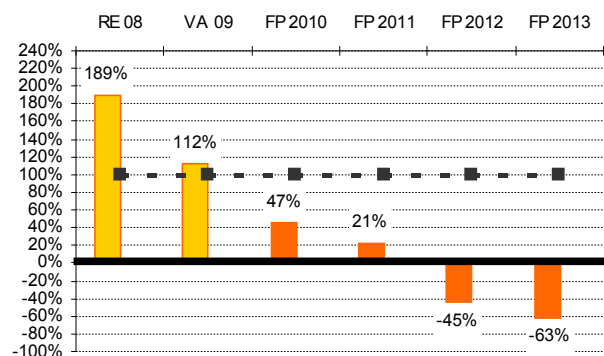
(in Mio. Franken)



Bereits im ersten Planjahr 2010 besteht ein Finanzierungsfehlbetrag von 70.4 Mio.Fr., welcher sich bis 2013 mehr als verdreifacht.

Selbstfinanzierungsgrad

Vorgabe FIKO; >100%

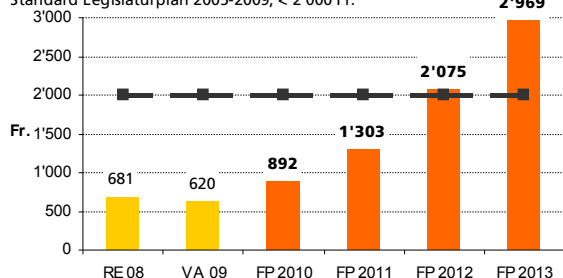


Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt das Verhältnis von Selbstfinanzierung (erarbeitetes Kapital: Cash flow) zu den Nettoinvestitionen.

Der Planungsbeschluss des Kantonsrates kann bereits ab dem Planjahr 2010 ohne konkrete Massnahmen im Rahmen des Budgetprozesses nicht mehr erfüllt werden.

Nettoverschuldung pro Einwohner

Standard Legislaturplan 2005-2009; < 2'000 Fr.



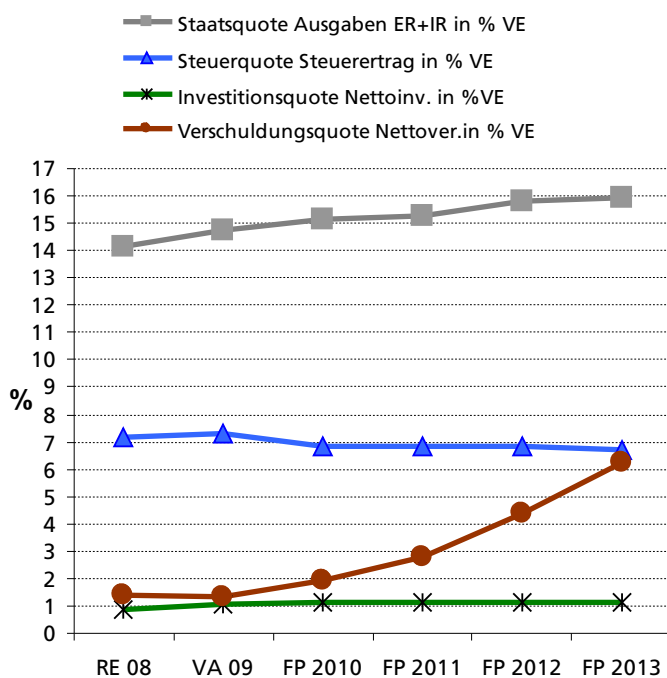
Die Nettoverschuldung würde aufgrund der schlechten Ergebnissen in den Planjahren wieder massiv zunehmen.

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen (VE)

in Mio. Fr. bzw. %	RE 08	VA 09	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Geschätzte Zunahme VE in % ⁴	1.6%	-2.2%	0.1%	1.0%	1.0%	1.0%
Volkseinkommen VE	12'272	12'002	12'014	12'134	12'255	12'378
Staatsquote Ausgaben ER+IR in % VE	14.1	14.7	15.1	15.3	15.8	15.9
Steuerertrag (inkl.MfZ-Steuer)	877.1	880.4	821.0	827.4	836.1	827.1
Steuerquote Steuerertrag in % VE	7.1	7.3	6.8	6.8	6.8	6.7
Nettoinvestitionen (Konto 5-6)	103.3	127.3	131.8	135.9	138.5	143.8
Investitionsquote Nettoinv. in %VE	0.8	1.1	1.1	1.1	1.1	1.2
Nettoverschuldung	173.3	158.4	228.8	335.5	536.3	770.2
Verschuldungsquote Nettover.in % VE	1.4	1.3	1.9	2.8	4.4	6.2

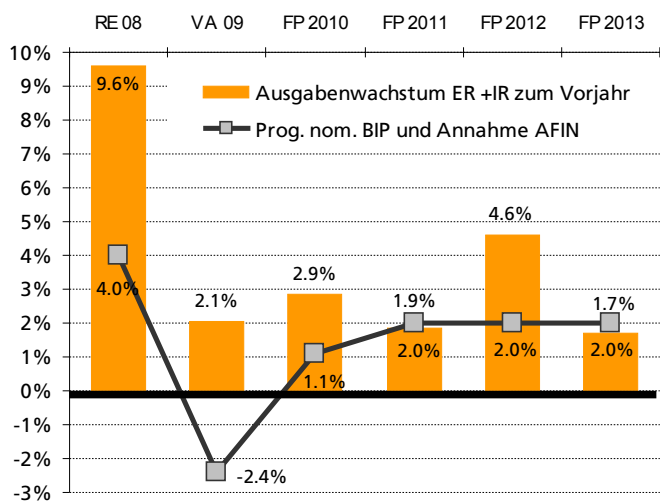
⁴ Basis provisorische Zahlen 2007 vom Bundesamt für Statistik.

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen



In den Finanzplanjahren verdreifacht sich die Verschuldungsquote von 1.9% auf 6.2% im Jahr 2013. Die Staatsquote erhöht sich um rund 1% bis ins Jahr 2013.

Ausgabenwachstum in % zum BIP



Das Bruttoinlandprodukt (BIP) misst das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft und ist ein interessanter Wert im Vergleich zum Ausgabenwachstum des Kantons. Das SECO geht von einem Rückgang des realen BIP 2009 von -2.2% und einem Landesindex der Konsumentenpreise von -0.2% aus, was etwa einem nominellen BIP von 2.4 % entspricht. Ab 2011 nehmen wir ein nominelles BIP von 2% an. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP ist. Dieser Grundsatz wäre nur in den Jahren 2011 und 2013 erfüllt.

2.4 Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2009 – 2012

2.4.1 Erfolgsrechnung	Vorjahr				Diff.	Vorjahr		
	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2010		FP 2011	FP 2011	Diff.
Total alle Departemente								
Aufwand	1'713.7	1'756.4	1'786.8	1'812.4	25.7	1'819.3	1'848.1	28.8
Ertrag	-1'836.2	-1'817.2	-1'799.1	-1'782.0	17.1	-1'820.4	-1'787.4	33.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-122.4	-60.8	-12.3	30.4	42.8	-1.1	60.8	61.9

Beim Vergleich zur Vorjahresplanung „FP Vorjahr 2010“ zu „FP 2010 und 2011“ ist zu beachten, dass in den Vorjahren keine Teuerung eingerechnet ist. Im aktuellen „FP 2010“ ist die Teuerung von 2,7% was rund 18.4 Mio.Fr. ausmacht aufgerechnet. Die Lohnmassnahmen werden von den Sozialpartnern alljährlich ausgehandelt.

1. Behörden und Staatskanzlei	Vorjahr				Diff.	Vorjahr		
	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2010		FP 2011	FP 2011	Diff.
Aufwand	16.9	16.7	16.6	17.1	0.5	16.6	17.1	0.6
Ertrag	-4.0	-3.4	-3.5	-3.4	0.1	-3.5	-3.4	0.1
Verrechnungen	-7.6	-7.3	-7.5	-7.5	-0.1	-7.4	-7.5	-0.1
Saldo	5.3	6.0	5.7	6.1	0.5	5.6	6.2	0.6

Für den Bereich Behörden/Staatskanzlei gibt es keine relevanten Abweichungen, welche zu begründen wären.

2. Bau- und Justizdepartement	Vorjahr				Diff.	Vorjahr		
	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2010		FP 2011	FP 2011	Diff.
Aufwand	201.7	219.7	216.8	232.4	15.6	227.3	233.2	5.9
Ertrag	-100.4	-107.7	-100.8	-117.0	-16.2	-109.1	-117.0	-7.9
Verrechnungen	-83.2	-81.6	-86.1	-80.9	5.2	-86.0	-80.9	5.2
Saldo	18.1	30.4	29.9	34.5	4.6	32.2	35.3	3.1

Die obige Darstellung des Vergleichs der Erfolgsrechnung ist stark geprägt von den Abschreibungen aus der Investitionsrechnung. Spezialfinanzierte Investitionen werden zudem sofort vollständig abgeschlossen, so dass sich der Investitionsverlauf direkt auf die Erfolgsrechnung auswirkt. Um diesen Effekt bereinigt, weist die Entwicklung der Erfolgsrechnung des Bau- und Justizdepartements eine Kostensteigerung im Bereich des öffentlichen Verkehrs (+ 4.7 Mio.Fr., insbesondere für Busoptimierungen in Olten und in Grenchen) und eine im IAFP des vergangenen Jahres noch nicht berücksichtigte Anpassung des Aufwandes für die Staatsanwaltschaft (+1.5 Mio.Fr.)

3. Departement für Bildung und Kultur	Vorjahr				Diff.	Vorjahr		
	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2010		FP 2011	FP 2011	Diff.
Aufwand	447.6	437.0	472.0	454.4	-17.6	478.1	467.9	-10.2
Ertrag	-43.6	-41.1	-49.1	-47.0	2.1	-48.8	-47.2	1.6
Verrechnungen	26.1	24.5	25.9	26.6	0.7	25.9	26.6	0.7
Saldo	430.1	420.4	448.8	434.0	-14.8	455.3	447.4	-7.9

Der Minderaufwand von 14.8 Mio.Fr. zwischen dem Finanzplan 2010 (Stand Februar 2008 und Stand Februar 2009) ist insbesondere auf Folgendes zurückzuführen: Sonderschulung – 6.7 Mio.Fr. (die Beiträge an die Spezielle Förderung werden ab 1.1.2011 ausgeschüttet), Beiträge an Gemeinden für Lehrerlöhne Volksschule – 0.3 Mio.Fr., Schulgelder – 2.3 Mio.Fr., Beitrag an die Fachhochschule – 4.0 Mio.Fr. (neuer Verteiler), Lehrerbesoldungen und Anschaffungen an Berufsbildungszentren – 1.0 Mio.Fr. und der Kantonsschule Solothurn – 0.5 Mio.Fr.. Der Mehrertrag ist auf höhere Erträge von ausserkantonalen Schülern an den Berufsbildungszentren zurückzuführen.

Der Minderaufwand von 7.9 Mio.Fr. zwischen dem Finanzplan 2011 (Stand Februar 2008 und Stand Februar 2009) ist insbesondere auf Folgendes zurückzuführen: Schulgelder – 1.3 Mio.Fr., Beitrag an die Fachhochschule – 3.8 Mio.Fr. (neuer Verteiler), tiefere Lehrerbesoldungen und Anschaffungen an Berufsbildungszentren – 1.3 Mio.Fr.. Der Mehrertrag ist auf höhere Erträge von ausserkantonalen Schülern an den Berufsbildungszentren zurückzuführen.

	RE 2008	VA 2009	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2010	FP 2010		FP 2011	FP 2011	
4. Finanzdepartement								
Aufwand	153.1	157.4	160.8	159.5	-1.3	162.4	164.5	2.1
Ertrag	-1'260.4	-1'245.7	-1'241.6	-1'177.6	64.0	-1'252.7	-1'184.0	68.6
Verrechnungen	-3.0	0.4	-1.3	-10.7	-9.4	-1.4	-10.3	-9.0
Saldo	-1'110.3	-1'087.9	-1'082.1	-1'028.7	53.4	-1'091.6	-1'029.9	61.7

Abweichung zum FP 2010 des Vorjahres aufgrund:

Ertragseite: Staatssteuer JP – 49 Mio.Fr., NFA Ressourcenausgleich -7.3 Mio.Fr., Anteil Direkte Bundessteuer -7.5 Mio.Fr., Verrechnungen: Zuweisung der Finanzausgleich-Steuer -4.7 Mio.Fr., Zuweisung Treibstoffzollanteil an Strassenbaufonds -1.8 Mio.Fr., Allg. Overhead +3.8 Mio.Fr., Abschreibungen -1.2 Mio.Fr.

Abweichungen zum FP 2011 des Vorjahres aufgrund:

Ertragseite: Staatssteuer JP – 35 Mio.Fr., Staatssteuer NP Vorjahre – 23 Mio.Fr., NFA Ressourcenausgleich -7.3 Mio.Fr., Anteil Direkte Bundessteuer -8.5 Mio.Fr., Verrechnungen: Zuweisung der Finanzausgleich-Steuer (NFA)-4.3 Mio.Fr., Zuweisung Treibstoffzollanteil an Strassenbaufonds -1.8 Mio.Fr., Allg. Overhead +3.8 Mio.Fr., Abschreibungen -1.2 Mio.Fr.

	RE 2008	VA 2009	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2010	FP 2010		FP 2011	FP 2011	
5. Departement des Innern								
Aufwand	705.0	730.9	730.4	753.5	23.1	744.4	769.8	25.4
Ertrag	-304.7	-299.4	-284.5	-311.2	-26.6	-286.5	-314.2	-27.7
Verrechnungen	70.0	69.1	72.7	70.9	-1.9	72.7	70.9	-1.8
Saldo	470.3	500.6	518.6	513.2	-5.4	530.7	526.5	-4.2

	RE 2008	VA 2009	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2010	FP 2010		FP 2011	FP 2011	
6. Volkswirtschaftsdepartement								
Aufwand	167.2	172.3	168.7	173.8	5.1	169.0	169.9	0.9
Ertrag	-118.0	-115.0	-114.6	-120.8	-6.3	-114.8	-116.4	-1.6
Verrechnungen	-4.7	-7.4	-6.8	-1.0	5.7	-6.8	-1.4	5.4
Saldo	44.4	50.0	47.3	52.0	4.6	47.3	52.0	4.7

Veränderungen zum Vorjahr sind vor allem bedingt durch das neue Globalbudget „Energiefachstelle“.

	RE 2008	VA 2009	Vorjahr		Diff.	Vorjahr		Diff.
			FP 2010	FP 2010		FP 2011	FP 2011	
7. Gerichte								
Aufwand	22.2	22.2	21.3	21.6	0.3	21.3	25.6	4.2
Ertrag	-4.6	-5.0	-4.9	-5.0	-0.1	-4.9	-5.0	-0.1
Verrechnungen	2.4	2.4	2.9	2.6	-0.3	2.9	2.6	-0.3
Saldo	20.0	19.6	19.4	19.3	-0.1	19.4	23.2	3.9

2.4.2 Investitionsrechnung

	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			
	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2010		FP 2011	FP 2011	FP 2011	Diff.
Total alle Departemente									
Ausgaben ¹	208.3	193.0	179.8	199.5	19.7	185.9	201.3	15.4	
Einnahmen	-105.0	-65.7	-58.9	-67.7	-8.8	-57.7	-65.4	-7.7	
Nettoinvestitionen	103.3	127.3	121.0	131.8	10.9	128.2	135.9	7.8	

¹ Im Total der Ausgaben sind die Auflösungen der GB-Reserven in der RE08 von 10.4 Mio.Fr. eingerechnet. Die Veränderungen der Investitionsrechnung sind deutlich geringer als in der Erfolgsrechnung. Behörden und Staatskanzlei sowie die Gerichte führen keine Investitionsrechnung.

	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			
	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2010		FP 2011	FP 2011	FP 2011	Diff.
2. Bau- und Justizdepartement									
Ausgaben	181.2	167.7	158.8	178.0	19.2	165.1	180.5	15.4	
Einnahmen	-91.5	-59.9	-53.2	-61.9	-8.8	-52.0	-59.6	-7.6	
Nettoinvestitionen	89.7	107.8	105.7	116.1	10.4	113.1	120.9	7.8	

Veränderungen im Bereich des Bau- und Justizdepartements in Bezug zum IAFP des Vorjahres ergeben sich durch:

- die Berücksichtigung der Bauteuerung und der Bereinigung des Projektes Entlastung Region Olten (KRB 046 /2008).
- die Aufnahme der Sanierung und Umgestaltung des Bahnüberganges Rickenbach in das Projektportfolio des AVT. Für dieses Projekt sind in den Jahren 2010 – 2012 . Ausgaben von netto 14.5 Mio.Fr. vorgesehen.
- die Berücksichtigung des Wasserbauprogramms im IAFP 2009 (ca. 1.8 - 2.5 Mio.Fr. /Jahr).
- der ursprünglich für das Jahr 2010 vorgesehene Baubeginn der Strafanstalt Schachen und die Inangriffnahme der Sanierung des Kantonsratssaals wurden aus finanzpolitischen Überlegungen ein Jahr hinausgeschoben. Diese Massnahmen entlastet die ursprünglich für das Jahr 2010 vorgesehene Investitionsrechnung um rund 10 Mio.Fr..

	Vorjahr				Diff.	Vorjahr			
	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2010		FP 2011	FP 2011	FP 2011	Diff.
3. Departement für Bildung und Kultur									
Ausgaben	2.3	2.4	2.4	2.4	0.0	2.4	2.4	0.0	
Einnahmen	-1.7	-1.5	-1.5	-1.5	0.0	-1.5	-1.5	0.0	
Nettoinvestitionen	0.6	0.9	0.9	0.9	0.0	0.9	0.9	0.0	
4. Finanzdepartement									
Ausgaben	1.6	8.6	8.6	8.6	0.0	8.6	8.6	0.0	
Einnahmen	-1.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen	-0.3	8.6	8.6	8.6	0.0	8.6	8.6	0.0	
5. Departement des Innern									
Ausgaben	14.1	6.4	2.3	2.1	-0.3	2.1	1.9	-0.3	
Einnahmen	-4.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Nettoinvestitionen	9.4	6.4	2.3	2.1	-0.3	2.1	1.9	-0.3	
6. Volkswirtschaftsdepartement									
Ausgaben	9.1	7.9	7.7	8.5	0.8	7.7	7.9	0.2	
Einnahmen	-5.1	-4.3	-4.2	-4.3	-0.1	-4.2	-4.3	-0.1	
Nettoinvestitionen	4.0	3.7	3.5	4.2	0.7	3.5	3.7	0.2	
7. Gerichte									

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen in diesen Departementen.

2.5 Eingeschränkte Handlungsautonomie

Viele finanzielle Ressourcen sind durch exogene Faktoren (vom Bund vorgegebene Vollzugsaufgaben oder Kooperationen mit anderen Kantonen) teilweise oder vollständig gebunden. Ein aktuelles Beispiel stellt die KVG-Revision auf Bundesebene dar, welche den Kanton Solothurn ab dem Jahr 2012 mit 60 Mio.Fr. mehr belastet. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Behörden des Kanton Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sich die internen Ressourcen zu richten. Wie im letzten IAFP werden nachfolgend das Finanzplanjahr 2013 auf diese Fragestellung untersucht, um allfällige Tendenzen festzustellen. Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen zugeordnet:

1. Kanton Solothurn
2. Spezialfinanzierungen
3. Kooperationen (mit anderen Kantonen oder Institutionen)
4. Dritte (Bund, Gemeinden).

Die Zuteilung der einzelnen Profitcenter beinhaltet einen Ermessensspielraum. Zusätzlich wurden die Profitcenter nach Globalbudgets und Finanzgrössen unterschieden. Damit entstehen acht Felder, welche den Grad der Einflussmöglichkeiten respektive der Handlungsautonomie aufteilt in hoch, neutral, geteilt und gering.

Wesentliche Veränderungen VA 2009 zu FP 2013

in % zum Gesamtaufwand und Ertrag

		Kanton Solothurn			Spezialfinanzierungen			Kooperationen mit anderen Kt. halbprivaten Instit.			Dritte Bund, Gemeinden, usw.		
Finanzgrössen		VA 09	FP 13	Diff.	VA 09	FP 13	Diff.	VA 09	FP 13	Diff.	VA 09	FP 13	Diff.
Aufwand		6%	6%	0%	6%	5%	-1%	14%	15%	1%	24%	27%	4%
Ertrag		49%	47%	-2%	5%	5%	0%	1%	2%	1%	28%	28%	1%
Globalbudgets		VA 09	FP 13	Diff.	VA 09	FP 13	Diff.	VA 09	FP 13	Diff.	VA 09	FP 13	Diff.
Aufwand		28%	26%	-2%	1%	1%	0%	20%	19%	-1%	2%	1%	0%
Ertrag		13%	13%	0%	1%	1%	0%	2%	2%	0%	1%	1%	0%
Autonomie KTSO		hoch			neutral			geteilt			gering		

In den einzelnen Feldern ist der Prozentsatz der Veränderung vom Voranschlag 2009 und dem Finanzplan 2013 aufgeführt. Betrachtet man die grössten Aufwand- und Ertragsveränderungen vom Voranschlag 2009 und dem Finanzplanjahr 2013, ist festzustellen, dass die Felder mit hoher und neutraler Autonomie des Kantons Solothurn mehrheitlich leicht abnehmen. Hingegen nehmen die Aufwände und Erträge im Einflussbereich der geringen und geteilten Felder zu. Die Veränderung ist aber gesamthaft gesehen zu gering, um eine eindeutige Tendenz daraus ableiten zu können.

2.5.1 Beurteilung und Konsequenz

Weiterhin ist es so, dass die zuständigen Gremien des Kanton Solothurn direkt und eher kurzfristig **maximal 30%-35% des Gesamtaufwandes** (inklusive Finanzgrössen) **beeinflussen können**. Da der Kanton Steuern erheben kann, sind es beim Ertrag rund 60% des Gesamtertrages, welcher eher langfristig (verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder -senkung) veränderbar ist. Tendenziell nimmt dieser Prozentsatz in Zukunft ab.

3 Verwaltungseinheiten

3.1 Behörden und Staatskanzlei

3.1.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie plant, unterstützt und koordiniert die Aufgaben von Regierung und Parlament und erbringt eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Departemente und die Öffentlichkeit. Für folgende Bereiche werden eigene Globalbudgets geführt:

- Staatskanzlei (Regierungsdienste, Zentrale Dienste, Staatsarchiv, Datenschutz, Medien)
- Parlamentdienste (Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat)
- Drucksachen / Lehrmittelverlag

Ausserhalb der Globalbudgets werden – in administrativer Verantwortung der Staatskanzlei - die finanziellen Aufwendungen der kantonalen Behörden (Regierungsrat und Kantonsrat) geführt.

3.1.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 05-09

Für den Bereich Behörden wurden im Legislaturplan 2005-09 keine spezifischen Ziele definiert.

3.1.3 Politische Ziele und Leistungen

Aus heutiger Sicht verändern sich Umfang und Ausmass der zu erbringenden Leistungen im Aufgabenbereich Behörden / Staatskanzlei im Planungszeitraum nur unwesentlich; entsprechend gleichmässig verläuft der ausgewiesene Bedarf an finanziellen Ressourcen in den Jahren 2010-13.

Durch ständige Angebotsoptimierung der im Internet zugänglichen Dokumente und Formulare (z.B. Regierungsratsbeschlüsse, amtliche Gesetzessammlung, Amtsblatt, Merkblätter und Musterschreiben Datenschutz etc.) soll auch in den kommenden Jahren die Bürgernähe der kantonalen Verwaltung weiter erhalten bleiben. Zudem soll die Einführung von E-Voting – darunter wird das Abstimmen und Wählen per Internet verstanden – als Teil der vom Bund und den Kantonen im 2007 verabschiedeten e-Government Strategie Schweiz im Kanton Solothurn ab 2011 oder 2012 zunächst versuchsweise für den relativ beschränkten Kreis der ca. 2300 Auslandschweizer erfolgen.

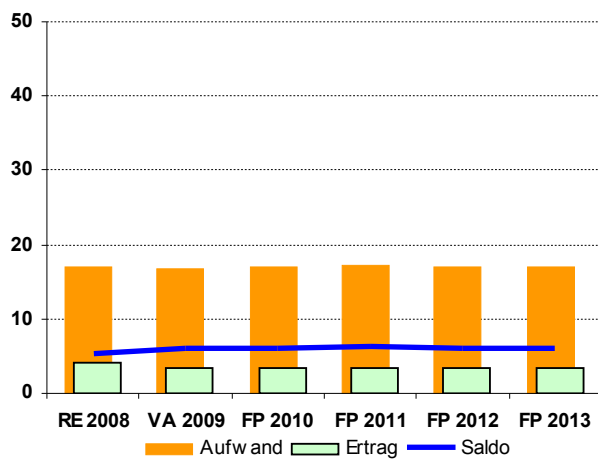
3.1.4 Massnahmen

Legende Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
i.A. = in Arbeit, erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen.
sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
1.01 Durch ständige Angebotsoptimierung der im Internet zugänglichen Dokumente und Formulare (z.B. Regierungsratsbeschlüsse, amtliche Gesetzessammlung, Gesuchsformulare etc.) soll auch in den kommenden Jahren die Bürgernähe der kantonalen Verwaltung weiter erhalten bleiben.	DA	05					
1.02 Neues Archivgesetz	erl.	05	RRB 2005/1878 vom 6.9.2005; KRB RG150/2005 vom 25.1.2006	Dez 06	Jan 06		
1.03 Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (Ausbau Rückzug Volksinitiativen)	erl.	06	RRB 2006/1574 vom 22.8.2006; KRB RG 119/2006 vom 6.12.2006	Dez 06	Aug 06		
1.04 Systematische Überprüfung der Gesetzessammlung und Aufhebung überholter Erlasse	erl.	07	RRB 2007/167 vom 29.1.2007	Mrz 07	Jan 07		
1.05 Änderung des Informations- und Datenschutzgesetzes: Anpassung an Schengen/Dublin	erl.	07	Vernehmlassung RRB 2008/317 vom 26.2.2008 KRB 009/2008 vom 13.5.2008	Dez 07	Nov 07 Feb 08		
1.06 Reorganisation Regierungsdienste - Fachstelle Kommunikation / E-Government - Fachstelle Planung / Monitoring	i.A.	09				in Abstimmung mit neuer GB-Vorlage 2010-12	Dez 10
1.07 Realisierung E-Voting	i.A.	09				1. Phase für Auslandschweizer	Dez 12
1.08 Ablösung Geschäftsdatenbank Konsul durch linux-basiertes Nachfolgeprodukt Ambassador	i.A.	09					Dez 09
1.09 Elektronische Archivierung	i.A.	09				Konzept	Dez 09

3.1.5 Finanzen in Mio. Franken Behörden und Staatskanzlei

Erfolgsrechnung	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudgets						
Aufwand	11.7	11.9	12.2	12.4	12.3	12.3
Ertrag	-3.1	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9
Globalbudgetsaldo	8.6	9.0	9.3	9.5	9.5	9.5
Verrechnung	-5.8	-5.6	-5.8	-5.9	-5.9	-5.8
Saldo	2.9	3.4	3.5	3.7	3.6	3.6
Finanzgrössen						
Aufwand	5.2	4.9	4.9	4.8	4.8	4.8
Ertrag	-0.9	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Verrechnungen	-1.9	-1.7	-1.7	-1.7	-1.7	-1.7
Saldo	2.4	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6
Saldo total	5.3	6.0	6.1	6.2	6.2	6.2



Bemerkungen
Es ergeben sich in der Planperiode keine nennenswerten Veränderungen.

3.2 Bau - und Justizdepartement

3.2.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen.

Er sorgt zudem für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Er arbeitet dabei eng mit den angrenzenden Kantonen zusammen, um eine optimale Koordination der grenzüberschreitenden Bewegungen für seine Einwohnerinnen und Einwohner zu erzielen.

Das Bau- und Justizdepartement ist besorgt für den Bau und den Unterhalt der kantonalen Liegenschaften.

Der Justizbereich im Bau- und Justizdepartement beschränkt sich auf die administrative Zuständigkeit im Bereich der Strafverfolgung und die hierfür spezifische Gesetzgebung.

3.2.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 05-09

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
3.	Wirtschafts- und Arbeitsort stärken	
3.1.	Verkehrerschliessung optimieren;	
3.1.1	Städte vom Verkehr entlasten.	- Entlastungsprojekt Solothurn vollenden und in Olten mit Bau beginnen; - Öffentlicher Verkehr gezielt ausbauen und optimieren.

3.2.3 Politische Ziele und Leistungen

Die hohe Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit den Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar.

Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden.

Das Gesamtverkehrsprojekt in Olten prägt den finanziellen Teil des Aufgabenbereichs Verkehr massgebend. Die hohen Ausgaben in der spezialfinanzierten Investitionsrechnung verursacht auch erhöhte Abschreibungen (Spezialfinanzierungen werden zu 100% abgeschrieben) in der Erfolgsrechnung.

Die in den 60iger und 70iger Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben.

3.2.4 Massnahmen Bau - und Justizdepartement

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
2.01 Revision Verwaltungsrechtspflegegesetz (Vernehmlassung; Botschaft und Entwurf)	erl.	05	B+E September 07	Dez 07	Sep 07		
2.02 Agglomerationsprogramme: Rechtliche Ausgestaltung der Trägerschaft	i.A.	05	Eingabe Auftrag Fraktion CVP/EVP: Umsetzung Aggloprogramme und Schaffung regionaler Trägerschaften; Beantwortung u. abklären allfälliger Gesetzesanpassungen Arbeitsgruppe Eingesetzt, Bericht z.Hd. RR bis Ende 2009	Dez 09		Eingabe Auftrag Fraktion CVP/EVP: Umsetzung Aggloprogramme und Schaffung regionaler Trägerschaften; Beantwortung und abklären allfälliger Gesetzesanpassungen	Dez 09
2.03 Umsetzung der Neuerungen im eidgenössischen Erwachsenen- und Jugendstrafrecht	erl.	05	RRB, B+E RRB 2006/260 vom 31.1.2006; KRB RG 021b/2006 vom 16.5.2006				
2.04 Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt „Schöngrün“ mit Therapiezentrum „im Schache“ (PB 45, 46, 47, 48)	i.A.	05	RRB, B+E 2. Hälfte 2008	Dez 08	Dez 08	Volksabstimmung über Verpflichtungskredit 09	Dez 12
2.05 Einführung der Instrumente der wirkungsorientierten Verwaltung für die Strafverfolgungsbehörden	erl.	06	Abgeschlossen	Dez 06			
2.06 Umbau und Sanierung Pädagogische Hochschule Solothurn (Grundlage: SGB 046/2003)	i.A.	05	Klassentrakt sowie Spezialtrakt bis 08	Dez 08	Dez 08	Bauberechnung	Aug 09
2.07 Sanierung Kantonsschule Olten	i.A.	05	Vorarbeiten im Gang			RRB / B+E bis 2010	Dez 15
2.08 Räumliche Erweiterung Fachhochschule Olten gemäss Ausbaugarantie FHNW-Kantone	i.A.	05	B+E Juni 2008; Verpflichtungskredit in der Volksabstimmung erteilt	Jun 08	Jun 08	Baubewilligung 2009	Mrz 13
2.09 Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Profanbauten Stadt Solothurn (Grundlage: RRB 2001/1946) vom 25. September 2004) Finanzierung über den Lotteriefonds über	erl.	05	Publikation im Jahr 2007		Apr 07		
2.10 Publikation: Die Bauernhäuser des Kantons Solothurn Band Bucheggberg und Wasseramt	erl.	05	Auf eine Publikation der wissenschaftliche Arbeit wird bis auf Weiteres verzichtet				
2.11 Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des Kantons.	i.A.	06	Projektfortschritt gemäss Plan			Projektfortschritt gemäss Plan	Dez 10
2.12 Konzept für die Umnutzung der Industriewerkstätte der SBB in Olten	sistiert	05					
2.13 Um- und Ausbau Kantonsspital Olten	i.A.	05	Neues Bettenhaus im Rohbau erstellt	Dez 09		Neues Bettenhaus A bis 09	Dez 12
2.14 Sanierung Psychiatrische Klinik Solothurn (Schlussetappe)	i.A.	05	Sanierung Haus 2 gestartet	Dez 08	Dez 08	Bauberechnung	Dez 09
2.15 Sanierung Bürgerspital Solothurn	i.A.	06	Wettbewerb bis Ende 08, RRB / B+E 1. Hälfte 2010	Dez 08	Dez 08	Vorprojekt 2009	Dez 23
2.16 Vollendung der Entlastung Solothurn West im Jahr 2008 (Grundlage: SGB 131/2001 sowie Volksabstimmung vom 2. Juni 2002, Kreditbeschluss SGB 087/2005)	erl.	05	Projektfortschritt gemäss Plan, Vollendung 8.8.08	Aug 08	Aug 08	Schlussarbeiten, Bauberechnung	Dez 09
2.17 Inangriffnahme der Bauarbeiten der Entlastung Region Olten, Baubeginn 2008. (Grundlage: SGB 131/2001 sowie Volksabstimmung vom 2. Juni 2002)	erl.	05	Projektfortschritt gemäss Plan, Baubeginn voraussichtlich 2008, jedoch in Abhängigkeit von der Genehmigung des Erschliessungsplanes	Dez 08	Aug 08	Projektfortschritt gemäss Plan	2013
2.18 Realisierung der flankierenden Massnahmen zur Nationalstrasse A5 auf dem Kantonsstrassennetz (insb. Bahnhofplatz Solothurn) (Grundlage Genehmigung UVEK vom 28. März 2001)	i.A.	05	Projektfortschritt gemäss Plan Realisierung 2009 (Vollendung Sanierung Bahnhofplatz)			Vollendung Sanierung Bahnhofplatz 2009 letzte Massnahmen 2010 (Schöngrünkreisel, Pflugkreuzung)	2010
2.19 Gründung einer Nationalstrassenunterhaltsgesellschaft zusammen mit den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft und Basel-Stadt mit der Inkraftsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen im Jahr 2008.	erl.	05	Gründung per 1.3.2008	Mrz 08	Mrz 08		
2.20 Revision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (Anpassungen an NFA sowie ev. Bahnreform 2), Botschaft und Entwurf	erl.	05	Gesetzesrevision vom KR beschlossen	Dez 07	Jun 07		

Massnahmen Bau - und Justizdepartement

Legende Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet. i.A = in Arbeit. erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen. sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

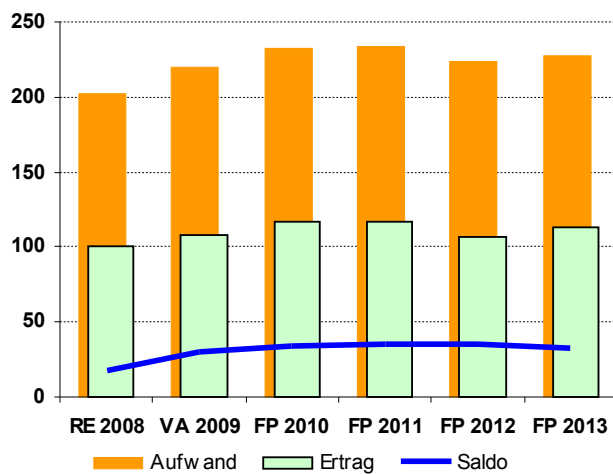
Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
2.21 Reduktion Kantonsstrassennetz (Botschaft und Entwurf)	erl.	05					
2.22 Städte vom Verkehr entlasten	DA	05					
2.23 Schwerverkehrskontrollzentrum Oensingen (Planaufgabe)	i.A.	05	Verzögerungen: Neue Angebote in der Industriezone machen Standortsevaluation notwendig.	Dez 07		Richtplananpassung 2009	2012
2.24 Revision Bau- und Planungsgesetz, Botschaft und Entwurf	erl.	05					
2.25 Totalrevision Wasserrechtsgesetz (Vernehmlassungsentwurf, Botschaft und Entwurf)	erl.	05	Verzögerungen, Diskussionen mit Einwohnergemeindeverband über Vernehmlassungsergebnisse	Dez 07	Sep 08		
2.26 Systematische Altlastensanierung auf Basis des Katasters, inkl. Industrieflächenrecycling Grundlage RRB 2005/895 vom 19. April 2005)	i.A.	05	Massnahmenplan mit Prioritäten zur Umsetzung des weiteren Handlungsbedarfs bei allen untersuchungsbedürftigen Standorten Stadtmist: Untersuchungen abgeschlossen. canva: Untersuchungen noch nicht abgeschlossen Massnahmenplanung konnte aufgrund EDV-Problemen noch nicht abgeschlossen werden			Stadtmist: Sanierungsprojekt	Dez 09
2.27 Überarbeitung Luftmassnahmenplan 2000 (inkl. Grundlagen ELVIS und EKAT 05) als Grundlage für griffigere Luftreinhalte-massnahmen bis 2007 (Grundlage: RRB 2006/262 vom 31. Januar 2006, Zweiter Rechenschaftsbericht zum LMP2000)	i.A.	05	Verbindlicherklärung und Veröffentlichung LMP2008 bis Mitte Jahr	Dez 08	Dez 08		
2.28 Projekt RADAV (Revision der amtlichen Vermessung) programmgemäss weiterführen, voraussichtliches Projektende 2011(Grundlage Verpflichtungskredit vom November 1994 über 60 Mio. Franken, Nettoausgaben 15.6	i.A.	05	Mit dem Bund vereinbarte Flächenziele wurden übertriften			Projektfortschritt gemäss Plan	Dez 11
2.29 Erarbeitung des Anschlussprogrammes Natur- und Landschaft im. Koordination mit der Agrarpolitik 2011 des Bundes	erl.	05	Botschaft mit Verpflichtungskredit an den KR	Dez 08	Okt 08		
2.30 Errichtung eines Naturparks Thal nach den Bestimmungen des revidierten Natur- und Heimatschutzgesetzes (SR 451) bis ins Jahr 2009	erl.	05	Botschaft mit Verpflichtungskredit an den KR	Dez 08	Jun 08		
2.31 Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Solothurner Gemeinden im Bereich Geographische Informationssysteme	i.A.	05	Projektfortschritt gemäss Plan			Projektfortschritt gemäss Plan (Abgrenzung / Synergien mit GeolG)	Dez 10
2.32 Agglomerationsprogramme Solothurn und Olten (Grundlage: RRB 2003/2381 vom 16. Dezember 2003, Agglomerationsstrategie)	i.A.	05	Folgearbeiten in Abhängigkeit Beurteilung Bund; für A-Projekte Bau- und Finanzreife erarbeiten	Dez 09		Folgearbeiten in Abhängigkeit Beurteilung Bund; für A-Projekte Bau- und Finanzreife erarbeiten	Dez 09
2.33 Gewässeraufwertung; Berücksichtigung des Wasserbaukonzept und des REP Birs	erl.	06	Zusammenführen mit Hochwasserschutz Solothurn (8.12)		Jul 07	Zusammenführen mit Hochwasserschutz Solothurn (8.12)	
2.34 Schwermetallsanierung Schiessanlagen	i.A.	07	Einbau Kugelfänge bis 31. Oktober 2008; Entscheid über Engagement Kanton und Termine im 1. Quartal 08 KRB 042/2008 vom 14. Mai 2008	Mrz 08	Mai 08	Einbau Kugelfanganlagen bis Mai 2009	Mai 09
2.35 Hochwasserschutz Solothurn	erl.	07	Richtplananpassung im 1. Quartal 08; RR-Vorlage für Realisierung 1. Tranche (8 Jahre) der 1. Priorität bis Mitte 08;	Dez 08	Dez 08	neu: einzelne Wasserbauprojekte	
2.36 Deponieplanung	i.A.	05	Richtplananpassung im 1. Quartal 08; Weiterführung der Planungen unterer Kantonsteil und nördlicher Kantonsteil gemäss Programm. Verzögerungen wegen komplexem Partizipationsprozess mit Betroffenen	Mrz 08		Richtplananpassung im 1. Quartal 08; Weiterführung der Planungen unterer Kantonsteil und nördlicher Kantonsteil gemäss Programm	Dez 09

Massnahmen Bau - und Justizdepartement

Nr. Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle		Planung		
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
2.37 Strategiepapier "Kriterien Bauzonengrösse" verabschieden	i.A.	05	Konzept für Bauzonengrösse erarbeiten. Entwurf für Richtplananpassung vorhanden. Richtplancontrolling im KR zur Kenntnis	Dez 08	Dez 08	Richtplananpassung durchgeführt	Dez 09
2.38 Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn (Grundlage: RRB) Finanzierung über den Lotteriefonds über fünf Jahre mit rund 950'000 Franken	i.A.	08				Projektfortschritt gemäss Plan (Grundlagenarbeiten)	Dez 12
2.39 Erarbeitung und Inkraftsetzung von Verordnungen zum Gesetz über Wasser Boden und Abfall		09				RRB	Dez 09
2.40 B+E Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Strafprozessordnung / Jugendstrafprozessordnung		09				B+E	Dez 09
2.41 B+E Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Zivilprozessordnung		09				B+E	Dez 09
2.42 B+E zur Neuorganisation der erstinstanzlichen Straf- und Zivilgerichtsbarkeit		09				B+E	Dez 09
2.43 Richtplan-Gesamtüberprüfung 2010	i.A.	09				B+E	Dez 10
2.44 Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt	i.A.	09				RRB	Dez 10
2.45 Berufsschule Solothurn	i.A.	09				Wettbewerb	2014
2.46 Hochwasserschutz Emme	i.A.	09				1. Etappe (Kantonsgrenze - Wehr Biberist): - Genehmigung Planung 2009 - Realisierung - 2011 2. Etappe - Genehmigung Planung 2011 - Realisierung - 2014	2014
2.47 Hochwasserschutz Aare	i.A.	09				Dambbauten 1. Priorität: - Genehmigung Planung 2009 - Realisierung -2010 Gerinne und Dambbauten 2. Priorität: - Genehmigung Planung 2010 - Realisierung -2015	2015
2.48 Neugestaltung des archäologischen Museums in Olten	i.A.	09				In Koordination mit Museumsplanung Olten	2012
2.49 Busoptimierungen Olten und Grenchen	i.A.	09				Ab Fahrplan 2010/11	2010

3.2.5 Finanzen (in Mio. Franken) Bau - und Justizdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudgets						
Aufwand	142.9	159.3	165.6	168.5	171.1	169.9
Ertrag	-45.8	-43.8	-45.2	-45.8	-46.0	-46.4
Globalbudgetsaldo	97.2	115.5	120.4	122.6	125.1	123.5
Verrechnungen	-25.2	-26.9	-26.1	-26.1	-26.1	-26.1
Saldo	72.0	88.6	94.3	96.5	99.0	97.5
Finanzgrößen						
Aufwand	58.8	60.4	66.8	64.7	52.3	57.2
Ertrag	-54.7	-63.9	-71.8	-71.2	-60.8	-66.7
Verrechnungen	-58.0	-54.8	-54.8	-54.8	-54.8	-54.8
Saldo	-53.8	-58.2	-59.8	-61.2	-63.3	-64.3
Saldo total	18.1	30.4	34.5	35.3	35.7	33.1

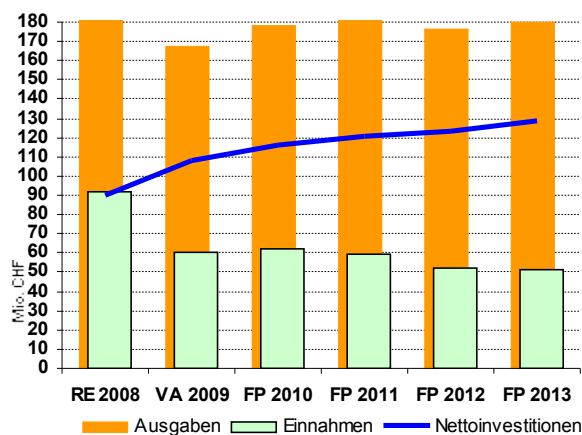


Bemerkungen

Da die spezialfinanzierten Investitionen sofort abgeschrieben werden, widerspiegelt der Kostenverlauf des Bau- und Justizdepartementes in erster Linie die Investitionstätigkeit im Kantonsstrassenbau (Entlastung Region Olten).

Neue Angebote des öffentlichen Verkehrs (Busoptimierung Region Olten) führen zu Mehraufwand von jährlich rund 4 Mio. Franken.

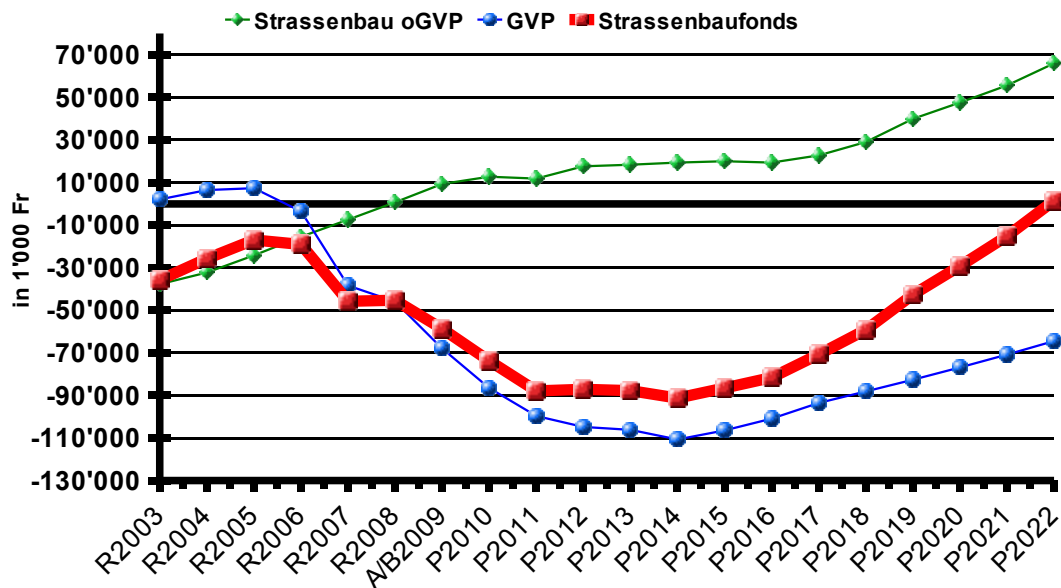
Investitionsrechnung	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Total						
Ausgaben	181.2	167.7	178.0	180.5	176.2	179.8
Einnahmen	-91.5	-59.9	-61.9	-59.6	-52.6	-51.0
Nettoinvestitionen	89.7	107.8	116.1	120.9	123.6	128.8
Einzelne Nettoinvestitionen						
Hochbau: Bildung-Spitalbauten, MFK	48.6	56.9	54.2	61.1	77.0	77.9
Strassenbau	41.2	44.0	54.0	51.8	38.1	42.3
Öffentlicher Verkehr	-0.8	1.9	2.0	2.0	2.0	2.0
Umwelt	-0.8	3.2	4.0	4.1	4.6	5.0
Geoinformationen	1.5	1.8	1.8	1.9	1.8	1.5



Bemerkungen

Die Grafik gibt die in den Planjahren hohe Investitionstätigkeit (Entlastung Region Olten) wieder. Die hohen Einnahmen im Jahr 2008 sind auf die veränderte Verbuchungspraxis der Bundesbeiträge (neu nach Baufortschritt) zurückzuführen.

3.2.6 Entwicklung Strassenbaufonds



Angaben: AVT, 4. März 2009

3.2.6.1 Strassenbau ohne Gesamtverkehrsprojekte

Der Kantonsrat hat am 26.06.2007 beschlossen, dass gemäss Auftrag UMBAWIKO (A83/2006) in den Globalbudgets Strassenbau der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Mitteleinsatz für Erhaltungsmaßnahmen im Bereich des Kantonsstrassennetzes soweit erhöht wird, dass die Anlagesubstanz auf längere Sicht keinen Wertverlust erleidet. Diese Erhöhung des Mitteleinsatzes wird in der obigen Grafik in den Jahren 2009 – 2016 ersichtlich. Ab 2017 enthält das Projektportfolio des AVT weniger Grossprojekte mit voraussichtlichen Nettokosten von mehr als 3 Mio. Fr..

3.2.6.2 Gesamtverkehrsprojekte Solothurn/Olten (GVP)

Zur Finanzierung der Projekte „Solothurn, Entlastung West“ und „Entlastung Region Olten“ wird auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15% erhoben. Der Zuschlag entfällt, wenn die dem Kanton anfallenden Projektkosten bezahlt sind, spätestens aber 20 Jahre nach seiner Inkraftsetzung am 1. Januar 2003 (KRB 31.10.2001 / Änderung der VO über Steuern und Gebühren für Motorfahrzeuge). Mit Abschluss des Rechnungsjahres 2008 belief sich der Verlustvortrag der „Sonderrechnung Gesamtverkehrsprojekte“ auf 46 Mio. Fr. und wird in den Planjahren 2009 - 2012 den geschätzten Tiefstand von 111 Mio. Fr. erreichen. Der Zuschlag zur Motorfahrzeugsteuer bis ins Jahr 2022 wird nicht genügen, um die Gesamtverkehrsprojekte zu finanzieren. Im Jahr 2022 wird voraussichtlich ein Fehlbetrag von rund 64 Mio Fr. vom allgemeinen Strassenbaufonds übernommen werden müssen.

3.2.6.3 Entwicklung Strassenbaufonds

Der Verlustvortrag des Strassenbaufonds betrug Ende 2008 rund 45 Mio. Fr.. Analog zur Entwicklung der Gesamtverkehrsprojekte wird die Fondsverschuldung in den Planjahren 2009 – 2012 bis auf rund 90 Mio. Fr. anwachsen. Nach Abschluss der Grossprojekte wird er wieder abgebaut. Der Strassenbaufonds wird so schätzungsweise im Jahr 2022 wieder ausgeglichen sein.

Gegenüber dem Ausweis der Entwicklung des Strassenbaufonds im Vorjahr, führt insbesondere die Berücksichtigung der teuerungsbedingten Mehrkosten der Gesamtverkehrsprojekte in Olten und Solothurn zu einer stärkeren Belastung des Strassenbaufonds. Während sich ausgabeseitig die Teuerungsentwicklung niederschlägt, folgen die Fondseinlagen (Motorfahrzeugsteuern, LSVA- und Mineralölsteueranteile) der Teuerung nicht. Dieser Effekt führt mittel bis langfristig zu einer Auszehrung der Strassenfinanzierung.

Die geänderte Praxis bei der Verbuchung der Bundesbeiträge (neu gemäss Baufortschritt) hat zur Folge, dass die Verschuldung des Strassenbaufonds im Jahr 2008 leicht abgebaut wurde und sich in den Folgejahren weniger ausgeprägt entwickelt.

3.3 Departement für Bildung und Kultur

3.3.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Departement für Bildung und Kultur mit seinen Schulen und Ämtern sorgt dafür, dass sich die Bildung in einem wandelnden Umfeld nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Schülerin, des einzelnen Schülers und den Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat richtet. Volksschule, Mittel- und Berufsschulen sollen den gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen folgen und entsprechend weiter entwickelt werden. Das Bildungsangebot soll möglichst landesweit harmonisiert und qualitativ weiter entwickelt werden. Die Chancengleichheit während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang Schule/Berufswelt soll weiter verbessert werden.

Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Vollumfänglich in der kantonalen Zuständigkeit sind die Angebote der Sekundarstufe II. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben, welche vom Kanton massgeblich subventioniert werden.

Mit dem Aufgabenbereich Kultur wird die kulturelle Vielfalt im Kanton projektorientiert gefördert. Unsere Aktivitäten im Bereich Jugend und Sport unterstützen eine gesunde Freizeitaktivität der solothurnischen Jugend. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden.

3.3.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 05-09

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
2.	Bildungsangebot optimieren	
2.1	Ein leistungsfähiges, effizientes Bildungswesen und eine dazu kohärente Familien- und Jugendpolitik;	- Optimale Integration, speziell der Migrationsfamilien und Kinder mit besonderen Bildungsbedürfnissen; - Ausbau schulergänzender Betreuungsformen zusammen mit Gemeinden, Wirtschaft und Privaten;
2.2	Eine im nationalen und internationalen Vergleich hohe Qualität der Bildung an den Schulen des Kantons Solothurn und Förderung der Qualitätsentwicklung anhand objektiver Verfahren, die Bildungsprozesse beschreib- und messbar machen (Qualitätsmanagement);	- Konzept zum Qualitätsmanagement (QM) für den Bildungsbereich im Kanton Solothurn erstellen; - Umsetzung des QM auf allen Schulstufen nach den Rahmenbedingungen des QM-Konzeptes;
2.3	Bildungsangebot mit den übrigen Kantonen und in Zusammenarbeit mit der EDK/NWEDK harmonisieren.	- Fremdsprachenkonzept verabschieden und Umsetzung einleiten; - Reform der Sekundarstufe I dem Kantonsrat vorlegen; Staatsvertrag Fachhochschule NWCH /AG, BL, BS und SO) abschliessen, gemeinsame Leistungsvereinbarung 2006-2008 genehmigen und Lehrpersonen- aus- und -weiterbildung innerhalb der neuen Fachhochschule NWCH sichern.
2.4	Förderung des Kulturangebotes und des Breitensports;	- Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus zum kulturhistorischen Museum des Kantons umgestalten; - Projektorientierte Förderung des kulturellen Lebens und des Breitensportes sicherstellen;
5.	Zusammenarbeit intensivieren	
5.3	Zentralbibliothek Solothurn als Stadt-, Regional- und Kantonsbibliothek erhalten;	- Erneuerung des Zusammenarbeits- und Beitragsvertrages.

3.3.3 Politische Ziele und Leistungen Departement für Bildung und Kultur

Die im IAFP 09-12 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 10-13.

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich.

Dazu zählen insbesondere:

- landesweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte,
- Optimierung des Angebotes an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten,
- weitere Verbesserung des Übergangs Schule/Berufswelt.

Diese notwendigen Anpassungsmassnahmen sind mitunter verantwortlich für den steigenden Kostenbedarf im Aufgabenbereich der Bildung.

Der hohe Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung ist erkannt. Er wird immer wichtiger, denn es ist medizinisch erwiesen, dass die Bewegung eine primäre Bedeutung für die Gesunderhaltung der Bevölkerung besitzt. Der Kantonsrat hat mit Planungsbeschluss vom 14. Dezember 2005 für den Legislaturplan 2005-2009 dieses Anliegen thematisiert. Mit Beschluss KRB SGB 059/2007 wurde der Leistungsauftrag „Kultur und Sport“ erweitert und es wurden zusätzliche Mittel gesprochen. Zusätzlich wollen wir deshalb den Breitensport verstärkt fördern und suchen die aktive Zusammenarbeit mit den Sportverbänden und anderen Organisationen im Rahmen der subsidiären Projektmitfinanzierung.

Projektorientierte Fördermittel des Kantons gehen ausschliesslich zulasten des Lotteriede- und Sport-Toto-Fonds (die Zahl der Unterstützungsgesuche steigt kontinuierlich). Die qualitative Projektbewertung soll gestärkt und vermehrt Schwerpunkte gesetzt werden.

Die Einwohnergemeinde Solothurn kündigte vorsorglich per Ende 2006 (erstreckt bis Ende 2008) den Vertrag vom 27.6./21.11.1995 über den Betrieb der Zentralbibliothek Solothurn zwischen Stadt und Kanton. Neuer Verteiler zwischen der Stadt und Kanton wurde ausgehandelt (SGB 127/2008 vom 2.12.08). Der Vertrag wird 2009 abgeschlossen.

Wir wollen weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Landeskirchen und des religiösen Friedens leisten. Dazu gehören die gesetzlich und konkordatär vorgesehenen Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen (insgesamt rund 0,9 Mio. Franken). Auf die im IAFP 06-09 vorgeschlagene Finanzierung über den Finanzausgleich Kirchgemeinden wurde im Kantonsrat nicht eingetreten.

3.3.4 Massnahmen

Legende Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
 i.A = in Arbeit, erl. = erledigt, Vorhaben ist abgeschlossen.
 sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Vorhaben	Status	Erlass	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
3.01 Einführung geleitete Schulen ab 1.8.2006 gem. Volksabstimmung vom 24. April 2005; Uebergangslösung bis Zieltermin 2010; es bedarf einer Gesetzesanpassung	i.A.	05	Leistungsvereinbarungen sind zu 10 % aufgebaut	Dez 08	Dez 08	Fortsetzung des Aufbaus der Leistungsvereinbarungen	Dez 09 Dez 10
3.02 Ausbau schulergänzender Betreuungsformen zusammen mit Gemeinden, Wirtschaft und Privaten; ab 1.8.2007 sollen flächendeckende Blockzeiten eingeführt sein. Das Vorhaben darf dem Kanton keine Kosten verursachen; es bedarf einer Gesetzesanpassung	erl.	05					
3.03 Neues Berufsbildungsgesetz (Bundesgesetz vom 13.12.2002); Umsetzung BBG im Kanton Solothurn mit der Einführung aller geänderten Bildungsverordnungen und der Anpassung an die kantonalen Gesetze und Verordnungen	erl.	05	Das Gesetz B+E RG053/2008 vom 3.9.2008 sowie RRB 2008/805 vom 6.5.2008 und die Verordnung RRB 2008/1970 vom 11.11.2008 treten am 1.1.2009 in Kraft.	Dez 08	Dez 08		
3.04 Umsetzung des Mittelschulgesetzes (KRB Nr. RG 073/2005 vom 29.6.2005) mit Neuordnung der Mitfinanzierung des gymnasialen Unterrichts während der obligatorischen Schulzeit durch die Gemeinden	erl.	05					
3.05 Aufbau der Fachmittelschule (KRB Nr. RG 162/2003 vom 17.12.2003); Einführung der FMS (ab 2004); interkantonale Anerkennung der Abschlüsse	erl.	05					
3.06 Als Folge der NFA fallen ab 2008 die IV-Beiträge im Umfang von rund 40 Mio. Franken weg. Das DBK hat für die Heilpädagogischen Sonderschulen ein Neukonzept erarbeitet, das derzeit in Vernehmlassung ist; mit schrittweiser Umsetzung 2006 bis 2009 und Einführung 2009	i.A.	05	Die Grundlagen für die Verordnungen liegen vor	Dez 08	Dez 08	Verordnungen sind angepasst. Verordnungen sind in Kraft.	Dez 09 Aug 10

Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

Legende Status: D = Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
 i.A. = in Arbeit; erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen
 sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle				Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin	
3.07 Als Folge der NFA leistet der Bund ab 2008 keine Bundessubventionen an Stipendien auf der Sekundarstufe II, der Kanton muss hier Konzepte entwickeln	erl.	05	Das Gesetz B+E RG004a/2008 11.3.2008, RRB 2008/118 vom 28.1.2008 und die Verordnung RRB 2008/1206 vom 1.7.2008 sind seit 1.8.2008 Kraft.	Aug 08	Aug 08			
3.08 Anstellungsbedingungen Lehrpersonen (Tertiarisierung, Basisstufe): Die neue Lehrkräfteausbildung an der Pädagog. Hochschule wirkt sich auf Lehrberechtigungen aus und führt zu einer Ueberprüfung der Besoldungen	i.A.	05	Projektorganisation und Projektfreigabe sind noch offen, Lead bei PA -> Projekt ZULESYS (Zuweisung der Lehrpersonen System Besoldung)	Dez 08	Dez 08	Arbeiten zur Anpassung GAV sind abgeschlossen GAV angepasst	Dez 09 Jul 10	
3.09 Lehrstellenmarketing: Bis Ende 2008 sollte im Kanton Solothurn bei möglichst vielen Berufen eine Attestausbildung angeboten werden. Finanzbedarf keiner, da Ablösung von Anlehren. Personelle Ressourcen; Vereinbarung Lehrstellenförderung mit Gewerbeverband	i.A.	05	Attestausbildungen werden sukzessive eingeführt, sobald die entsprechenden Vorgaben des BBT vorliegen.	Dez 08	Dez 08	Attestausbildungen werden sukzessive eingeführt, sobald die entsprechenden Vorgaben des BBT vorliegen.	Dez 09	
3.10 Einführung von Qualitätsmanagement an Volksschule, Mittel- und Berufsschulen: Bis Ende Dezember 2008 sollte das Vorhaben zu 100 % umgesetzt sein. Finanzbedarf rund 0.5 Mio. Fr. Umsetzung des QM auf allen Schulstufen nach den Rahmenbedingungen des QM-Konzepts	i.A.	05	Im Bereich der Volksschule sind die Instrumente ausgearbeitet. An den Mittel- und Berufsschulen werden die PQ-LEBO-Konzepte umgesetzt.	Dez 08	Dez 08	Die Konzepte an den Mittel- und Berufsschulen werden 2010 evaluiert. Die Instrumente an den Volksschulen werden angewandt.	Dez 09 Dez 12	
3.11 Einführung der Sekundarstufe I Reform und Anpassung der Gesetzgebung zur Volks- und Mittelschule	i.A.	05	Lektionentafel, Übertrittsreglement, Ausgestaltung 6. Klasse und Promotionsreglement sind erarbeitet.	Dez 08	Dez 08	Start der Umsetzung ab der 6. Klasse. Ab Schuljahr 2012/2013 vollständig eingeführt.	Aug 09 Aug 12	
3.12 Aufbau der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW: Umsetzung des Staatsvertrages der Kantone AG, BL, BS und SO. Vollzug der Fusion der bestehenden FH-Einrichtungen (u.a. FHSO, PHSO) auf Beginn 2006, Weiterentwicklung der FHNW gemäss Leistungsauftrag	erl.	05	Fusion per 1.1.06 vollzogen	Dez 05	Dez 05			
3.13 Französisch Einführung 3. Primarschulklasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte Finanzbedarf ca. 2.25 und Mehrlektionen nach Einführung 11.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.7 Mio.	i.A.	05	Konkordatsprojekt in Bearbeitung Ausbildungskonzept ist erarbeitet	Dez 08	Dez 08	B+E zur Umsetzung des Konkordates; Aufbau Weiterbildung Französisch ab 3. Primarschulklasse ist eingeführt.	Dez 09 Dez 14	
3.14 Englisch 5./6. Klasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte ca. 2.25 Mio. Fr.; Mehrlektionen nach Einführung 6.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.4 Mio. Fr.	i.A.	05	Konkordatsprojekt in Bearbeitung Ausbildungskonzept ist erarbeitet	Dez 08	Dez 08	B+E zur Umsetzung des Konkordates; konzeptionelle Arbeiten Englisch ab 5./6. Klasse ist eingeführt.	Dez 09 Dez 14	
3.15 Entwicklung Schuleingangsstufe für 4-8jährige (Projekt EDK)	i.A.	05	Im Rahmen des Projektes Bildungsraum NWCH bearbeitet. Vernehmlassungsbotschaft wurde mit RRB 2008/2209 am 9.12.2008 verabschiedet. Vernehmlassung läuft bis Ende Mai 2009.	Dez 08	Dez 08	Konzept liegt vor und weiteres Vorgehen ist genehmigt RRB; Ausarbeitung Staatsvertrag mit AG, BS und BL B+E ist verabschiedet.	Dez 09 Aug 11	
3.16 HarmoS: EDK-Bildungsstandards (2.,6.,9. Klasse). Konkordatsbeitritt ab 2008. Leistungsvergleiche der Schulen Beteiligung am Deutschschweizer Lehrplan für die Volksschule.	i.A.	05	Vernehmlassungsbotschaft wurde mit RRB 2008/2209 am 9.12.2008 verabschiedet. Vernehmlassung läuft bis Ende Mai 2009.	Dez 08	Dez 08	Vernehmlassung durchführen Ausarbeitung Staatsvertrag mit AG, BS und BL Umsetzung gemäss Staatsvertrag	Dez 09 Dez 10 Aug 15	
3.17 Die Prozesse der Organisationsentwicklung (OE) zur Einführung eines Konzepts der Personalführung und Qualitätssicherung (PQ-Konzept) an allen kantonalen Schulen sind installiert (RRB Nr. 2005/2739)	erl.	05	Die Einführung der PQ-Konzepte (inkl. LEBO-Verteilung) ist per Schuljahresbeginn 2007/2008 erfolgt.	Dez 07	Dez 07			
3.18 Volksschule: Abklärungen bezüglich der Leistungsbewertung und dem Selektionsmodus im Primarschulbereich und gegebenenfalls Einführung von Schulnoten ab der 2. Klasse. Die Volksschule regelt Selektion, Förderung und Beurteilung.	i.A.	05	Projekt in Bearbeitung	Dez 08	Dez 08	Das weitere Vorgehen hängt von den Entwicklungen des EDK-Projekts HarmoS und der Sek-I-Reform (Abschlusszertifikat) ab. Wiedereinführung der Notengebung ab 2010	Dez 09 Aug 10	

Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

Legende Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
i.A. = in Arbeit, erl. = erledigt, Vorhaben ist abgeschlossen.
sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Vorhaben	Status	Erfassung	Vollzugskontrolle				Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin	
3.19 Optimale Integration, speziell der Migrationsfamilien und Kinder mit besonderen Bildungsbedürfnissen - jedes fremdsprachige Kind erhält Deutsch-Zusatzunterricht - Umgang mit Heterogenität - Sensibilität nimmt zu	i.A.	06	Quote der Kinder in Sonderschulung < CH Durchschnitt: bearbeitet	Dez 08	Aug 08	Bearbeitung in den Projekten Sek I und Bildungsraum	Dez 09	
			Anwendung der Standardsprache ist die Regel: eingeführt	Dez 08	Aug 08	Die Umsetzung ist gemäss Projektplan erfolgt.	Dez 12	
3.20 Case Management Berufsbildung / Prävention von Jugendarbeitslosigkeit	i.A.	07	CMBB-Konzept durch BBT im Oktober 2007 genehmigt. Projektorganisation installiert (DBK, DDI, VWD). Massnahmen CMBB planmässig im Gang (u.a. Berufswahlplattform, Berufsvorbereitungsjahr, Startpunkt Wallierhof).	Dez 08	Dez 08	Weiterführung und -entwicklung der Massnahmen	Dez 09	
3.21 Wiedereinführen Lehrlingsturnen im BBZ Solothurn-Grenchen	i.A.	07	Der Sportunterricht am BBZ in Solothurn wird ab dem Schuljahr 07/08 einlaufend wieder eingeführt. Der Mietvertrag für die Sporthallen (CIS) wurde angepasst und verlängert. Die Investitions-priorisierung für Turnhallenbauten ist von bisher B auf A gesetzt.	Dez 08	Dez 08	Die Planungen für die Sporthallen für den Bedarf des BBZ in Grenchen sind in Zusammenarbeit mit der Stadt Grenchen eingeleitet.	Dez. 09	
						Die Realisierung der Turnhallenbauten auf die Jahre 2012/2013 ist durch das Hochbauamt an die Hand zu nehmen.	Dez. 11	
3.22 Reform der Maturitätsausbildung	i.A.	07	Aufgrund der Vorgaben von Bund und EDK vom Juni 2007 wurden die Maturitätslehrgänge teilweise angepasst.	Dez 08	Dez 08	Fortsetzung der Anpassung der Maturitätslehrgänge	Dez 09	
3.23 Einführung Fachmaturität	erl.	07	Die Fachmaturitätsabschlüsse der Kantonsschulen wurden am 15.8.2008 von der EDK anerkannt.	Dez 08	Dez 08			
3.24 Einführung bilingualer Unterricht	i.A.	07	Vorarbeiten, welche die zweisprachige Maturität nach den EDK-Vorgaben an den Kantonsschulen ermöglichen, sind durchgeführt.	Dez 08	Dez 08	Stufenweise Einführung zweisprachiger Unterricht.	Aug 09	
						Die zweisprachige Maturität ist an den Kantonsschulen ab 2010 möglich.	Aug 10	
3.25 Bildungsraum Nordwestschweiz mit den Partnerkantonen AG, BL, BS werden nationale und regionale Projekte gemeinsam umgesetzt; B+E	i.A.	07	Vernehmlassungs-botschaft wurde mit RRB 2008/2209 am 9.12.2008 verabschiedet. Vernehmlassung läuft bis Ende Mai 2009	Dez 08	Dez 08	Vernehmlassung auswerten und Staatsvertrag vorbereiten.	Dez 09	
3.26 Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus zum kulturhistorischen Museum des Kantons umgestalten.	i.A.	05	Strategiepapier für die künftige Vermittlung kantonaler Geschichte mit RRB 2008/2054 vom 25.11.2008 zur Kenntnis genommen	Dez 08	Dez 08	Vernehmlassung durchführen und Umsetzung vorbereiten. Abteilung Kulturpflege im AKS schaffen.	Dez 09	
3.27 Projektorientierte Förderung des kulturellen Lebens und des Breitensportes sicherstellen.	erl.	05	Planungsbeschluss Nr. 6 Kantonsrat (SGB 118/2005) "Das kulturelle Angebot im Kanton wird ebenso wie der Breitensport talent- und projektorientiert gefördert" ist umgesetzt. Kompetenzstelle ist aufgebaut. GB-Periode 2009 bis 2011 mit monetärer Anhebung der Betriebsmittel für kantonseigene Kultureinrichtungen bewilligt (SGB 127/2008).	Dez 08	Dez 08			
3.28 Geschichte des Kantons Solothurn im 19. und 20. Jahrhundert bearbeiten. Kostendach 2.3 Mio. Fr. zulasten Lotterie- und Sport-Toto-Fonds	i.A.	05	Die Arbeiten schreiten planmässig voran. Der Teilband 19. Jahrhundert erscheint im Winter 2009. Kreditfreigabe teilweise für Bände zum 20. Jh. beschlossen (RRB 2007/552).	Dez 08	Dez 08	Produktion Teilband 19. Jahrhundert erscheint im Winter 2009.	Dez 09	
						Gesamtwerk wird 2014 abgeschlossen (RRB 2005/160 vom 18. Januar 2005)	Dez 14	

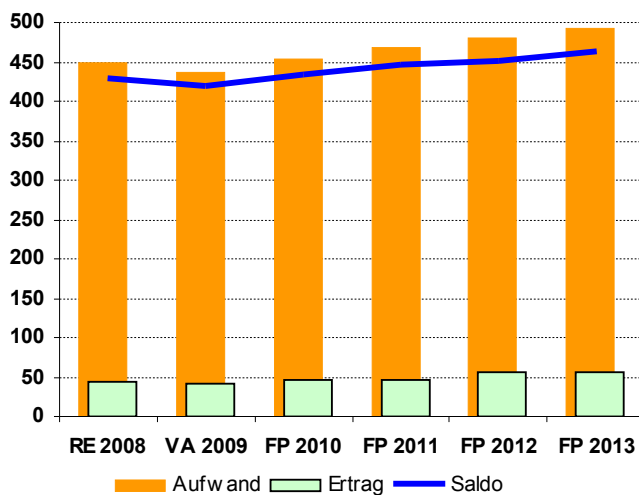
Massnahmen Departement für Bildung und Kultur

Legende Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
 i.A = in Arbeit, ertl. = ertledigt; Vorhaben ist abgeschlossen
 sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
3.29 Religiöse Bildung: Der Kanton Solothurn wird auf Wunsch der SIKO überprüfen, wie der schulische, konfessionell neutrale Religionsunterricht neu gestaltet werden kann. Ob sich daraus eine Revision des Lehrplanes ergeben wird, ist noch offen (SIKO=Solothurnische Interkonfessionelle Konferenz)	sistiert	05	Warten auf Projekt Lehrplan 21 (Deutschschweizer-Lehrplan).	Dez 08	sistiert	Abhängig vom Projekt Lehrplan 21 (D-EDK) und gemäss Projektplanung weiterbearbeiten	sistiert
3.30 Zentralbibliothek Solothurn als Stadt-, Regional- und Kantonsbibliothek erhalten; Erneuerung des Zusammenarbeits- und Beitragsvertrages (RRB)	i.A.	05	Neuer Verteiler zwischen Kanton und Stadt Solothurn ausgehandelt. Der Vertrag wird im 2009 abgeschlossen (SGB 127/2008).	Dez 08	Dez 08	Vertragsabschluss	Dez 09

3.3.5 Finanzen (in Mio. Franken) Departement für Bildung und Kultur

Erfolgsrechnung	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudgets						
Aufwand	226.7	188.0	193.5	185.0	189.4	190.2
Ertrag	-38.5	-36.1	-36.5	-31.2	-34.9	-34.6
Globalbudgetsaldo	188.2	151.9	157.0	153.8	154.5	155.6
Verrechnungen	26.1	24.5	26.6	26.6	26.6	26.6
Saldo	214.3	176.4	183.6	180.5	181.1	182.2
Finanzgrössen						
Aufwand	220.9	249.1	260.9	282.9	291.2	302.4
Ertrag	-5.2	-5.0	-10.5	-16.0	-21.6	-21.6
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	215.8	244.1	250.4	266.9	269.6	280.8
Saldo total	430.1	420.4	434.0	447.4	450.8	463.1

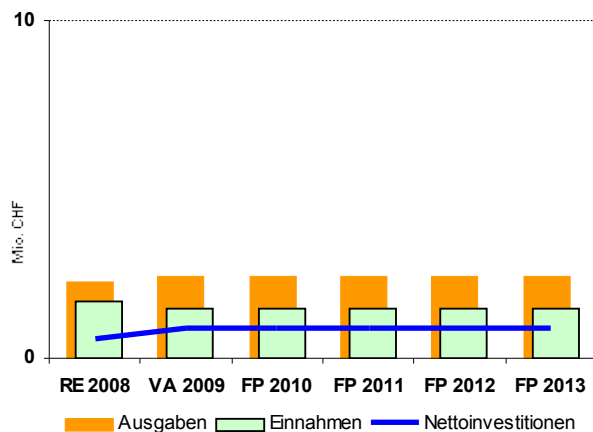


Bemerkungen
 Der Anstieg in den Finanzplänen der Jahre 2010 bis 2013 ist hauptsächlich auf die Umsetzung des Heilpädagogischen Konzeptes, Umsetzung von nationalen und regionalen Bildungsprojekten (HarmoS, Bildungsraum Nordwestschweiz) sowie höhere Schulgelder zurückzuführen.

Finanzen Departement für Bildung und Kultur

Investitionsrechnung

	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Total						
Ausgaben	2.3	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4
Einnahmen	-1.7	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Nettoinvestitionen	0.6	0.9	0.9	0.9	0.9	0.9
Einzelne Nettoinvestitionen						
Kantonale Schulen	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
Stipendien	0.0	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3



Bemerkungen
 Es ergeben sich keine nennenswerten
 Abweichungen

3.4 Finanzdepartement

3.4.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Finanzdepartement ist einerseits für die Ressourcen verantwortlich. Die Querschnittsämter im Finanz-, Informatik- und Personalbereich sind interne Dienstleister für die ganze Verwaltung. Sie nehmen Beratungs- und Koordinationsaufgaben wahr. Andererseits werden im Finanzdepartement Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne durch das Steueramt und die Amtschreibereien erledigt. Administrativ dem Finanzdepartement zugehörig sind die Finanzkontrolle und das Amtschreiberei-Inspektorat, welche Aufsichtsfunktionen ausüben. Alle Dienststellen werden mit Globalbudget und Leistungsauftrag geführt.

Innerdepartementale Koordination:

Departementssekretariat

Dienststellen mit Querschnittsaufgaben:

Personalamt, Amt für Finanzen, Amt für Informatik und Organisation;

Dienststellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne:

Kantonales Steueramt, Amtschreibereien

Administrativ unterstellte Dienststellen mit Aufsichtsfunktion:

Kantonale Finanzkontrolle, Amtschreiberei-Inspektorat

Folgende finanzielle Grössen werden im Finanzdepartement geführt:

Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen, Buchgewinne und kantonale Steuern.

3.4.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 05-09

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
6.	Nachhaltige Finanz- und Personalpolitik gewährleisten	
6.1	Finanzpolitik	
6.1.1	Nettoverschuldung pro Kopf auf unter 2000 Fr. senken;	Restriktive Finanzpolitik weiterführen;
6.1.2	Grösstmögliche Wirkung der Ausgaben bei den Einwohnerinnen und Einwohnern erzielen;	- Rollende Überprüfung der Wirksamkeit und Notwendigkeit von Staatsbeiträgen; - Wirtschaftlichkeitsrechnung im umfassenden Sinne für alle grösseren Ausgaben;
6.1.3	Einlösung der NFA-Versprechen gegenüber Betroffenen;	- Umsetzungskonzept erarbeiten, notwendige Gesetzesänderungen termingerecht beschliessen; - Teilbereich Werkstätten und Wohnheime sowie Spitex: Auswirkungen klären und regeln;
6.1.4	Gezielte Steuerentlastungen bei über-durchschnittlich belasteten Einkommens- und Vermögensklassen.	- Anpassung der über dem schweizerischen Durchschnitt liegenden Steuertarife für natürliche Personen.
6.2	Personalpolitik	
6.2.1	Den Arbeitsfrieden weiterhin erhalten	Sozialpartnerschaftliche Weiterentwicklung des GAV;
6.2.2	Die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber steigern, um qualifizierte Mitarbeitende zu gewinnen und zu behalten	- Marktkonformität und Leistungsgerechtigkeit der Löhne verbessern; - Unternehmenskultur als permanenten Prozess wahrnehmen und fördern
6.2.3	Die Gleichwertigkeit der Geschlechter konsequent in allen Tätigkeitsbereichen umsetzen.	- Teilzeitmöglichkeiten auch für Kaderpersonen fördern; - Kinderkrippenangebot für Staatsangestellte ausbauen.

3.4.3 Politische Ziele und Leistungen Finanzdepartement

Die Solothurner Verwaltung will ihre wirkungs- und bürgerorientierte Ausrichtung, welche seit 2005 auch gesetzlich verankert ist, weiterhin vorantreiben.

Der Kanton Solothurn steht bei der Personalrekrutierung in Konkurrenz zur Privatwirtschaft, aber auch zu andern öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern. Der Kanton Solothurn ist ein attraktiver Arbeitgeber und dies soll auch so bleiben. In der Legislaturperiode werden insbesondere Massnahmen zur Erhöhung der Arbeitssicherheit und der Gesundheitsförderung ergriffen. Das zu Beginn dieser Legislatur beschlossene Kaderentwicklungskonzept wird umgesetzt und ermöglicht den bereits in der Verwaltung tätigen Mitarbeitenden, sich intern neue Kompetenzen anzueignen und sich so beruflich weiterzuentwickeln. Das als Pilotprojekt lancierte Kinderkrippenangebot ist nun definitiv verankert.

Trotz verbesserter finanzieller Lage wollen wir unsere Ausgaben laufend auf ihre Effizienz und Wirkung hin überprüfen mit dem Ziel, unseren Einwohnern und Einwohnerinnen ein möglichst gutes Dienstleistungsangebot zu günstigen Kosten anzubieten. Dazu werden die Staatsbeiträge, welche eine grosse Ausgabenposition darstellen, periodisch überprüft und für grössere Ausgaben umfassende Wirtschaftlichkeitsrechnungen durchgeführt.

Die Kantonsfinanzen konnten in den Vorjahren stabilisiert werden. Damit verfügt der Kanton wieder über mehr finanziellen Spielraum. Dieser wurde u.a. genutzt, um die Steuerbelastung zu mildern. Im Jahr 2007 konnten gezielte Steuerentlastungen vorgenommen werden, welche ab 2008 rechnerisch wirksam wurden. Mit Blick auf die derzeitige Finanzkrise stimulieren die steuerlichen Erleichterungen zwar den Konsum und verbessern die Position der Unternehmen. Allerdings sind in den Folgejahren auch grössere Steuerausfälle zu erwarten und zu verkräften. Der Kanton muss daher weiterhin eine gesunde Balance zwischen einer vernünftigen, im Vergleich mit den andern Kantonen wettbewerbsfähigen Steuerbelastung und gesunden Staatsfinanzen anstreben. Der Entwicklung des Steuersubstrates muss deshalb weiterhin besonderes Augenmerk geschenkt werden. Dieses muss auch in Zukunft nachhaltig gefördert werden, indem die besonderen Standortvorteile des Kantons aktiv kommuniziert werden.

Vermögenserträge / Zinsendienst: Durch eine aktive Vermögens- und Schuldenbewirtschaftung sollen auch in der laufenden Legislatur optimale Konditionen ausgehandelt werden.

3.4.4 Massnahmen

Legende Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
i.A = in Arbeit, erl. = erledigt; Vorhaben ist abgeschlossen.
sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
4.01 Im Jahr 2005 wird eine Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage durchgeführt. Ein qualitatives Personalcontrolling soll aufgebaut werden	DA	05	MAZ durchgeführt	Dez 05	Nov 05	Auswertung 2. MAZ	Jun 09
			Departementsübergreifende Massnahmen zur MAZ mit RRB Nr. 2006/1639 vom 5.9.2006 beschlossen	Sept 06	Sept 06	Massnahmen aufgrund der 2. MAZ erarbeitet	Dez 09
			Weiterentwicklung Personalcontrolling mit RRB Nr. 2006/1640 vom 5.9.2006 beschlossen	Sept 06	Sept 06	Mab-Lebo Systemoptimierung	Dez 09
			2. MAZ durchgeführt	Dez 08	Dez 08		
			Mab-Lebo Systemoptimierung und Qualitätssicherungskonzept erarbeitet Verzug, in Planung 09 aufgenommen	Dez 08			

Massnahmen Finanzdepartement

Legende Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
 i.A = in Arbeit, erl. = erledigt, Vorhaben ist abgeschlossen.
 sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
4.02 Das Kaderentwicklungskonzept wird umgesetzt	i.A.	05	Programm KEKSO BASIC für neue Führungskräfte ist umgesetzt.	Dez 07	Feb 07	KEKSO Graduate-Konzept erarbeitet und Zusammenarbeit mit FHNW festgelegt	Jun 09
			Programm KEKSO TOP für erfahrene Führungskräfte ist ausgeschrieben und zum Start bereit.	Dez 07	Feb 08		
			Programme KEKSO PROJECT (Projektleiter) und KEKSO EXPERT (Fachleiter) werden angeboten	Feb 08	Dez 08		
			KEKSO Graduate-Konzept erarbeitet. Verzug, in Planung 09 aufgenommen	Jun 08			
4.03 Teilzeitmöglichkeiten für Kaderpersonen fördern; Massnahmenkatalog und weiteres Vorgehen erarbeiten	erl.	05	RRB Massnahmen zur Förderung des Frauenanteils im Kader mit RRB 2007/647 vom 24.4.2007 beschlossen	Mrz 07	Apr 07		
4.04 Zuhanden des Kantonsrates soll eine Vorlage verabschiedet werden mit dem Ziel eines flächendeckenden Kinderkrippenangebotes	i.A.	05	Verlängerung Pilotprojekt mit KRB SGB 064/2006 und RRB 2006/998 vom 23.5.2006 beschlossen	Jun 06	Mai 06	Vollzugsverordnung Kinderbetreuung	Jun 09
			Beitragslösung mit KRB Nr. SGB 062/2007 und RRB Nr. 2007/811 vom 14.5.2007 beschlossen	Mai 07	Mai 07		
			Regelung für Spitäler erarbeiten	Dez 08	Dez 08		
4.05 Qualitätsverbesserung bei gleichzeitiger Kostensenkung durch Ausbau der automatischen Veranlagung	erl.	05	RRB Nr. 2005/60, 2005/61, 2005/62 und 2005/63 vom 11.1.2005	Jan 05	Jan 05		
4.06 Umsetzungskonzept Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz erarbeiten	erl.	06	RRB 2006/1882 vom 23.10.2006	Dez 06	Okt 06		
4.07 Staatspersonalgesetz ändern; Delegation der Finanzkompetenz zum Abschluss von Mietverträgen an Regierungsrat (Vernehmlassung; Botschaft und Entwurf)	erl.	06	Vernehmlassung RRB B+E Verzicht, RRB 2006/2037 vom 14.11.2006	Aug 06 Okt 06	Sep 06 Nov 06		
4.08 Vollzugsgesetzgebung zu BG über Einwohnerregister	erl.	07	RRB B+E	Dez 07			
			Vernehmlassung mit RRB 2007/1409 vom 21.8.2007 gestartet.		Aug 07		
			KRB RG177/2007 und RRB Nr. 2007/1941 vom 20.11.2007		Dez 07		

Massnahmen Finanzdepartement

Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
4.09 Gesetzliche Grundlagen für Offenlegung Interessenbindung Regierungsräte schaffen (Vernehmlassung, Botschaft und Entwurf)	erl.	06	Vernehmlassung RRB B+E RRB 2006/2148 vom 28.11.2006	Aug 06 Okt 06	Aug 06 Nov 06		
4.10 Optimierung Umsetzung WoV	i.A.	07	Änderungskonzept durch WoV-Kommission verabschiedet. Umsetzung Massnahmen 1. Priorität Umsetzung restlicher Massnahmen Verzug, in Planung 09 aufgenommen	Jun 07 Dez 07 Dez 08	Jun 07 Dez 07	WoV-Verordnung aktualisiert	Mrz 09
4.11 Möglichkeiten für flexiblen Altersrücktritt zwischen 58 und 67 ausarbeiten; Massnahmen mit Sozialpartnern im GAV vereinbaren (Änderung GAV)	i.A.	06	Vernehmlassung RRB B+E Projekt auf 09 verschoben	Aug 06 Okt 06		Behandlung in GAVKO RRB B+E (nur wenn keine Einigung in GAVKO)	Jun 09 offen
4.12 Marktkonformität der Löhne verbessern	DA	06	Lohnvergleich erstmalig erfolgt; RRB 2007/1944 vom 20.11.2007. Vergleich erfolgt künftig jährlich.	Dez 07	Nov 07		
4.13 Termingerechte NFA-Umsetzung Kt. Solothurn	erl.	05	Vernehmlassung zum Schlussbericht erledigt mit RRB 2006/1818 vom 12.10.2006 Schlussbericht Umsetzungskonzepte erledigt mit RRB 2007/471 vom 20.3.2007	Okt 06	Okt 06 Mrz 07		
4.14 Steuergesetzesrevision zur Entlastung besonders belasteter Einkommens- und Vermögensklassen, wenn die im Legislaturplan aufgeführten Bedingungen erfüllt sind	erl.	05	Vernehmlassung; RRB 2006/1408 vom 11.7.2006 RRB B+E Erledigt mit KRB Nr. RG 038/2007 sowie RRB Nr. 2007/352 vom 6.3.2007, 2007/1240 vom 3.7.2007 und 2007/1395 vom 13.8.2007 Volksabstimmung am 21.10.2007	Jun 06 Dez 06	Jul 06 Aug 07		
4.15 Weitgehende Abschaffung von Spezialfinanzierungen (Umsetzung Auftrag Grütter)	DA	05	Wurde von einem Projekt in eine Daueraufgabe umgewandelt.				
4.16 Konzept für umfassende Wirtschaftlichkeitsrechnung	erl.	05	Konzept beschlossen; RRB 2006/705 vom 4.4.2006	Mrz 06	Apr 06		
4.17 Umsetzung SO+Massnahme Nr. 28: Erlasse im Leistungsbereich befristen und wirkungsorientiert ausgestalten	erl.	05	RRB Durch interne Schulung wird Massnahme organisatorisch verankert und bei neuen Erlassen angewendet.	Mrz 07	Dez 07		
4.18 Rollende Überprüfung der Wirksamkeit und Notwendigkeit von Staatsbeiträgen	DA	06	Datenbank wird periodisch überprüft und aktualisiert				

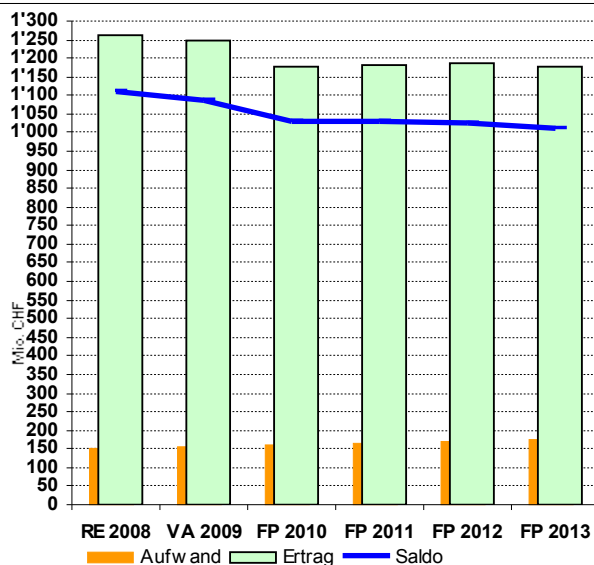
Massnahmen Finanzdepartement

Legende Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
 i.A = in Arbeit, erl. = erledigt, Vorhaben ist abgeschlossen.
 sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
4.19 2/3-Mehr für nicht gebundene Ausgaben in KR-Gesetz überführen (Vernehmlassung, Botschaft und Entwurf)	erl.	06	Vernehmlassung RRB B+E Vorlage verworfen, KRB RG 042/2006 vom 28.6.06; Änderung Spargesetz RRB Nr. 2006/2021 vom 14.11.2006; Volksabstimmung vom 11.3.2007 (Annahme) Änderung KRG; KRB RG 102/2008 vom 29.10.2008 und RRB Nr. 2008/1367 vom 12.8.2008	Jun 06 Aug 06	erl Nov 06		
4.20 Erhöhung Finanzkompetenzen RR	erl.	07	KRB RG 153/2007 vom 12.12.2007 und RRB Nr. 2007/1754 vom 22.10.2007 Auftrag Schürch: Erhöhung Finanzkompetenzen RR für Mietverträge Volksabstimmung vom 30.11.2008 (Annahme)	Dez 07	Nov 07 Nov 08		
4.21 Defizit- und Steuererhöhungsbremse	erl.	07	Einführung einer Defizit- und einer Steuererhöhungsbremse mit KRB RG 085/2007 von 29.8.2007 und RRB Nr. 2007/1045 vom 19.6.2007	Sep 07	Aug 07		
4.22 Neues Ausbildungskonzept	i.A.	09				Zusammenarbeit mit FHNW geprüft	Mrz 09
4.23 Statutenrevision PKSO	i.A.	09				Optimierungs-massnahmen definiert	Mrz 09
4.24 Teilrevision Steuergesetz; Anpassungen an Bundesrecht	i.A.	09				Handlungsbedarf ermittelt	Dez 09
4.24 Teilrevision Steuergesetz; Anpassungen an Bundesrecht	i.A.	09				Statuten revidiert	Dez 10
4.25 Einführung neue Rechnungslegungstandards	i.A.	09				RRB B+E	Jun 09
4.25 Einführung neue Rechnungslegungstandards	i.A.	09				Standard festgelegt (HRM2 / IPSAS)	Mrz 09
						Einführung abgeschlossen	Mrz 11

3.4.5 Finanzen (in Mio. Franken) Finanzdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudgets						
Aufwand	76.4	78.9	78.8	78.8	78.8	78.8
Ertrag	-54.9	-52.5	-52.9	-52.9	-52.9	-52.9
Globalbudgetsaldo	21.6	26.4	25.9	25.9	25.9	25.9
Verrechnungen	-1.9	-2.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
Saldo	19.6	24.2	24.7	24.7	24.7	24.7
Finanzgrössen						
Aufwand	76.7	78.5	80.8	85.7	90.8	97.7
Ertrag	-1'205.5	-1'193.2	-1'124.7	-1'131.1	-1'132.8	-1'124.0
Verrechnungen	-1.1	2.6	-9.5	-9.2	-8.5	-8.4
Saldo	-1'129.9	-1'112.1	-1'053.4	-1'054.6	-1'050.5	-1'034.7
Saldo total	-1'110.3	-1'087.9	-1'028.7	-1'029.9	-1'025.8	-1'010.0

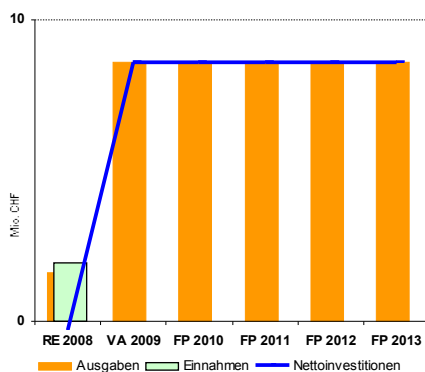


Bemerkungen

Ertragsseitig schlagen in der Erfolgsrechnung einerseits die tieferen Steuereinnahmen Juristischer Personen zu buche. Andererseits erwarten wir einen Ertragsrückgang der Direkten Bundessteuer und des NFA-Ressourcenausgleichs. Hauptgründe für die Mindererträge sind die aktuelle Wirtschaftslage und die Steuergesetzrevision aus dem Jahre 2007.

Ausgabenseitig sind tiefere Nettozinsbelastungen zu verzeichnen. Dies ist zurückzuführen auf die guten Abschlüsse der Vorjahre und dem Kantonsanteil aus dem Erlös der überschüssigen Goldreserven, welche dem Kanton 2005 zugeflossen sind und einen Schuldenabbau bewirkten.

Investitionsrechnung	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Total						
Ausgaben	1.6	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6
Einnahmen	-1.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-0.3	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6
Einzelne Nettoinvestitionen						
Informationstechnologie (GB)	6.9	8.6	8.6	8.6	8.6	8.6
Abschreibungen/Rückstell./Buchgewinne	-7.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0



Bemerkungen

In der Investitionsrechnung gehen wir ausgabenseitig von einer stabilen Entwicklung aus. Die Auflösung der zentral budgetierten Globalbudgetreserven (RE08) in der Investitionsrechnung wird als Minderausgaben ausgewiesen und kann nicht im Voraus prognostiziert werden. In den Finanzplanjahren ist deshalb nichts budgetiert.

3.5 Departement des Innern

3.5.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Aufgaben des Departements des Innern lassen sich in drei unterschiedliche Bereiche aufteilen:

1. Öffentliche Sicherheit

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit von Menschen, den Schutz ihres Eigentums sowie die Erhaltung der friedlichen Ordnung. Für die Erreichung dieser Ziele erfolgen Ermittlungstätigkeiten bei der Verfolgung von Straftaten, Prävention und Repression im Strassenverkehr sowie Polizeipräsenz und Interventionen im öffentlichen Raum. Weiter zählen dazu der rechtskonforme Vollzug von Haft, Strafen und Massnahmen in den kantonalen Anstalten (Schöngrün, Im Schache, Untersuchungsgefängnisse) sowie das Erstellen diverser Ausweise. Des weiteren umfasst der Aufgabenbereich das Erarbeiten der Grundlagen und Konzepte zur Umsetzung der sicherheitspolitischen Ziele des Kantons und den Vollzug der zugewiesenen Aufgaben.

Ermittlungstätigkeiten	Polizei
Prävention und Repression	Polizei und Motorfahrzeugkontrolle
Straf- und Massnahmenvollzug	"Schöngrün" und "Schachen"
Ausweiserteilung	Amt f. öffentliche Sicherheit, Motorfahrzeugkontrolle

2. Gesundheit

Hauptaufgaben sind die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Spitalversorgung, der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Lebensmittel, Heilmittel, Epidemien etc. sowie die Gesundheitsförderung.

3. Soziale Sicherheit

Nach der Präambel der Kantonsverfassung (KV) gilt es, eine Gesellschaftsordnung anzustreben, die der Entfaltung und der sozialen Sicherheit des Menschen dient. Nach Art. 22 KV strebt der Kanton in Ergänzung der privaten Initiative und Verantwortung auf dem Weg der Gesetzgebung danach, dass im Rahmen seiner Zuständigkeit und der verfügbaren Mittel die formulierten Sozialziele erreicht werden. Insbesondere geht es darum, dass Menschen, die wegen ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Lage Hilfe brauchen, die für ihre Existenz notwendige Unterstützung erhalten.

Nach § 1 des Sozialgesetzes hat staatliches Handeln

- a) die Eigenverantwortung zu stärken, die Selbständigkeit des Menschen zu erhalten, Armut oder soziale Notlagen zu verhindern, zu beheben oder zu mindern (Prävention)
- b) Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu unterstützen (Allokation)
- c) Menschen in sozialen Notlagen zu helfen oder Überlebenshilfe zu gewähren (Intervention)
- d) den Missbrauch von Leistungen nach diesem Gesetz zu verhindern und zu bekämpfen (Sanktion und Repression)

Soziale Aufgaben sind in straffen Prozessen und einfachen Strukturen zu erbringen und zu erfüllen. Die staatliche Sozialpolitik ist daher darauf ausgerichtet, Personen und Personengruppen die Teilhabe und Teilnahme an der Gesellschaft zu sichern. Und zwar auch dann, wenn aus sozialen Risiken soziale Probleme und Beeinträchtigungen werden. Die Sozialpolitik übernimmt also die Aufgabe, soziale Risiken, die aus der autonomen Entscheidungsfindung entstehen, möglichst gering zu halten. Sie muss aber auch Problemlösungen schaffen, wenn die Teilhabe an der Gesellschaft bereits sehr eingeschränkt ist, und dadurch die selbständige Lebensführung wieder herstellen. Wo das nicht mehr möglich ist, soll sie mit Unterstützungsmassnahmen ein menschenwürdiges Leben garantieren.

3.5.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 05-09 Departement des Innern

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
7.	<i>Öffentliche Sicherheit</i> gewährleisten	
7.1	Strafverfolgung optimieren	Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt „Schöngrün“ mit Therapiezentrum „im Schache“.
7.2	Stärkung der öffentlichen Sicherheit	Schaffung der Rechtsgrundlage für polizeiliche Sicherheitsassistenten, um die polizeiliche Präsenz zu erhöhen;
7.3	Reduktion oder Verhinderung von Gewaltphänomenen (Jugend, Sportveranstaltungen, sozialer Nahraum etc.) durch Problemidentifizierung und –lösung in Zusammenarbeit mit anderen Stellen.	Ausbau und Institutionalisierung der Kontakte zwischen Polizei und Gemeinden, Institutionen und gesellschaftlichen Gruppierungen (Jugend, Ausländer etc.)
4.	<i>Gesundheit: Soziale Sicherheit und Gesundheit bedarfsgerecht gewährleisten</i>	
4.4	Zielgruppenorientierte Gesundheitsförderung und Gesundheitsprävention verstärken;	- Umsetzungsstrategie für zielgruppenorientierte Gesundheitsförderung und –prävention erarbeiten; - Gesundheitsförderungsprojekte im Bereich Bewegung und Ernährung auf Gemeindeebene umsetzen (Schulen); - Wirksame gesetzliche Regelung der Tabak- und Alkoholprävention (insbesondere Jugendschutz und Nichtraucherchutz);
4.5	Wirtschaftlich tragbare, qualitativ gute und wettbewerbsfähige Spitalversorgung sicherstellen.	- Zusammenschluss der Solothurner Spitäler per 1. Januar 2006; - Realisierung von Synergien im Umfang von 4 Mio. Franken durch Zentralisierung der administrativen, betrieblichen und medizinisch-therapeutischen Dienste.
4.	<i>Soziale Sicherheit und Gesundheit bedarfsgerecht gewährleisten</i>	
4.1.	Soziale Aufgaben in straffen Prozessen und einfachen Strukturen erbringen und erfüllen;	- Sozialgesetz erlassen und umsetzen - Sozialplanung, insbesondere die Heimplanung 2010 umsetzen - Sozialbericht vorlegen.
4.2.	Ausgesteuerte Personen wieder in den Arbeitsprozess eingliedern.	Besondere Programme anbieten

3.5.3 Politische Ziele und Leistungen

1. Öffentliche Sicherheit

Das Therapiezentrum Im Schache wird infolge hoher Nachfrage nach Plätzen für Straftäter mit psychischer Störung während Jahren voll ausgelastet sein. Die Belegung der Strafanstalt Schöngrün wird wie bisher Schwankungen unterliegen, wobei tendenziell aufgrund der Änderungen im Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches per 1.1.2007 in den nächsten Jahren ein leichtes Sinken des Auslastungsgrades erwartet wird.

Die geplante Einführung des biometrischen Passes bedeutet einen Quantensprung bezüglich Sicherheit im Ausweiswesen. Die Übernahme des EU- Rechts erhöht den Prüfrhythmus für bestimmte Fahrzeugkategorien (z.B. bei Lastwagen).

Die Anforderungen an die Polizeiarbeit nehmen infolge gesellschaftlicher und (straf-) rechtlicher Entwicklungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu. Neue strafprozessuale Bestimmungen, der Opferhilfebereich und neue Zuständigkeiten bei Gewalt im sozialen Nahbereich erfordern Rechtskenntnisse und eine hohe Sozialkompetenz sowie Professionalität, um jeweils vor Ort die verhältnismässigen Massnahmen zu treffen. Die Verhärtung der politischen Fronten und die Emotionalisierung der Medien beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl und senken die eigenen Toleranzgrenzen. Gesell-

schaftliche und sportliche Anlässe wie 1. Mai, Dorffeste, Fussball- und Eishockeyspiele und spontane Auseinandersetzungen unter verschiedenen Gruppierungen erfordern vermehrte Polizeipräsenz. Dies erlaubt der Polizei, rasch zu intervenieren und Ausschreitungen zu verhindern, beziehungsweise zu beenden. Für die angemessene Erfüllung des Sicherheitsbedürfnisses der heutigen Gesellschaft sorgt die personalintensive Polizeiphilosophie von community policing. Unter die bürgernahe Polizeiarbeit fällt der Kontakt mit Schulen, Gemeindebehörden, Veranstaltern, Asylzentren und der Bevölkerung. Er wirkt vorbeugend und vermittelt lokale Sicherheit. Die Reaktion der Polizei auf alle diese Veränderungen ergeben einen zusätzlichen Personalbedarf, weshalb der Polizei ab 2009 eine massvolle Körperhöhung bewilligt worden ist.

2. Gesundheit

Die Legislaturziele 2005-2009 konnten mit der Schaffung der Solothurner Spitäler AG (soH) per 1. Januar 2006 bereits erreicht werden. In den kommenden Jahren geht es darum, die neue Unternehmung zu konsolidieren und die begonnen Aufbauarbeiten auf der strategischen und kulturellen Ebene weiterzuführen. Die Zielsetzungen von Effizienzsteigerung und guter qualitativer Leistungserbringung in der Spitalversorgung im Kanton Solothurn bleiben erhalten. Dabei sollen die Kosten in der soH im gesamtschweizerischen Umfeld nur unterdurchschnittlich steigen.

Bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG wird aufgrund exogener Faktoren wie medizinischer Fortschritt und Altersstruktur der Bevölkerung mit einem jährlichen Wachstum gerechnet. Die am 21.12.2007 erfolgte KVG-Revision führt ab 1.1.2012 zu Zusatzkosten in der Grössenordnung von 60 Mio. Franken. Dabei handelt es sich um eine Entlastung der Zusatzversicherungen auf Kosten der Kantone.

3. Soziale Sicherheit

Die Soziale Sicherheit ist im Kanton Solothurn das Aufgabengebiet, das die drittgrössten Ausgaben nach sich zieht. Wie in den Vorjahren ist unabhängig von der Höhe der Leistung die grösste Gruppe mit 65'000 Personen jene, die Prämienverbilligungen an die Krankenversicherung erhalten (ca. 25% der Bevölkerung), gefolgt von 24'000 resp. 9'500 Personen, die Alters- und IV-Renten beziehen (ca. 15% der Bevölkerung). 8'500 Personen beziehen Sozialhilfe. Diese Zahlen zeigen, dass die sozialen Sicherungssysteme breiten Bevölkerungsteilen und nicht nur einer randständigen Minderheit Unterstützung bieten.

Der Kanton entwickelt seine Sozialpolitik im engeren Sinn entlang von Lebens- und Problemlagen: Kindheit und Familie, Jugend, Migration, Gleichstellung, Arbeitslosigkeit, Armut, Gesundheit-Krankheit-Sucht, Behinderung, Gewalt-Kriminalität, Alter.

Aus dem Sozialbericht ergeben sich dabei entlang der aufgeführten Lebens- und Problemlagen folgende schwergewichtigen Erkenntnisse:

- die finanzielle Situation ist für viele Familien angespannt - Haushalte mit Kindern bilden die grösste Gruppe in der Sozialhilfe.
- Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie ist immer noch mit Schwierigkeiten verbunden. Die Förderung von familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten ist verstärkt angelaufen. Verantwortungsbewusste Einwohnergemeinden in Verbindung mit Wirtschaftsverbänden haben die Notwendigkeiten erkannt.
- die Arbeitslosenquote ist bei den Jugendlichen besonders hoch. Mit entsprechenden Programmen (u.a. Case management in der Berufsbildung) werden die Angebote erweitert.
- die Integration der Ausländer/innen ist unzureichend. Entsprechende Programme werden umgesetzt, vor allem der Deutschunterricht beginnt zu greifen.
- Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe sind ungenügend koordiniert. Mit der Bildung von Sozialregionen (Anlaufstelle als Triage) und der neu gebildeten Case management-Stelle wird Gegensteuer gegeben.
- Gewalterscheinungen in unserer Gesellschaft sind rechtzeitig zu bekämpfen, schwergewichtig aber mit Präventionsmassnahmen zu verhindern und zu mindern. Das Konzept so-gegen-gewalt bildet die Grundlage, schon frühzeitig entsprechende Massnahmen anzubieten (Elternbildung, Verpflichtung von sogenannten Risikogruppen, Frühförderung, etc.)
- die berufliche Integration von Menschen mit einer Behinderung in den primären Arbeitsmarkt ist

schwieriger. Die 4. und die 5. IV.Revision erbringen verbesserte Rahmenbedingungen. Hier ist vor allem die IV-Stelle mit der Umsetzung gefordert, aber auch die Wirtschaft, welche freiwillig Hand zu adäquaten Lösungen bietet.

- Prävention und Sicherstellung der Pflege sind wichtige Herausforderungen im Alter. Das Projekt sanaprofil, Gesundheitsförderung im Alter, ergänzt die bestehenden Pfeiler der häuslichen Pflege und der Langzeitpflege optimal.

Aufgrund dieser Feststellungen ist eine bedarfsgerechte Bereitstellung der Versorgungsinfrastruktur zwischen Kleinräumigkeit und heutigen Anforderungen nach wie vor eine grosse Herausforderung Die geplanten Sozialregionen und die Vereinfachung von Verteilschlüsseln Kanton- Einwohnergemeinden sind die richtige strukturelle Antwort auf diesen Umstand.

3.5.4 Massnahmen Departement des Innern

Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
5.01 Schaffung der Rechtsgrundlage für polizeiliche Sicherheitsassistenten, um die polizeiliche Präsenz zu erhöhen (PB 45, 46, 47, 48) - Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei	erl.	05	KRB RG 007a/2007 vom 15.5.2007. Umsetzung mit Ausbildung und Anstellung im 2. Semester 2008.	Dez 07	Mai 07		
5.02 Neues Sicherheitsfunknetz (Polycom) für den Kanton Solothurn; Ausschreibung / Submission	i.A.	05	KRB SGB 009/2007 vom 14.3.2007. Realisierungsphase	Dez 07		KRB SGB 009/2007 vom 14.3.2007. Projektabschluss	Sep 09
5.03 Ausbau und Institutionalisierung der Kontakte zwischen Polizei und Gemeinden, Institutionen und gesellschaftlichen Gruppierungen (Jugend, Ausländer etc.) (PB 45, 46, 47, 48) - Schulung der polizeilichen Kontaktbeamten	erl.	05	Schulung erfolgt		Okt 06		
5.04 Regelung betreffend Vermummungsverbot bei Demonstrationen - Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei	erl.	05	KRB RG 007b/2007 vom 15.5.2007.	Dez 07	Mai 07		
5.05 Regelung betreffend Wegweisungsartikel - Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei	erl.	05	KRB RG 007a/2007 vom 15.5.2007.	Dez 07	Mai 07		
5.06 Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den städtischen und dem kantonalen Polizeikorps (PB 49) - Grundlagen der Zusammenarbeit überprüfen unter Beizug externer Experten	i.A.	05	Auftrag zur Überprüfung der kt. Sicherheitsstruktur an Experten erteilt	Dez 07		IST-Zustand erhoben - allfällige Folgeaufträge (sofern Handlungsbedarf) erteilt	Jul 09
5.07 Ausser- und Innerkantonale Bewältigung der EURO 08	erl.	08	Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit während der EURO 08	Jul 08	Jul 08		
5.08 Umsetzungsstrategie für zielgruppenorientierte Gesundheitsförderung und -prävention erarbeiten	erl.	05	Strategie durch Ddl verabschiedet		Nov 06		
5.09 Gesundheitsförderungsprojekte im Bereich Bewegung und Ernährung auf Gemeindeebene umsetzen (Schulen). - Projekt „fit + rank“ in weiteren Schulen des Kantons	erl.	05	2008 in 6 Gemeinden umgesetzt	Dez 07	Dez 08		
5.10 Wirksame gesetzliche Regelung der Tabak- und Alkoholprävention (insbesondere Jugendschutz und Nichtraucherchutz) - Änderung des Gesundheitsgesetzes	erl.	05	KRB RG 068/2006 vom 30.8.2006, Volksabstimmung 26.11.2006		Nov 06		
5.11 Zusammenschluss der Solothurner Spitäler per 1. Januar 2006	erl.	05	Solothurner Spitäler AG in Betrieb		Jan 06		
5.12 Realisierung von Synergien im Umfang von 4 Mio. Franken durch Zentralisierung der administrativen, betrieblichen und medizinisch-therapeutischen Dienste (Budget 2006 um 2 Mio. Franken, ab 2007 um 4 Mio. Franken gekürzt)	erl.	05	GB-Kredit-Tranche 2007 eingehalten	Dez 08	Dez 08		
5.13 Gesundheitsförderung im Alter (solpra) - Umsetzungskonzept erarbeiten	erl.	05	RRB 2006/1664 vom 12.9.2006		Sep 06		
5.14 Suchtprävention - Konzept erarbeiten	erl.	05	Leitbild liegt vor mit RRB Nr.2009/31 vom 06.01.2009	Dez 07	Jan 09		
5.15 Modifiziertes Prämienverbilligungsmodell KVG (Kinder und Jugendliche) (Botschaft und Entwurf)	erl.	05	KRB SGB 125/2006 vom 5.12.2006		Dez 06		
5.16 Unterstützung wirtschaftlich schwacher Familien (PB 23); Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (PB 23) - Bericht Auswirkungen im Kanton Solothurn erarbeiten	erl.	05	Entwurf B+E liegt vor RRB Nr. 2008/2127 vom 01.12.2008	Dez 07	Dez 08		

Massnahmen Departement des Innern

Legende Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
i.A. = in Arbeit, erl. = erledigt, Vorhaben ist abgeschlossen.
sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

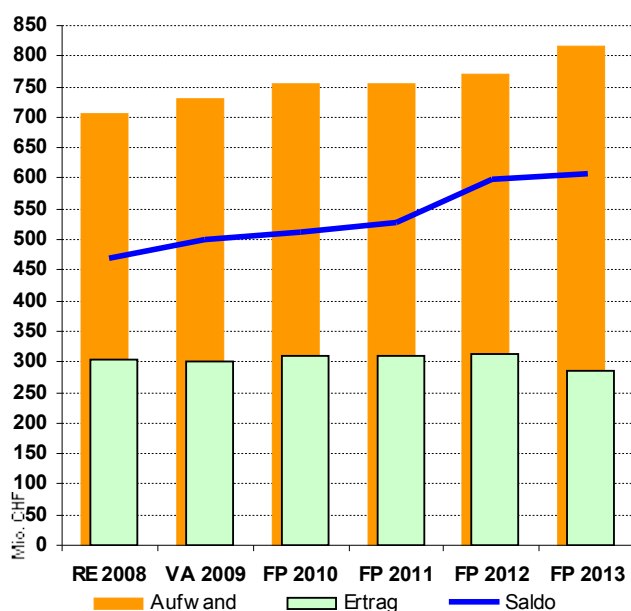
Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
5.17 Sozialplanung umsetzen	i.A.	05	Einzelne Konzepte liegen vor	Dez 07		Massnahmenplan wird modular weiter aufgebaut	Dez 09
5.18 Heimplanung 2010	erl.	05	neu: Heimplanung 2012 KRB SGB 069/2006 vom 30.8.2006		Aug 06		
5.19 Bekämpfung Gewalt, insbesondere Jugendgewalt	erl.	05	RRB 2007/1758+1759 Umsetzungskonzept Projektplan und Finanzierung bis 2011: Kampagne gestartet	Dez 07	Dez 06		
5.20 Integration von ausländischen Staatsangehörigen verstärken	erl.	05	Schlussbericht liegt vor mit RRB Nr.2009/31 vom 06.01.2008	Dez 07	Jan 08		
5.21 Die kantonalen Behindertendienste (KBDS) - Wohnheim	erl.	05	KBDS in Solodaris	Dez 07	Jun 08		
5.22 Integration von Menschen mit Behinderungen angehen (vgl. bestehendes Leitbild, RRB 2004/1897 vom 14. September 2004)	erl.	05	Im Rahmen der 5. IV. Revision Aufgabenübertragung an IV-Stelle	Dez 07	Dez 08		
5.23 Solo-pro-Arbeitsplätze für ausgesteuerte erwerbslose Personen und Gemeindeförderungsstellen (Sozialhilfe und Gegenleistung) situativ anbieten (RRB 2005/1436 vom 4. Juli 2005)	erl.	05	Ist im Globalbudget ASO aufgenommen und wurde mit RRB Nr. 2008/1882 vom 27. 10. 2008 verlängert	Dez 06	Okt 08		
5.24 Verschiedene Vorhaben - insbesondere auch struktureller	erl.	05	Aus Sicht des		Jul 05		
5.25 Familienpolitik koordinieren, Modelle zur Familienförderung prüfen (Familienbeihilfen, familienergänzende Betreuungsplätze)	erl.	05	RRB liegt vor; neue Pflegekinderkonzeption liegt vor (Tages- und Familienpflege, Kindertagesstätten, Kinderheime)	Dez 07	Dez 07		
5.26 Freiwilligenarbeit fördern durch Vergabe eines Sozialpreises, einschliesslich Auszeichnungen aus Mitteln des Lotteriefonds	erl.	05	RRB 2006/491 vom 7.3.2006		Mrz 06		
5.27 Pflegeversorgung (Übergangspflege, Spitex, Angehörigenpflege) koordinieren	i.A.	05	Projekt zurückgestellt; Bundesvorgaben abwarten; Bundesverordnung erst in Vernehmlassung	Dez 07		Massnahmen prüfen	Dez 09
5.28 Sozialgesetz erlassen	erl.	05	Sozialgesetz: KRB RG 119/2005 vom 31. Januar 2007	Dez 06	Jan 07		
5.29 Gesetzgebung NFA Bund-Kantone Bereich soziale Sicherheit ausarbeiten	erl.	05	Sozialgesetz: KRB RG 119/2005 vom 31. Januar 2007	Dez 10	Jan 07		
5.30 Sozialbericht auswerten	erl.	05	Auswertung liegt vor		Jan 06		
5.33 Erstellung und Betrieb Biometriezentrum	i.A.	09				KRB nach Volksabstimmung im Mai 09	Mrz 10
5.32 Einführung Bonus-Malus-System Motorfahrzeugsteuer	i.A.	09				KRB 1. Hälfte 09	Jan 10
5.31 Aktionsprogramm „Gesundes Körpergewicht“ in Zusammenarbeit mit Gesundheitsförderung Schweiz	i.A.	09				Die Hälfte der 9 Projekte ist gestartet	Dez 12
5.34 Umsetzen KVG Revision	i.A.	09				Entwurf Spitalplanung	Dez 11
5.35 Leitbild und Konzept Familien verabschieden	i.A.	09				Leitbild und Konzept verabschiedet	Jan 10
5.36 Leitbild und Konzept Integration ausländische Staatsangehörige verabschieden	i.A.	09				Leitbild und Konzept verabschiedet	Jan 10
5.37 Konzept nach Art. 10 IFEG (Bedarfsplanung, Qualitätssicherung in IV-Wohnheimen und Werkstätten) im Zusammenhang mit den Auswirkungen NFA: gemeinsam mit den Kantonen der NWS ausarbeiten	i.A.	09				Konzept erarbeitet	Jan 10
5.38 Konzept für partnerschaftliche Zusammenarbeit mit VSEG und Einwohnergemeinden im Sozialbereich	i.A.	09				Konzept erarbeitet	Jun 10
5.39 Implementierung des Pflegekinderkonzeptes unter Berücksichtigung der Evaluation und der Bestrebungen des Bundes	i.A.	09				Konzept implementiert	Dez 10
5.40 Altersleitbild und Heimplanung 2016 erarbeiten	i.A.	09				Leitbild und Planung erarbeitet	Dez 10
5.41 Volksinitiative SP zur Prämienverbilligung bearbeiten	i.A.	09					Dez 10
5.42 Dem Kantonsrat die Eckwerte einer kantonalen Sozialplanung vorlegen	i.A.	09				Eckwerte Planung an KR	Dez 11
5.43 Neues Vormundschaftsrecht des Bundes als Erwachsenenschutz- und Betreuungsrecht über eine Revision des EG ZGB übernehmen	i.A.					EG ZGB überarbeitet	Dez 11

Massnahmen Departement des Innern

Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
5.44 Konzept gegen Missbrauch von Sozialleistungen erarbeiten	i.A.	09				Konzept erarbeitet	Dez 11
5.45 Wirtschaftlichkeit auf der Basis von Grundangebot und Basisqualität aller solothurnischen Heime und Werkstätten überprüfen	i.A.	09				Wirtschaftlichkeit überprüft	Dez 12
5.46 „Schwelleneffekte“ beim Erbringen von Sozialleistungen glätten, insbesondere bei der Alimentenbevorschussung	i.A.	09					Dez 12
5.47 2. Sozialbericht 2013 erarbeiten	i.A.	09					Dez 13
5.48 Zusammenarbeit soziale Sicherheit mit Nachbarkantonen verstärken; Sozialraum NWS anstreben	i.A.	09					Dez 13
5.49 Aufnahme von asylsuchenden Menschen in den Einwohnergemeinden sichern	i.A.	09				jährlicher Bericht	Dez 13
5.50 Zahl der Kindertagesstätten und Tagespflege markant erhöhen	i.A.	09				jährlicher Bericht	Dez 13

3.5.5 Finanzen (in Mio. Franken)

Erfolgsrechnung	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudgets						
Aufwand	332.3	350.6	359.8	363.0	365.9	369.5
Ertrag	-61.1	-60.4	-62.4	-62.4	-62.4	-62.4
Globalbudgetsaldo	271.3	290.2	297.5	300.6	303.5	307.1
Verrechnungen	3.2	2.8	4.1	4.1	4.1	4.1
Saldo	274.5	293.0	301.6	304.7	307.6	311.2
Finanzgrössen						
Aufwand	372.7	380.3	393.7	406.8	478.4	489.9
Ertrag	-243.6	-238.9	-248.8	-251.8	-254.9	-259.0
Verrechnungen	66.8	66.3	66.8	66.8	66.8	66.8
Saldo	195.8	207.7	211.7	221.8	290.3	297.7
Saldo total	470.3	500.6	513.2	526.5	597.9	608.9



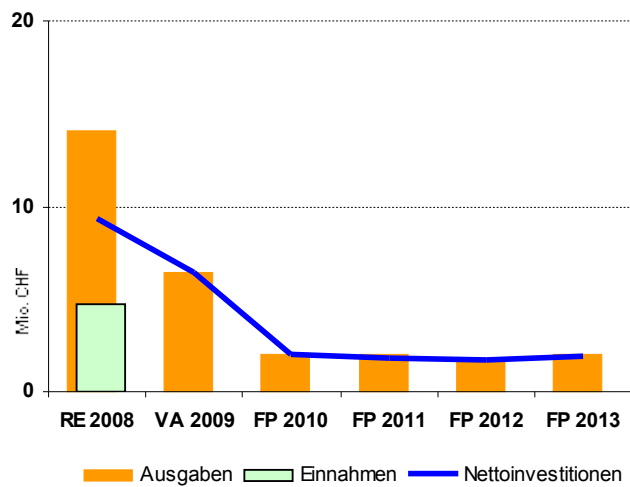
Bemerkungen

Die Aufwandsteigerung zwischen RE 2008 und FP 2012 von gut 138 Mio. Fr. (Saldo total) ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Steigende Gesundheitskosten von ca. 3-4% jährlich (soH: +25 Mio. Fr, Kostengutsprachen gemäss KVG +16 Mio. Fr.). KVG-Revision ab 1.1.2012 führt zu Zusatzkosten in der Grössenordnung von 60 Mio. Fr.
- Steigende Kosten in der sozialen Sicherheit von rund 23 Mio. Fr. (u.a. bei der (Familien-) EL +18 Mio. Fr., Prämienverbilligung + 3 Mio. Fr., Soziale Institutionen + 2 Mio. Fr.)
- Bei der Polizei steigen die Aufwände um gut 5 Mio. Fr. aufgrund der Erhöhung des Korpsbestandes inkl. Jugendpolizei sowie der Betriebskosten Polycom.
- Kostensteigerungen in der öffentlichen Sicherheit (Kostgelder Justizvollzug +2 Mio. Fr., Biometrische Pässe +2 Mio. Fr.)

Finanzen Departement des Innern

Investitionsrechnung	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Total						
Ausgaben	14.1	6.4	2.1	1.9	1.8	1.9
Einnahmen	-4.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	9.4	6.4	2.1	1.9	1.8	1.9
Einzelne Nettoinvestitionen						
Gesundheitsamt	0.0	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Justizvollzug	0.1	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Polizei	9.1	4.7	1.6	1.4	1.3	1.4

**Bemerkungen**

Die hohen Investitionen 2008 und 2009 sind auf die Investitionen bei der Polizei, insbesondere auf das Projekt „Neues Sicherheitsfunknetz Polycom“ zurückzuführen. Die Einnahmen 2008 beziehen sich auf Kostenbeteiligungen von Dritten an diesem Projekt.

3.6 Volkswirtschaftsdepartement

3.6.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet des Volkswirtschaftsdepartements umfasst die Bereiche Wirtschaft und Arbeit; Gemeinden, Zivilstand und Finanzausgleich; Wald, Jagd und Fischerei; Landwirtschaft mit der Landwirtschaftsschule und dem Veterinärdienst; Militär und Bevölkerungsschutz; Stiftungsaufsicht und als Koordinations- und Stabsstelle das Departementsekretariat mit dem Bereich Partnerschaft nach aussen. Administrativ dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert sind die Ausgleichskasse, die IV-Stelle und die Solothurner Gebäudeversicherung als selbständige Anstalten.

3.6.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 05-09

Nr.	Referenz (Legislaturplan 05-09)	Massnahmen
3.	Wirtschafts- und Arbeitsort stärken	
3.2	Wirtschaftsstandort fördern	
3.2.1	Höhere Beschäftigung	Ansiedlung von Firmen und Ausbau bei bestehenden Betrieben
3.2.2	Missbräuche verhindern;	Durchführung von Arbeitsmarktkontrollen;
3.2.3	Arbeitslosigkeit bekämpfen.	- Stellensuchende rasch und dauerhaft in den Arbeitsmarkt eingliedern; - Weitere Ausbildungsangebote für schulisch schwächere Jugendliche schaffen.
4.	Soziale Sicherheit und Gesundheit bedarfsgerecht gewährleisten	
4.3.	Stellenlose Personen mit Mehrfachproblemen in den 1. Arbeitsmarkt eingliedern	Anlaufstellen (Intake) und Case Managementstellen aufbauen
5.	Zusammenarbeit intensivieren	
5.2	Funktionsfähige und wirkungsorientierte Gemeinden	Kooperationen und Fusionen von Einwohnergemeinden unterstützen; Fusionen von Bürger- und Einwohnergemeinden zur Einheitsgemeinde fördern

3.6.3 Politische Ziele und Leistungen

Die im IAFP beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 10-13. Das internationale wirtschaftliche Umfeld wurde seit Anfang 2006 von einer erhöhten Wachstumsphase mit einer positiven Konjunktorentwicklung geprägt. Diese Entwicklung hat einen starken Einfluss auf den Arbeitsmarkt und trug zu einer Senkung der Arbeitslosenzahlen bei und führten an einzelnen Orten bereits zu einem Fachkräftemangel. Ab Herbst 2008 setzte ein starker wirtschaftlicher Abschwung ein, welcher zurzeit noch anhält.

Die paritätische Kommission Aufgabenreform Gemeinden Kanton will bis Ende 2009 die weitere Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Einwohnergemeinden und im Anschluss daran den indirekten Finanzausgleich im letzten noch verbleibenden Bereich, den Lehrerbesoldungssubventionen, überprüfen.

Der sicherheitspolitische Bereich wird geprägt durch eine Häufung von natur-, technisch-, zivilisations- oder terroristischbedingten Ereignissen (Stürme, Hochwasser, Trockenheit, Vogelgrippe usw.). Durch spezifische Einsatzplanungen und entsprechender Ausbildung sowie der Bereitstellung von Mitteln soll eine hohe Einsatzbereitschaft sichergestellt werden.

Dort wo sinnvoll, wollen wir die interkantonale und internationale Zusammenarbeit stärken. Die mit der Grenznähe verbundenen Chancen gilt es zu nutzen.

3.6.4 Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Legende Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
i.A = in Arbeit, erl. = erledigt, Vorhaben ist abgeschlossen.
sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Vorhaben	Status	Erfaast	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Goll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Goll-Termin
6.01 Im Bereich der grenzüberschreitenden Kontakte ist geplant, die Zusammenarbeit mit den Nordwestschweizer Kantonen zum Oberrheinraum neu auszurichten	erl.	05	Beschluss anl. des RR-Seminars vom 7./ 8. Aug. 07	Dez 06	Aug 07		
6.02 Im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit wird die Zusammenarbeit mit den Nordwestschweizer Kantonen intensiviert	erl.	05	Beschluss Plenum NWRK vom 8. Juni 2007	Dez 08	Jun 07		
6.03 Die Zusammenarbeit im Espace Mittelland wird überprüft	erl.	05	Wechsel zum Status 'einfaches Vereinsmitglied', wie auch BE, FR, VS	Dez 06	Dez 07		
6.04 Für die Aufgabengebiete mit Pflicht zur interkantonalen Zusammenarbeit nach NFA werden die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten mit den Partnerkantonen geleistet	erl.	05	Vorbereitungsarbeiten erledigt	Dez 07	Dez 07		
6.05 Stellenlose Personen mit Mehrfachproblemen in den 1. Arbeitsmarkt eingliedern: Anlaufstellen (Intake) und Case Managementsstellen aufbauen. Wird durch die IV-Stelle bearbeitet. (SO+ 49)	erl.	05	RRB 2005/2589 vom 12. Dez 2005 und RRB 2005/2717 vom 20. Dez. 2005	März 07	Jun 07		
6.06 Schaffung gesetzlicher Grundlage für die Gemeinden zur Einführung der Frühdefibrillation bei Herznotfällen durch die Feuerwehr (Teilrevision Gebäudeversicherungsgesetz).	erl.	05	RRB / B+E 2007/406 vom 12. März 2007	Kein Termin	Mrz 07		
6.07 Neuverhandlung der Leistungsvereinbarung mit der Regio Basiliensis / Oberrheinkonferenz	erl.	05	RRB 2006/1042	Dez 05	Mai 06		
6.08 Beschluss über die Weiterführung, Auflösung oder Beitritt zu interkant. oder internat. Organisationen oder Teilnahme bei Projekten	DA	07	Beschluss anl. des RR-Seminars vom 7./ 8. Aug. 07		Aug 07		
6.09 Anpassung Verordnung Stiftungsaufsicht und EG ZGB	erl.	07	RRB 2008/2315 vom 16. Dezember 2008; B+E	Dez 07	Dez 08		
6.10 Überprüfung Zusammenarbeit Aufsichtsbehörden Stiftungsaufsicht BS/BL/SO/AG	i.A.	08				Entscheid Zusammenlegung	Dez 09
6.11 Umsetzen 1. BVG-Revision - Überprüfen der geänderten Reglemente - Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26 - Reduktion der Anlagen beim Arbeitgeber	erl.	05	Umgesetzt	Dez 07	Dez 07		
6.12 Umsetzung neues Stiftungsrecht aufgrund des neuen Revisionsaufsichtsgesetzes (RAG) und der Bestimmungen des Obligationenrechts (OR) per 1.1.2008 - Eintragung aller Stiftungsräte im Handelsregister - Wahl einer Revisionsstelle / Befreiungsgesuch - Umsetzung	i.A.	05	umgesetzt	Dez 07	Dez 07	Umsetzen Umsetzen	Dez 09 Dez 09
6.13 Leistungsvereinbarungen zum Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und zur Bekämpfung der Schwarzarbeit Regelung der Kontrollaufgaben des Kantons und der Entschädigung durch den Bund	i.A.	08	Verhandlungen mit dem seco Abschluss der Vereinbarungen durch RRB	Mrz 08 Mrz 08	Mrz 08 Jan 08		
6.14 Projekt Neukonzeption des AVAM Sicherstellen der Datenhaltung und der Datenbewirtschaftung im Bereich RAV/LAM/KAST	i.A.	08	Einführung RE 1 Organisatorische Grundlagen RE 2 Vorbereitungsarbeiten RE 2 Einführung und Schulung RE 2 Operativ Setzung (8.9.2008)	Mrz 07 Jun 07 Mrz 07 Sep 08	Mrz 07 Jun 07 Dez 07 Jul 08	Verzögerung durch Bund Refresher Schulung Operativ Setzung	Mai 09 Jun 09
6.15 Gesetzgebungsprojekt "Volkswirtschaftsgesetz" Effizientere, kundenorientierte und vereinheitlichte Gesetzgebung im Bereich Volkswirtschaft.	i.A.	08	Studie Borner 1. Teil	Nov 08	Dez 08	Studie Borner 2. Teil Festlegen Projektorganisation Einsetzen Expertenkommission Beraten Expertenkommission B+E Vernehmlassung B+E im KR	Apr 09 2009 2009 2009 2010 2011
6.16 Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien	i.A.	08	Bericht Regierungsrat erledigt neues GB Energiefachstelle	Jun 08 Dez 08	Sep 08 Dez 08		
6.17 Bekämpfung Schwarzarbeit - EG zum Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit (EG BGSA; Botschaft und Entwurf) - Weisungen zu Tänzerinnen-Bewilligungen - Schwarzarbeitskontrolle „Nero sei“ - Schwarzarbeitskontrolle „Nero sette“	erl.	05	KRB RG 087-2007 vom 29. Aug. 2007 abgesagt durchgeführt wird durchgeführt	Jun 07 Dez 07	Jun 07 Okt 06		

Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Legende Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
i.A = in Arbeit, erl. = erledigt, Vorhaben ist abgeschlossen.
sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
6.18 Vollzug der Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit - Vereinbarung mit seco abschliessen - Reorganisation der Arbeitsmarktkontrollstelle	erl.	06	abgeschlossen 27.07.06 Leiter eingestellt 1.7.06	Dez 06 Dez 06	Jun 06 Jul 06		
6.19 Umsetzungsprogramm Neue Regionalpolitik ausarbeiten	erl.	07	RRB 2007/149 vom 29. Januar 2007 RRB 2007/1199 vom 3. Juli 2007	Sep 07	Jan 07		
6.20 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen: Konzept Werkklassen ausarbeiten	DA	05	Berufswahlplattform durchführen Berufsinfomesse Olten/Grenchen beteiligen Sprungbrett Event Thun durchführen	Jul 08 Mrz 08 Apr 08	Jul 08 Mrz 08 Apr 08	Berufswahlplattform durchführen Berufsinfomesse Olten/Grenchen beteiligen Sprungbrett Event Thun durchführen	Jul 09 Mai 09 Apr 09
6.46 Gesetzgebungsprojekt "Einführungsgesetz zum Arbeitsgesetz"	i.A.	09				B + E z.Hd. KR Behandlung KR	Sep 09 Dez 09
6.47 Gesetzgebungsprojekt "kantonales Stromversorgungsgesetz"	i.A.	09				B + E z.Hd. KR Behandlung KR	Sep 09 Dez 09
6.21 Schöneres Umfeld für Trauungen: Anderes Traulokal für das Zivilstandsamt Olten-Gösgen	i.A.	05	Bezug der Räumlichkeiten	Dez 07	Okt 08		
6.22 Neue Rechnungslegung / Bilanzbewertung (HRM 2) für Gemeinden: Revision Rechnungsmodell	i.A.	06	Verschoben wg Verzögerung bei der Finanz-			Handbuch in Kraft gesetzt	2011
6.23 Unterstützung für finanziell notleidende Gemeinden in Randregionen (RRB 2007/1935 vom 20. Okt. 2007) inkl. Anpassung Regelung zur Unterstützung von Machbarkeitsstudien bei Zusammenschlüssen	i.A.	08				Arbeitsgruppe zusammenstellen Konzept erarbeiten Gesetzesanpassung	Dez 09
6.24 Umsetzung Aufgabenreform "Kanton - Gemeinden" Klärung der Aufgabenteilung	i.A.	07				Beschlüsse zur Aufgabenteilung	Dez 09
6.25 Überarbeiten der Richtlinien für Gemeindearchive	erl.	05	Verfügung WVD	Dez 06	Dez 06		
6.26 Revision der kant. Zivilstandsverordnung (VDZ)	erl.	05	RRB 2006/2245 vom 12. Dezember 2006	Dez 06	Dez 06		
6.27 Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes: Vorabzug für Kirchenwesen DBK aus Finanzausgleichssteuer (Botschaft und Entwurf)	erl.	06	Nichteintreten auf KOKO+Massn. durch KR	Dez 06	Mai 06		
6.28 Kooperationen und Fusionen von Einwohnergemeinden unterstützen; Fusionen von Bürger- und Einwohnergemeinden zur Einheitsgemeinde fördern	DA	05	2 pro Jahr 2 erreicht	Dez 07	Dez 07	2 pro Jahr	Dez 08
6.48 Reform Finanz- und Lastenausgleich Einwohnergemeinden, gemäss RRB Nr. 2006/101 vom 21.11.06	i.A.	09				Projektorganisation implementieren, Konzept erstellen / Simulationsberechnun , B+E Erstellen und verabschieden, Vernehmlassung und KR-Beratung, Inkraftsetzung	Dez. 09 Dez. 11 Dez. 12 Dez. 13 Jan. 15
6.29 NFA: Einführung einer leistungsorientierten Förderungspolitik des Bundes mit Programmvereinbarung (Bund - Kanton) und entsprechenden Vereinbarungen mit den Waldeigentümern. Vollzug erfolgt mit Inkraftsetzung des NFA - 2008	erl.	05	Regelung Kanton - Waldeigentümer Anpassung Waldgesetz erfolgt RRB B+E vom 3.Juli 2007/1232. Vereinb. mit Bund Regelung Kanton - Waldeigentümer	Dez 08 Dez 07 Mrz 08 Dez 08	Dez 08 Jul 07 Jun 08 Dez 08		
6.30 Teilrevision Waldgesetzgebung; bis 2009 abgeschlossen (im Anschluss an die Teilrevision Bundeswaldgesetz)	erl.	05	Nichteintreten der eidg. Räte		2008		
6.31 Totalrevision Fischereigesetz (Vernehmlassung, Botschaft und Entwurf)	erl.	05	Kenntnisnahme Vernehmlassung RRB 2007/1426 vom 27. Aug 2007 Gesetz B+E RRB 2007/1741 vom 22. Oktober 2007 Eckpfeiler Verordnung RRB Verordnung RRB 2008/1470 vom 25.Aug.08 Inkrafttreten	Jun 07 Dez 07 Dez 07 Mrz 08 Mrz 09	Aug 07 Okt 07 Dez 07 Jun 08 Dez 08		

Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Soll-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Soll-Termin
6.32 Schutz vor Naturgefahren: „Wald mit besonderer Schutzfunktion“ Genehmigung der ersten Projekte	i.A.	05	Ermittlung Handlungsbedarf erl. Genehmigung erster Projekte	Dez 08	Dez 08	Bereinigung Schutzwaldperimeter	Jun 09
6.33 Wildtierkorridore Berücksichtigung und Aufnahme der Wildtierkorridore in den Richtplan Umsetzen von Massnahmen, damit die Verbindungen zwischen ansonsten getrennten Lebensräumen für bestimmte Zielarten besser gewährleistet sind	i.A.	08	Schlussbericht "Wildtierkorridore..." liegt vor RRB durch ARP verzögert	Sep 08		RRB durch ARP Berücksichtigung in Planungen Landw. / Strassen etc	Sep 09 Dez 11
6.34 Gewährung der Sicherheit entlang der Kantonsstrassen im Wald. Beschluss Kantonsrat (061/2007)	erl.	06	Ermittlung Handlungs- und Finanzbedarf	Dez 07	Aug 07		
6.35 NFA: Es entfallen die kantonalen Beiträge an die Tierzucht sowie im Gegenzug die Bundesbeiträge an die landwirtschaftl. Beratung. Bisherige Finanzkraftzuschläge werden gestrichen.	erl.	05	Gesetzesanpassungen Landwirtschaftsgesetz an NFA; B+E RRB 2007/1232 vom 3. Juli 2007 fak. Referendum läuft am 15.02.2008 ab Verlagerung Bundesbeiträge vom NHG zu ÖQV Konzept Beitragssätze erstellt	Dez 07 Mrz 08 Mrz 08	Jul 07 Mrz 08 Mrz 08		
6.36 Agrarpolitik 2011	i.A.	08	Vernehmlassung zu Bundesratsverordnung Teil 1 erl. Teil 2 KRB zu Gesetzg. Landw. RG 083-2008	Mrz 08 Mrz 08	Mrz 08 Mrz 08	GELAN Extranet umges. Flächenerhebung im GIS	Dez 10 Dez 10
6.37 Tierseuchen I: BVD Eradikation	i.A.	08	Jedes Tier 1x getestet	Dez 08	Dez 08	BVD-frei	Dez 11
6.38 Tierseuchen II: Blauzungenkrankheit	i.A.	08				Geeignete Schutzmassnahmen getroffen	Dez 11
6.39 Regelung der Hundehaltung: Neuvorlage Hundegesetz (Botschaft und Entwurf)	erl.	05	RRB 2006/1223 vom 26. Juni 2006, KRB RG	Dez 06	Jun 06		
6.40 Auflösung Konkordat mit FH Wädenswil - neu: Ausrichten von Schulgeldern	erl.	05	RRB 2006/1666 vom 12. Sept. 2006 RRB B+E	Sep 06	Sep 06		
6.41 Notfallkonzept zur Bekämpfung der Vogelgrippe – Koordination der Bekämpfung ist mit dem Kantonalen Führungsstab definiert – Materielle Ressourcen sind vorhanden – Ausbildung der Beteiligten ist durchgeführt – Seuchenübung durchgeführt	erl.	06	abgeschlossen	Mrz 06 Jun 06 Sep 06 Dez 06	Dez 06		
6.42 Neuorganisation Veterinärdienst – Fleischkontrolle unter neuen Vorgaben des Lebensmittelgesetzes – Blaue Kontrollen: Ausbildung abgeschlossen – Beginn Kontrollen – Basis-Ausbildung Tierseuchen ist abgeschlossen – Neue Prozesse sind im Qualitätsmanagement	erl.	06	abgeschlossen	Mrz 06 Jun 06 Jun 06 Dez 06	Dez 06		
Ressourcenprojekte (Ammoniak, bodenschonende Bewirtschaftung)	i.A.	09				Projekteingabe beim Bund Umsetzung/Finanzierung	Jun 09 Jan 10
Veterinärgesetzgebung	i.A.	09				Projektplanung ist vorhanden B&E liegen vor Verordnungen liegen vor In Kraft treten Umsetzung	Apr 09 Dez 10 Dez 11 Dez 12 Dez 13
Umsetzung neuer Ausbildungsmodelle	i.A.	09				Ausbildung zur Bäuerin FA ist überarbeitet Umstellung auf neues Ausbildungsmodell Landwirt ist abgeschlossen	Dez 10 Dez 11
Aufbau Bienenkompetenzzentrum	i.A.	09				Konzept liegt vor Massnahmen sind umgesetzt	Dez 09 Dez 10

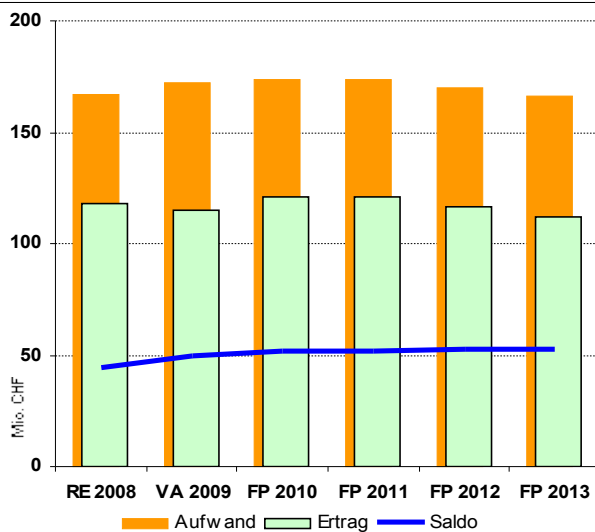
Massnahmen Volkswirtschaftsdepartement

Legende Status: DA= Daueraufgabe, vorläufig und unbefristet.
 i.A = in Arbeit, erl. = erledigt, Vorhaben ist abgeschlossen.
 sistiert = Vorhaben ist vorläufig oder definitiv gestoppt.

Vorhaben	Status	Erfasst	Vollzugskontrolle			Planung	
			Bemerkungen / Indikatoren	Ziel-Termin	Ist-Termin	Bemerkungen / Indikatoren Jahresplan 09 IAFP 10 - 13	Ziel-Termin
6.43 Ausbildung des Kantonalen Führungsstabes (KFS) - Gesamt Notfallübung BS Bund/KFS SO (GNU) - Ausbildung/Stabstrainer KFS - Bundes-Übung SO beübt	i.A.	06	wird durchgeführt Notfallübung durchgeführt	Dez 07	Nov 07	Alle ausgebildet ausgebildet SO beübt	2010 2009 2011
6.44 Bildung und Ausbildung der Regionalen Führungsstäbe (RFS) zur Einsatzbereitschaft - Bildung RFS abgeschlossen - Info der Gemeindepräsidenten über Verantw. - Ausbildung aller RFS - Einsatzbereitschaft sichergestellt	i.A.	06	Bildung erfolgt informiert	Dez 07 Mrz 08	Mrz 08	in Verzug ausgebildet sichergestellt	Dez 09 2010 2010
6.45 Interkant. Feuerwehrausbildungszentrum /Gheid / ifa); Evaluation durch ext. Firma	erl.	05	RRB 2006/1508 vom 14. Aug. 2006 Standortentscheid ev. Kündigung	Mrz 06 Nov 06	Aug 06		
6.45 Bezug und Betrieb Zivilschutz-Ausbildungszentrum "ziko"	i.A.	09				Auslastung zu 75% auf 220 Arbeitstage erreicht	Dez 11
6.45 Ausbau Führungsstandorte KFS	i.A.	09				Führungs Ustü im KP Rück (Pol Kdo) aufgebaut; permanente Führungsbereitschaft im Schutzbau VESO sichergestellt.	Dez 12 Dez 11
6.45 Gefahren- und Risikoanalyse	i.A.	09				Initialisierung Studie Grobanalyse Detailanalyse Defizitermittlung Lücken schliessen	Dez 09 Dez 10 Dez 12 Dez 13 anschl
6.45 Kantonale Einsatzformation (KEF)	i.A.	09				Konzept liegt vor Abstimmung mit Partnerorg BS Aufbau Führung Rekrutierung Aufbau Format. Einsatzbereitsch. Erstellt	Dez 09 Dez 10 Dez 11 Dez 12 Dez 13 Dez 15

3.6.5 Finanzen (in Mio. Franken) Volkswirtschaftsdepartement

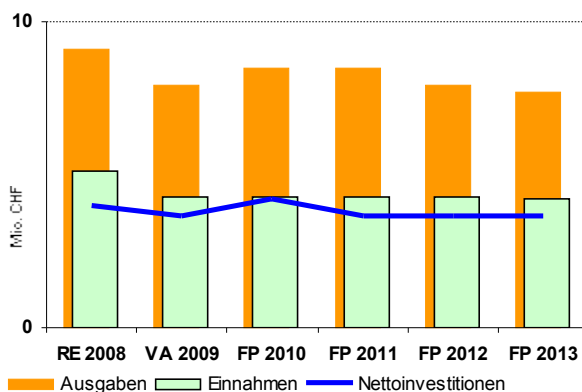
Erfolgsrechnung	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudgets						
Aufwand	132.7	139.1	139.8	140.0	140.0	139.9
Ertrag	-104.7	-106.4	-106.4	-106.7	-106.7	-106.7
Globalbudgetsaldo	28.0	32.7	33.3	33.4	33.4	33.2
Verrechnungen	9.0	9.4	10.2	10.3	10.3	10.3
Saldo	37.0	42.1	43.6	43.6	43.6	43.5
Finanzgrößen						
Aufwand	34.5	33.2	34.1	29.8	31.8	31.8
Ertrag	-13.3	-8.5	-14.4	-9.8	-10.5	-10.4
Verrechnungen	-13.7	-16.7	-11.3	-11.7	-12.3	-12.4
Saldo	7.4	7.9	8.4	8.4	8.9	8.9
Saldo total	44.4	50.0	52.0	52.0	52.5	52.4



Bemerkungen

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

Investitionsrechnung	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Total						
Ausgaben	9.1	7.9	8.5	7.9	7.9	7.9
Einnahmen	-5.1	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3
Nettoinvestitionen	4.0	3.7	4.2	3.7	3.7	3.7
Einzelne Nettoinvestitionen						
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	1.2	0.3	0.9	0.3	0.3	0.3
Landwirtschaft SF UIF	0.5	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Wald	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Landwirtschaft	1.9	2.4	2.4	2.4	2.4	2.4



Bemerkungen

Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

3.7 Gerichte

3.7.1 Beschreibung Aufgabenbereich

Die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter Privaten und Straftaten; im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüfen sie staatliche Akte. Schliesslich beurteilt das Versicherungsgericht sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten.

Die gerichtlichen Instanzen sind:

- Das Obergericht. Es übt die oberinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus, sowie die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit, Letzteres durch das Verwaltungs- und das Versicherungsgericht, welche in das Obergericht integriert sind.
- Das Kantonale Steuergericht entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide des Steueramts.
- Die fünf Richterämter (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt, Thal-Gäu, Olten-Gösgen und Dorneck-Thierstein) üben die erstinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus.
- Das Haftgericht überprüft Verhaftungen und Haftentlassungsgesuche.
- Die Kantonale Schätzungskommission, als Spezialverwaltungsgericht, beurteilt Forderungen aus Enteignung, Grundeigentümerbeiträge sowie Beschwerden betreffend öffentliche Beschaffungen.

Die Organisation des Gerichtswesens ist durch Gesetz festgelegt. Ebenso wird die Arbeitsweise der Gerichte durch die Prozessordnungen detailliert geregelt. Der rechtsuchende Bürger hat Anspruch auf Einhaltung dieser gesetzlichen Regeln. Bei der Gestaltung ihrer Aufgabenerfüllung haben die Gerichte deshalb einen sehr engen Spielraum. Dieser beschränkt sich auf die effiziente Organisation der Abläufe. Ebenso eng ist der Spielraum im finanziellen Bereich. Die Gerichte sind zur effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen Mindestbestand an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angewiesen. Die Besoldungen machen denn auch den weitaus grössten Teil der Aufwendungen aus. Die Höhe der gerichtlichen Einnahmen schliesslich bestimmt sich durch den gesetzlichen Gebührentarif.

Insgesamt haben die Gerichte somit einen geringen Gestaltungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Zur Erhaltung des Rechtsfriedens müssen sie dem rechtsuchenden Bürger oder der rechtsuchenden Bürgerin schnelle und qualitativ hochstehende Entscheidungen bieten können.

3.7.2 Vorgaben aus dem Legislaturplan 05-09

Im Legislaturplan 2005 - 2009 finden sich keine Vorgaben zu den Gerichten.

3.7.3 Politische Ziele und Leistungen

In der Planungsperiode werden die neuen Eidgenössischen Prozessordnungen (Straf- und Zivilprozessordnungen) umzusetzen sein, deren Inkraftsetzung per 1. Januar 2011 feststeht. An der Erarbeitung der Einführungsgesetzgebung sind die Gerichte beteiligt.

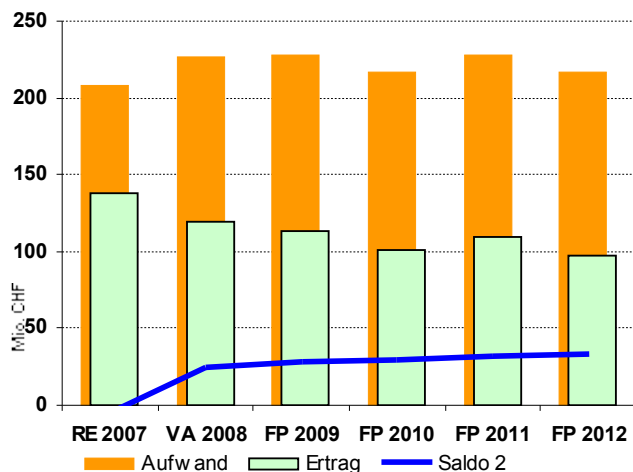
Es zeichnet sich ab, dass auf die Gerichte ab dem 1. Januar 2011 ein bedeutender Mehraufwand zukommt. Die bisherigen kantonalen Prozessordnungen, die sich durch einfache Abläufe kennzeichnen, werden durch die stark formalisierten Bestimmungen des eidgenössischen Rechts abgelöst, was a priori einen (zur Zeit noch nicht quantifizierbaren) Mehraufwand mit sich bringen wird. Im heutigen Zeitpunkt bereits abschätzbar sind die Mehraufwendungen, die ins Haus stehen infolge der neuen Vorschrift, wonach alle Aussagen von Prozessparteien protokolliert, verlesen und unterzeichnet werden müssen. Die Gerichte rechnen diesbezüglich nach ihrem heutigen Wissensstand mit jährlichen Mehrkosten von Fr. 3,7 Millionen, zuzüglich Arbeitgeberlasten auf Lohnkosten. Die nähere Planung der Umsetzung läuft im Frühsommer 2009 an, möglicherweise kann (resp. muss) die heutige Kostenschätzung dann im nächsten integrierten Aufgaben- und Finanzplan angepasst werden.

3.7.4 Massnahmen Gerichte

Es sind keine Massnahmen geplant, die über organisatorische Projekte hinausgehen. Die Gerichte sind bei der Gestaltung ihrer Aufgaben, wie eingangs ausgeführt, weitgehend auf gesetzliche Bestimmungen angewiesen, über die nicht der Regierungsrat, sondern Parlament und Volk entscheiden. Die Gerichte haben in diesem Zusammenhang, anders als die allgemeine Verwaltung, kein Recht, mit Botenschaft und Entwurf an das Parlament zu gelangen.

3.7.5 Finanzen (in Mio. Franken)

Erfolgsrechnung	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudgets						
Aufwand	22.2	22.2	21.6	25.6	25.6	22.2
Ertrag	-4.6	-5.0	-5.0	-5.0	-5.0	-5.0
Globalbudgetsaldo	17.6	17.2	16.7	20.6	20.6	17.2
Verrechnungen	2.4	2.4	2.6	2.6	2.6	2.6
Saldo	20.0	19.6	19.3	23.2	23.2	19.9
Finanzgrössen						
Aufwand	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-0.4	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo total	19.6	19.6	19.3	23.3	23.3	19.9



Bemerkungen

Bei den Gerichten ergeben sich per Saldo die oben unter Politische Ziele und Leistungen erwähnten Mehrkosten.

4 Anhang 1: Zuteilung der Globalbudget und Finanzgrössen zur Organisationsstruktur

1. Behörden und Staatskanzlei

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	PC5615 Parlamentsdienste
Dienstleistungen der Staatskanzlei	PC580 Staatskanzlei
Drucksachen/Lehrmittel	PC582 Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	P5610 Kantonsrat
Dienstleistungen der Staatskanzlei	P5620 Regierungsrat
Dienstleistungen der Staatskanzlei	P5621 Berufliche Vorsorge Regierungsrat (SF)

2. Bau- und Justizdepartement

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung BJD	PC600 Departementssekretariat BJD
Raumplanung	PC601 Amt für Raumplanung
Hochbau	PC602W Hochbauamt
Strassenbau	PC603W Amt für Verkehr und Tiefbau
Öffentlicher Verkehr	PC6038A Amt für Verkehr und Tiefbau OeV
Umwelt	PC6040 Amt für Umwelt
Denkmalpflege und Archäologie	PC605 Amt für Denkmalpflege und Archäologie
Geoinformationen	PC606 Amt für Geoinformationen
Jugendanwaltschaft	PC6108 Jugendanwaltschaft
Staatsanwaltschaft	PC6110 Staatsanwaltschaft
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Raumplanung	P6012 Natur- und Heimatschutz (SF)
Hochbau	P6028 Grundstücke und Verschiedenes
Hochbau	P6029 Subventionierter Wohnungsbau
Strassenbau	P6035 Kantonsstrassenbau (SF)
Strassenbau	P6037 Nationalstrassenbau (SF)
Strassenbau	P6039 Finanzierung Strassenbaufonds
Umwelt	P6043 Altlastenfonds (SF)
Umwelt	P6044 Abwasserfonds (SF)
Umwelt	P6046 Entsorgungsfonds (SF)
Umwelt	P6047 Deponienachsorgefonds (SF)
Staatsanwaltschaft	P6111 STAWA Finanzgrössen
IR Hochbau	PC603W Amt für Verkehr und Tiefbau
IR Strassenbau	PC602W Hochbauamt
IR Öffentlicher Verkehr	P6038B Amt für Verkehr und Tiefbau OeV
IR Umwelt	PC6040 Amt für Umwelt

3. Departement für Bildung und Kultur

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung DBK	PC620 Departementssekretariat DBK
Volksschule und Kindergarten	PC625W Amt für Volksschule und Kindergarten
Berufsbildung, Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, Führung und Koordination der Berufs-, Mittel- und Hochschulen	PC6260 Amt für Berufs-, Mittel- und Hochschulen
Kultur und Sport	PC627 Amt für Kultur und Sport
Mittelschulbildung	PC630W Mittelschulen
Fachhochschulbildung	P6264 Fachhochschule Nordwestschweiz
Berufsschulbildung	PC635W Berufsbildungszentren
Berufsbildung im Gesundheitsbereich	PC635E Berufsbildung für Gesundheit und Soziales
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung DBK	P6230 Schulgelder
Volksschule und Kindergarten	P6254 Volksschulen
Volksschule und Kindergarten	P6256 Kindergarten
Volksschule und Kindergarten	P6257 Sonderschulen
Volksschule und Kindergarten	P6258 Musikschulen
Berufsbildung, Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung; Führung und Koordination der Berufs-, Mittel- und Hochschulen	P6262 Lehrabschlussprüfungen und Bundessubv.
IR Führungsunterstützung DBK	PC620 Departementssekretariat (Abt. Stipendien)
IR Führungsunterstützung DBK	P6303 Kantonale Schulen

4. Finanzdepartement

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	PC640 Departementssekretariat FD
Finanzen und Statistik	P6410 Amt für Finanzen
Personalwesen	P6420 Personalamt
Steuerwesen	P6430 Steueramt
Informationstechnologie	PC644 Amt für Informatik und Organisation
Staatsaufsichtswesen	PC650 Kantonale Finanzkontrolle
Amtschreiberei-Dienstleistungen	PC653 Amtschreibereien
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Finanzen und Statistik	P6416 Bundesanteile
Finanzen und Statistik	P6417 Vermögenserträge
Finanzen und Statistik	P6418 Zinsendienst
Finanzen und Statistik	P6419 Abschreibungen/Rückstell./Buchgewinne
Personalwesen	P6421 Sozialversicherungsbeiträge
Personalwesen	P6423 Unfallkasse (Spezialfinanzierung)
Personalwesen	P6426 GAV Krankentaggeldversicherung

5. Departement des Inneren

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Gesundheit	PC661W Gesundheitsamt
Solothurnische innerkantonale Spitalversorgung	PC662W Solothurner Spitäler AG (SoH)
Soziale Sicherheit	PC665W Amt für soziale Sicherheit
öffentliche Sicherheit	PC666W Amt für öffentliche Sicherheit
Administrative und technische Verkehrssicherheit	PC6670 Motorfahrzeugkontrolle
Justizvollzug	PC6672 Justizvollzugsanstalt
Polizei	PC668 Polizei
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Gesundheit	P6614 Spitalbehandlungen gemäss KVG
Soziale Sicherheit	P6653 Sozialversicherungen
Soziale Sicherheit	P6654 Soziale Dienste
Soziale Sicherheit	P6655 Soziale Institutionen
Soziale Sicherheit	P6656 Sozialhilfe und Asyl
Öffentliche Sicherheit	P6669 Taggelder Strafvollzug
Administrative und technische Verkehrssicherheit	P6671 Verkehrseinnahmen und deren Verwendung
IR Gesundheit	PC661W Gesundheitsamt
IR Justizvollzug	PC6672 Justizvollzugsanstalt
IR Polizei	PC668 Polizei

6. Volkswirtschaftsdepartement

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Führungsunterstützung VWD und Stiftungsarbeit	PC680 Departementssekretariat VWD
Wirtschaft und Arbeit	PC681 Amt für Wirtschaft und Arbeit
Energiefachstelle	P6817 AWA/ Energiefachstelle
Gemeinden und Zivilstandsdienst	PC6850 Amt für Gemeinden
Wald, Jagd und Fischerei	PC690 Amt für Wald, Jagd und Fischerei
Landwirtschaft	PC695W Amt für Landwirtschaft
Militär und Bevölkerungsschutz	PC698 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Gemeinden und Zivilstandsdienst	P6852 Finanzausgleich-/Fusionsbeiträge
Gemeinden und Zivilstandsdienst	P6853 Finanzausgleich Einwohnergemeinden (SF)
Gemeinden und Zivilstandsdienst	P6854 Finanzausgleich Kirchgemeinden (SF)
Wald, Jagd und Fischerei	P6901 Wald
Landwirtschaft	P6950 Einzelbetriebliche Massnahmen
Landwirtschaft	P6954 Strukturverbesserungen
Landwirtschaft	P6955 Zufahrt zu Berghöfen (SF)
Landwirtschaft	P6958 Tierseuchenkasse (SF)
IR Landwirtschaft	PC695W Amt für Landwirtschaft

7. Gerichte

Globalbudgets	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Gerichte	PC70 Gerichte
Finanzgrössen	PC-Nr. Leistungserbringende Dienststelle
Gerichte	P7100 Gerichte (Bussen, Abschreibungen)

5 Anhang 2: Details zu den Finanzen Erfolgsrechnung

5.1 Behörden und Staatskanzlei

Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Verrechnung	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
Finanzgrösse Kantonsrat						
Aufwand	1.2	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo	1.3	1.4	1.4	1.4	1.4	1.4
Dienstleistungen der Staatskanzlei						
Globalbudget						
Aufwand	11.1	11.2	11.5	11.7	11.7	11.7
Ertrag	-3.1	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9
Globalbudgetsaldo	8.0	8.3	8.7	8.8	8.8	8.8
Verrechnung	-6.1	-5.9	-6.1	-6.2	-6.2	-6.2
Saldo	1.9	2.4	2.5	2.6	2.6	2.6
Finanzgrösse Regierungsrat						
Aufwand	2.9	2.5	2.5	2.4	2.4	2.4
Ertrag	-0.6	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Verrechnungen	-1.2	-1.1	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
Saldo	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
Finanzgrösse Berufliche Vorsorge RR (SF)						
Aufwand	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1
Ertrag	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Verrechnungen	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Drucksachen/Lehrmittelverlag						
Globalbudget						
Aufwand	5.6	5.4	5.3	5.3	5.3	5.3
Ertrag	-3.0	-2.8	-2.7	-2.7	-2.7	-2.7
Globalbudgetsaldo	2.7	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6
Verrechnung	-2.8	-2.6	-2.6	-2.6	-2.6	-2.6
Saldo	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

5.2 Bau- und Justizdepartement

Führungsunterstützung BJD	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	4.0	4.3	4.3	4.3	4.3	4.3
Ertrag	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Globalbudgetsaldo	3.7	4.1	4.1	4.1	4.1	4.1
Verrechnungen	-1.9	-2.1	-2.1	-2.1	-2.1	-2.1
Saldo	1.8	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Raumplanung						
Globalbudget						
Aufwand	2.6	3.1	3.2	3.3	3.3	3.3
Ertrag	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Globalbudgetsaldo	2.3	2.9	3.1	3.1	3.1	3.1
Verrechnungen	0.5	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
Saldo	2.8	3.5	3.7	3.7	3.7	3.8
Hochbau						
Globalbudget						
Aufwand	29.9	34.3	33.9	35.1	36.3	37.0
Ertrag	-5.6	-5.2	-5.3	-5.7	-5.6	-5.6
Globalbudgetsaldo	24.3	29.1	28.6	29.4	30.7	31.4
Verrechnungen	-38.5	-37.7	-37.6	-37.6	-37.6	-37.6
Saldo	-14.2	-8.6	-8.9	-8.1	-6.8	-6.1
Finanzgrösse Grundstücke und Verschiedenes						
Aufwand	0.0	0.2	0.5	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-34.4	-36.4	-38.8	-39.1	-40.7	-44.6
Verrechnungen	14.2	16.4	16.4	16.4	16.4	16.4
Saldo	-20.2	-19.7	-21.9	-22.6	-24.1	-28.1
Finanzgrösse Subventionierter Wohnungsbau						
Aufwand	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Strassenbau	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	31.6	34.2	33.4	34.2	34.7	31.8
Ertrag	-5.4	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9	-2.9
Globalbudgetsaldo	26.2	31.3	30.6	31.3	31.8	28.9
Verrechnungen	2.7	2.8	3.1	3.1	3.1	3.1
Saldo	28.9	34.1	33.7	34.4	35.0	32.0
Finanzgrösse Kantonsstrassenbau (SF)						
Aufwand	40.2	44.0	52.5	50.3	37.4	41.8
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	40.2	44.0	52.5	50.3	37.4	41.8
Finanzgrösse Nationalstrassenbau (SF)						
Aufwand	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Finanzierung Strassenbaufonds						
Aufwand	2.6	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5
Ertrag	-1.3	-10.3	-18.3	-16.8	-4.4	-5.9
Verrechnungen	-71.4	-70.2	-70.2	-70.2	-70.2	-70.2
Saldo	-70.2	-78.0	-86.0	-84.5	-72.2	-73.6
Öffentlicher Verkehr						
Globalbudget						
Aufwand	42.1	47.1	54.1	55.1	56.0	57.3
Ertrag	-13.9	-16.0	-17.4	-17.7	-18.0	-18.4
Globalbudgetsaldo	28.2	31.1	36.7	37.5	38.0	39.0
Verrechnungen	1.6	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Saldo	29.7	31.8	37.5	38.2	38.7	39.7

Umwelt	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	13.3	14.6	14.4	14.4	14.4	14.4
Ertrag	-13.6	-13.3	-13.2	-13.2	-13.2	-13.2
Globalbudgetsaldo	-0.3	1.4	1.3	1.2	1.2	1.2
Verrechnungen	5.8	3.6	3.7	3.7	3.7	3.7
Saldo	5.6	4.9	4.9	4.9	4.9	4.9
Finanzgrösse Altlastenfonds (SF)						
Aufwand	2.0	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8
Ertrag	-2.0	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Abwasserfonds (SF)						
Aufwand	4.9	4.1	1.5	1.9	2.4	2.9
Ertrag	-4.9	-4.1	-1.5	-1.9	-2.4	-2.9
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Entsorgungsfonds (SF)						
Aufwand	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	0.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse DeponienachSORgefonds (SF)						
Aufwand	1.4	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-1.4	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Denkmalpflege und Archäologie						
Globalbudget						
Aufwand	3.9	4.1	4.4	4.4	4.4	4.1
Ertrag	-1.7	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6
Globalbudgetsaldo	2.2	2.5	2.7	2.7	2.7	2.5
Verrechnungen	0.8	0.5	0.6	0.6	0.6	0.6
Saldo	3.0	3.0	3.3	3.3	3.3	3.0
Geoinformationen						
Globalbudget						
Aufwand	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6
Ertrag	-0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	1.6	1.5	1.6	1.6	1.6	1.6
Verrechnungen	0.5	1.6	1.7	1.7	1.7	1.7
Saldo	2.1	3.1	3.2	3.2	3.2	3.2

Jugendanwaltschaft	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	6.0	7.6	7.6	7.6	7.6	7.6
Ertrag	-0.7	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Globalbudgetsaldo	5.3	7.1	7.1	7.1	7.1	7.1
Verrechnungen	0.3	0.3	0.4	0.4	0.4	0.4
Saldo	5.6	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5
Staatsanwaltschaft						
Globalbudget						
Aufwand	7.9	8.5	8.5	8.5	8.5	8.5
Ertrag	-4.3	-3.9	-3.9	-3.9	-3.9	-3.9
Globalbudgetsaldo	3.7	4.6	4.6	4.6	4.6	4.6
Verrechnungen	2.9	2.8	2.9	2.9	2.9	2.9
Saldo	6.6	7.4	7.5	7.5	7.5	7.5
Finanzgrösse Staatsanwaltschaft						
Aufwand	2.7	2.7	2.7	2.7	2.7	2.7
Ertrag	-7.4	-7.1	-7.1	-7.1	-7.1	-7.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-4.6	-4.4	-4.4	-4.4	-4.4	-4.4

5.3 Departement für Bildung und Kultur

Führungsunterstützung DBK	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	9.7	12.2	12.1	12.7	12.7	12.7
Ertrag	-1.3	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
Globalbudgetsaldo	8.4	10.9	10.9	11.4	11.4	11.4
Verrechnungen	-1.0	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9
Saldo	7.4	10.0	10.0	10.5	10.5	10.5
Finanzgrösse Schulgelder						
Aufwand	70.4	70.5	74.9	77.9	79.9	81.9
Ertrag	-4.2	-4.1	-4.1	-4.1	-4.1	-4.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	66.3	66.4	70.8	73.8	75.8	77.8
Volksschule und Kindergarten						
Globalbudget						
Aufwand	12.6	14.3	18.9	10.3	10.5	10.6
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	12.6	14.3	18.9	10.3	10.5	10.6
Verrechnungen	1.7	1.6	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	14.3	15.9	20.7	12.2	12.4	12.5
Finanzgrösse Volksschulen						
Aufwand	86.4	95.6	101.5	100.5	100.9	110.1
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	86.4	95.6	101.5	100.5	100.9	110.1
Finanzgrösse Kindergarten						
Aufwand	9.2	9.7	9.8	9.9	10.0	10.2
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	9.2	9.7	9.8	9.9	10.0	10.2
Finanzgrösse Sonderschulen						
Aufwand	48.2	66.6	67.8	87.6	93.1	93.0
Ertrag	0.0	0.0	-5.5	-11.0	-16.5	-16.5
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	48.2	66.6	62.3	76.6	76.6	76.5
Finanzgrösse Musikschulen						
Aufwand	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5	4.5
Berufsbildung, Berufs-, Studien- u. Laufbahnberatung						
Globalbudget						
Aufwand	9.7	8.4	8.8	8.8	8.8	8.8
Ertrag	-3.4	-1.3	-1.5	-1.5	-1.3	-1.3
Globalbudgetsaldo	6.2	7.1	7.3	7.3	7.5	7.5
Verrechnungen	1.4	1.3	1.4	1.4	1.4	1.4
Saldo	7.6	8.4	8.7	8.7	8.9	8.9
Finanzgrösse Lehrabschlussprüfungen						
Aufwand	2.3	2.2	2.4	2.5	2.6	2.8
Ertrag	-1.0	-0.9	-0.9	-0.9	-1.0	-1.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	1.3	1.3	1.5	1.6	1.7	1.8

Kultur und Sport	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	7.0	8.1	8.1	8.1	9.0	9.0
Ertrag	-1.9	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Globalbudgetsaldo	5.1	6.6	6.6	6.7	7.5	7.5
Verrechnungen	1.1	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2
Saldo	6.2	7.7	7.8	7.9	8.7	8.7
Mittelschulbildung						
Globalbudget						
Aufwand	49.6	52.6	51.6	50.5	50.8	51.0
Ertrag	-11.0	-10.6	-9.8	-5.1	-9.5	-9.5
Globalbudgetsaldo	38.6	42.1	41.8	45.4	41.3	41.5
Verrechnungen	11.4	11.1	11.9	11.9	11.9	11.9
Saldo	50.0	53.2	53.6	57.2	53.2	53.3
Fachhochschulbildung						
Globalbudget						
Aufwand	82.7	32.3	35.0	36.0	39.0	39.0
Ertrag	-5.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
Globalbudgetsaldo	82.1	31.2	34.0	35.0	38.0	38.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	82.1	31.2	34.0	35.0	38.0	38.0
Berufsschulbildung						
Globalbudget						
Aufwand	46.5	50.1	49.1	49.1	49.1	49.6
Ertrag	-16.8	-17.1	-18.2	-18.2	-18.2	-17.9
Globalbudgetsaldo	29.7	33.0	30.9	30.9	30.9	31.7
Verrechnungen	10.1	9.0	9.7	9.7	9.7	9.7
Saldo	39.8	41.9	40.6	40.6	40.6	41.4
Berufsschulbildung im Gesundheitsbereich						
Globalbudget						
Aufwand	8.9	10.0	9.9	9.5	9.5	9.5
Ertrag	-3.5	-3.3	-3.3	-2.7	-2.1	-2.1
Globalbudgetsaldo	5.4	6.7	6.6	6.8	7.4	7.4
Verrechnungen	1.5	1.4	1.5	1.5	1.5	1.5
Saldo	6.9	8.1	8.2	8.3	8.9	8.9

5.4 Finanzdepartement

Führungsunter. FD u. Amtsschreiberei	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	1.5	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	1.5	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6
Verrechnungen	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9
Saldo	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Finanzen und Statistik						
Globalbudget						
Aufwand	2.4	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5
Ertrag	-1.5	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3
Globalbudgetsaldo	0.8	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2
Verrechnungen	-1.3	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2	-1.2
Saldo	-0.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Bundesanteile						
Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	-366.7	-344.5	-338.5	-338.6	-331.6	-331.7
Verrechnungen	23.3	21.0	21.0	21.0	21.0	21.0
Saldo	-343.4	-323.5	-317.5	-317.6	-310.6	-310.7
Finanzgrösse Vermögenserträge						
Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	-12.2	-20.7	-17.8	-17.8	-17.8	-17.8
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-12.2	-20.7	-17.8	-17.8	-17.8	-17.8
Finanzgrösse Zinsendienst						
Aufwand	27.9	23.7	18.8	22.8	26.8	32.8
Ertrag	-1.6	-2.5	-2.5	-2.5	-2.5	-2.5
Verrechnungen	0.2	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo	26.5	21.4	16.6	20.5	24.6	30.5
Finanzgrösse Abschreibungen/Rückstell./Buchgewinne						
Aufwand	21.9	35.0	37.7	38.7	39.7	40.7
Ertrag	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	-37.3	-35.8	-35.8	-35.8	-35.8	-35.8
Saldo	-15.7	-0.8	1.9	2.9	3.9	4.9

Personalwesen	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	5.0	5.3	5.2	5.2	5.2	5.2
Ertrag	-0.7	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6
Globalbudgetsaldo	4.3	4.7	4.6	4.6	4.6	4.6
Verrechnungen	-5.0	-4.7	-4.6	-4.6	-4.6	-4.6
Saldo	-0.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Sozialversicherungsbeiträge						
Aufwand	2.5	2.7	6.5	6.5	6.5	6.5
Ertrag	0.0	-0.8	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	-1.6	0.0	-6.5	-6.5	-6.5	-6.5
Saldo 2	1.0	1.9	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Unfallkasse (SF)						
Aufwand	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse GAV Krankentaggeldversicherung						
Aufwand	1.6	1.6	1.5	1.5	1.5	1.5
Ertrag	-1.6	-1.6	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo 2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Steuerwesen						
Globalbudget						
Aufwand	26.8	27.0	26.9	26.9	26.9	26.9
Ertrag	-13.3	-12.4	-12.8	-12.8	-12.8	-12.8
Globalbudgetsaldo	13.5	14.6	14.1	14.1	14.1	14.1
Verrechnungen	9.1	8.8	9.3	9.3	9.3	9.3
Saldo	22.6	23.4	23.4	23.4	23.4	23.4
Finanzgrösse Kantonale Steuern						
Aufwand	22.7	15.5	16.1	16.1	16.1	16.1
Ertrag	-823.0	-823.1	-764.2	-770.6	-779.3	-770.4
Verrechnungen	14.2	17.1	11.5	11.9	12.6	12.6
Saldo	-786.1	-790.5	-736.6	-742.6	-750.6	-741.6
Informationstechnologie						
Globalbudget						
Aufwand	14.2	15.1	15.1	15.1	15.1	15.1
Ertrag	-5.2	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Globalbudgetsaldo	8.9	10.3	10.3	10.3	10.3	10.3
Verrechnungen	-8.7	-8.8	-8.7	-8.7	-8.7	-8.7
Saldo	0.2	1.5	1.6	1.6	1.6	1.6

Amtsschreiberei-Dienstleistungen	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	25.5	26.2	26.2	26.2	26.2	26.2
Ertrag	-33.8	-33.1	-33.1	-33.1	-33.1	-33.1
Globalbudgetsaldo	-8.3	-6.9	-6.9	-6.9	-6.9	-6.9
Verrechnungen	5.7	5.6	6.0	6.0	6.0	6.0
Saldo	-2.5	-1.3	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9
Staatsaufsichtswesen						
Globalbudget						
Aufwand	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2	1.3
Ertrag	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Globalbudgetsaldo	0.8	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0
Verrechnungen	-0.9	-0.9	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
Saldo	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

5.5 Departement des Innern

Gesundheit	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	5.5	6.3	6.3	6.3	6.3	6.3
Ertrag	-0.3	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Globalbudgetsaldo	5.1	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0
Verrechnungen	1.2	1.2	1.3	1.3	1.3	1.3
Saldo	6.3	7.2	7.3	7.3	7.3	7.3
Finanzgrösse Spitalbehandlungen gemäss KVG						
Aufwand	43.3	44.5	46.0	49.0	114.0	117.0
Ertrag	-2.9	-1.5	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	40.4	43.0	44.0	47.0	112.0	115.0
Solothurn. innerkantonale Spitalversorgung						
Globalbudget						
Aufwand	209.6	220.4	224.7	227.6	230.4	233.4
Ertrag	-0.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Globalbudgetsaldo	209.0	220.4	224.7	227.6	230.4	233.4
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	209.0	220.4	224.7	227.6	230.4	233.4
Soziale Sicherheit						
Globalbudget						
Aufwand	7.5	8.3	8.5	8.5	8.5	9.0
Ertrag	-0.2	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Globalbudgetsaldo	7.2	7.8	8.0	8.0	8.0	8.5
Verrechnungen	0.4	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	7.6	8.2	8.0	8.0	8.0	8.5
Finanzgrösse Sozialversicherungen						
Aufwand	235.7	269.8	284.2	293.5	299.2	306.5
Ertrag	-147.3	-151.1	-161.0	-164.0	-167.0	-171.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	88.3	118.8	123.3	129.5	132.2	135.4
Finanzgrösse Soziale Dienste						
Aufwand	3.3	2.9	2.8	2.8	2.9	2.9
Ertrag	-1.6	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8
Verrechnungen	-0.5	-0.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	1.3	1.6	2.0	2.1	2.1	2.2
Finanzgrösse Soziale Institutionen						
Aufwand	63.7	30.5	32.5	32.8	33.2	33.8
Ertrag	-8.2	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	1.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	57.2	30.4	32.5	32.8	33.2	33.8
Finanzgrösse Sozialhilfe und Asyl						
Aufwand	18.0	18.7	18.7	18.7	18.7	18.7
Ertrag	-19.8	-20.6	-20.2	-20.2	-20.2	-20.2
Verrechnungen	1.8	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	0.0	0.0	0.4	0.4	0.3	0.3

5.6 Volkswirtschaftsdepartement

Öffentliche Sicherheit	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	12.4	13.5	17.9	18.1	18.2	18.3
Ertrag	-7.4	-7.4	-9.4	-9.4	-9.4	-9.4
Globalbudgetsaldo	5.0	6.1	8.5	8.7	8.8	8.9
Verrechnungen	1.8	2.0	2.2	2.2	2.2	2.2
Saldo	6.8	8.1	10.7	10.9	11.0	11.1
Finanzgrösse Taggelder Strafvollzug						
Aufwand	8.8	13.9	9.5	10.0	10.5	11.0
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	8.8	13.9	9.5	10.0	10.5	11.0
Admin. u. technische Verkehrssicherheit						
Globalbudget						
Aufwand	13.3	13.4	13.4	13.4	13.4	13.4
Ertrag	-15.5	-15.7	-15.7	-15.7	-15.7	-15.7
Globalbudgetsaldo	-2.2	-2.2	-2.2	-2.2	-2.2	-2.2
Verrechnungen	2.2	2.2	2.4	2.4	2.4	2.4
Saldo	0.0	0.0	0.2	0.2	0.2	0.2
Finanzgrösse Verkehrseinnahmen und deren Verwendung						
Aufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ertrag	-63.8	-64.9	-64.9	-64.9	-64.9	-64.9
Verrechnungen	63.8	64.9	64.9	64.9	64.9	64.9
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Justizvollzug						
Globalbudget						
Aufwand	16.3	17.1	17.1	17.1	17.1	17.1
Ertrag	-12.6	-13.0	-13.0	-13.0	-13.0	-13.0
Globalbudgetsaldo	3.7	4.1	4.1	4.1	4.1	4.1
Verrechnungen	2.9	2.8	3.1	3.1	3.1	3.1
Saldo	6.6	6.9	7.1	7.1	7.1	7.1
Polizei						
Globalbudget						
Aufwand	67.8	71.5	71.9	72.0	72.0	72.0
Ertrag	-24.4	-23.5	-23.5	-23.5	-23.5	-23.5
Globalbudgetsaldo	43.4	48.0	48.4	48.5	48.5	48.5
Verrechnungen	-5.2	-5.8	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Saldo	38.2	42.2	43.5	43.6	43.6	43.6

Führungsunt. VWD u. Stiftungsaufsicht	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	1.9	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8
Ertrag	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
Globalbudgetsaldo	1.7	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6
Verrechnungen	-0.4	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Saldo	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
Wirtschaft und Arbeit						
Globalbudget						
Aufwand	23.5	23.7	23.5	23.5	23.5	23.5
Ertrag	-16.6	-17.0	-17.0	-17.0	-17.0	-17.0
Globalbudgetsaldo	6.9	6.7	6.5	6.5	6.5	6.5
Verrechnungen	2.0	1.6	2.1	2.1	2.1	2.1
Saldo	9.0	8.3	8.6	8.6	8.6	8.6
Energiefachstelle						
Globalbudget						
Aufwand	0.0	2.8	3.4	3.4	3.4	3.4
Ertrag	0.0	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6
Globalbudgetsaldo	0.0	2.2	2.9	2.9	2.9	2.9
Verrechnungen	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	0.0	2.4	2.9	2.9	2.9	2.9
Gemeinden und Zivilstandsdienst						
Globalbudget						
Aufwand	4.5	4.9	5.1	5.1	5.1	4.9
Ertrag	-1.9	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8	-1.8
Globalbudgetsaldo	2.6	3.2	3.3	3.3	3.3	3.2
Verrechnungen	1.0	1.0	1.1	1.1	1.1	1.1
Saldo	3.6	4.2	4.4	4.4	4.4	4.2
Finanzgrösse Finanzausgleich-/Fusionsbeiträge						
Aufwand	0.0	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	7.4	7.5	8.0	8.0	8.5	8.5
Saldo	7.4	7.9	8.4	8.4	8.9	8.9
Finanzgrösse Finanzaus. Einwohnergemeinde						
Aufwand	16.1	15.1	15.9	15.8	16.8	16.8
Ertrag	-8.8	-7.8	-8.1	-8.0	-8.5	-8.5
Verrechnungen	-7.3	-7.3	-7.8	-7.8	-8.3	-8.3
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Finanzaus. Kirchgemeinde						
Aufwand	17.0	16.1	16.1	11.9	12.9	12.9
Ertrag	-3.5	0.0	-5.7	-1.1	-1.4	-1.3
Verrechnungen	-13.5	-16.1	-10.5	-10.8	-11.5	-11.6
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wald, Jagd und Fischerei						
Globalbudget						
Aufwand	7.7	8.3	8.3	8.3	8.3	8.3
Ertrag	-4.8	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	2.9	3.2	3.2	3.2	3.2	3.2
Verrechnungen	0.6	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8
Saldo	3.5	4.0	4.0	4.0	4.0	4.0

Landwirtschaft	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	83.9	87.1	87.2	87.5	87.5	87.5
Ertrag	-75.2	-77.4	-77.4	-77.7	-77.7	-77.7
Globalbudgetsaldo	8.7	9.7	9.7	9.8	9.8	9.8
Verrechnungen	3.6	4.3	4.6	4.6	4.6	4.6
Saldo	12.3	14.0	14.4	14.4	14.4	14.4
Finanzgrösse Zufahrt zu Berghöfen (SF)						
Aufwand	0.5	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verrechnungen	-0.5	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzgrösse Tierseuchenkasse (SF)						
Aufwand	0.9	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0
Ertrag	-1.0	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7
Verrechnungen	0.1	-0.2	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Amt für Militär- und Bevölkerungsschutz						
Globalbudget						
Aufwand	11.2	10.5	10.5	10.5	10.5	10.5
Ertrag	-6.0	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3	-4.3
Globalbudgetsaldo	5.2	6.2	6.2	6.2	6.2	6.2
Verrechnungen	2.1	1.8	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	7.3	8.0	8.1	8.1	8.1	8.1

5.7 Gerichte

Gerichte	RE 2008	VA 2009	FP 2010	FP 2011	FP 2012	FP 2013
Globalbudget						
Aufwand	22.2	22.2	21.6	25.6	25.6	22.2
Ertrag	-4.6	-5.0	-5.0	-5.0	-5.0	-5.0
Globalbudgetsaldo	17.6	17.2	16.7	20.6	20.6	17.2
Verrechnungen	2.4	2.4	2.6	2.6	2.6	2.6
Saldo	20.0	19.6	19.3	23.2	23.2	19.9
Finanzgrösse Bussen, Abschreibungen						
Aufwand	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Ertrag	-0.4	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Kanton Solothurn

Amt für Finanzen

Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 96

Telefax 032 627 22 71

www.so.ch/de/pub/home.htm

afin@fd.so.ch